



Trump's Top Ten – Die verschwiegenen Erfolge des US-Präsidenten
Was wir und die Amerikaner US-Präsident Trump jetzt schon zu verdanken haben
SEITE 4-5

Gute Rohingya – böse Burmesen?

Wie so oft sind auch in Burma die Dinge bei näherem Hinsehen komplizierter als sie auf den ersten Blick scheinen
SEITE 14-15



Die Hinrichtung des kleinen Velvele

Erinnerung an die deutsche Massenerschießung sowjetischer Juden in Babi Jar im September 1941
SEITE 26



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,
Rosh Hashana, das jüdische Neujahrsfest liegt hinter uns und die Juden in aller Welt schreiben bereits das Jahr 5778. Im Oktober folgen Simchat Torah und das Laubhüttenfest Sukkot.

Sukkot ist ein frohes jüdisches Erntedankfest, das den ruralen Ursprung des jüdischen Volkes würdigt.

Simchat Torah spiegelt den Dank und die Freude des jüdischen Volkes über sein größtes Glaubenswerk, die Thora wieder, die sowohl die Schöpfungsgeschichte als auch die als ethischer und allgemeiner Menschenkodex bis heute geltenden zehn Gebote enthält. Sie belegt über die hohe religiöse Bedeutung hinaus die Jahrtausende alte Legitimation des jüdischen Volkes auf sein Stammland Israel, das eindeutig auch die Gebiete Judäa, Samaria und Galiläa umfasst. Auf Jerusalem, die ungeteilte und heilige Hauptstadt des jüdischen Staates, wird seit Jahrtausenden und lange vor der Entstehung des Christentums und des Islam mehrere hundert Male an vielen Stellen der Thora Bezug genommen.

Daran ändern auch die späteren Eroberungsraubzüge der Römer und der Osmanen nicht das Geringste.

Israel ist nach seiner im Einverständnis mit den meisten Nationen dieser Welt erfolgten Wiederherstellung inklusive seiner ungeteilten Hauptstadt Jerusalem einer der am längsten legitimierten existierenden Staaten nicht nur in der Region, sondern auf der Welt.

Jeder Versuch der islamischen und anderen weltweiten und hiesigen Israel- und Judenhasser, den jüdischen Ursprung der gesamten Region und der heiligen – zum Teil wie auf dem Tempelberg durch demütigende Eroberungsbauten des Islam geschändeten – jüdischen Stätten zu leugnen und von den Juden trennen zu wollen, ist nicht nur jüdenfeindlich und verlogen, er ist historisch absolut absurd und geht vollständig ins Leere.

Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF;
Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande
4,50 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Sie säte Wind und erntete Sturm



TOBIAS SCHWARZ, AFP

Von Markus Somm

8,6 Prozent. So viel hat ein amtierender deutscher Bundeskanzler noch nie in einer Wahl verloren, und noch nie hat ein deutscher Bundeskanzler, dessen Partei so abgestürzt ist, das politisch überlebt. Hätte Angela Merkel (CDU) Verstand, kennte sie die ungeschriebenen Gesetze der Demokratie, glaubte sie an die Bedeutung von Wahlen: Sie hätte längst ihren Rücktritt angeboten, so wie das üblich ist, wenn man das Wort Verantwortung ernst nimmt.

Denn niemand trägt mehr Verantwortung für die Pulverisierung der CDU, einer der einst mächtigsten und solidesten bürgerlichen Parteien Europas, als Angela Merkel, eine Frau, die ihr Leben in der DDR begann, weil ihr Vater die DDR offenbar mehr geschätzt hatte als die alte Bundesrepublik und einst in den 1950er-Jahren freiwillig von Hamburg in die DDR gezogen war. Zwar dürfte dieser evangelische Pastor kein Kommunist gewesen sein, aber besonders abgestoßen fühlte er sich von ihnen auch wieder nicht.

Angela Merkel, das merkt man immer wieder, und ich sage das als ein Schweizer, der in der alten Bundesrepublik gelebt und studiert hat, Angela Merkel kennt diese alte BRD nur vom Hörensagen her, und vielleicht mag darin ein Grund liegen, dass sie die eigentliche Staatspartei dieser BRD, die Wirtschaftswunderpartei, die katholische Adenauer-Partei, so malträtiert und mit einer Mischung von Geringschätzung und Nonchalance zerstört hat.

Wenn der konservative Wähler seiner

einst konservativen Partei die Loyalität gekündigt hat, dann ist kein Halten mehr.

Denn zerstört ist diese Partei, machen wir uns nichts vor. Gerade wir Schweizer, die wir die Pulverisierung der CVP und der FDP erlebt haben, wissen womöglich besser Bescheid. Eine bürgerliche Partei, zumal eine konservative, die zulässt, dass rechts von ihr eine Alternative entsteht, ist meistens dem Untergang geweiht, sofern sie sich nicht wieder deutlich nach rechts verschiebt, wozu gerade in solchen Zeiten der Krise oft die Kraft fehlt. Fast nie, soweit ich die Geschichte überblicke, gelang es Konservativen, die Konservativen zurückzugewinnen, die ihnen entlaufen waren.

Rat der Ratlosen

Warum hat Merkel verloren? Wenn man in den vergangenen Tagen die Medien gelesen, gehört und gesehen hat, dann fiel auf, wie selten über Inhalte gesprochen wurde.

Jamaika? Are you kidding me, würde der Amerikaner sagen, willst du mich auf den Arm nehmen? Wer dieses Wort hört, denkt an ausgelassene, aber zgedröhnte Rastas, die am Strand zu Bob Marley tanzen und dabei den Joint kreisen lassen. Aber Deutschland? Wenn diese Regierung aus Grünen, FDP (gelb) und CDU/CSU (schwarz) zustande kommen sollte, was durchaus offen ist, dann dürfte sie entweder bald scheitern oder den Niedergang der CDU beschleunigen.

Die Lage ist ernst, die alte Bundesrepublik ist untergegangen, doch die Experten,

die diese Zeitenwende den von sich selbst überraschten Deutschen hätten erklären sollen, flüchteten sich ins oberflächliche Koalitionsgequacke – wenige gingen darauf ein, welche Inhalte der Merkelschen Politik zur größten Erschütterung des deutschen Parteiengefüges seit dem Zweiten Weltkrieg geführt haben.

Die CDU amputiert, die SPD, um 1863 gegründet, beinahe auf das Niveau von 1890 gebombt, als sie auf einen Wähleranteil von 19,8 Prozent kam, und in der Ruinenlandschaft blieb eine neue Partei stehen, die aus dem Nichts zur dritten Kraft im Parlament gemacht wurde: Wenn solche Dinge geschehen, dann ist politisch sehr viel geschehen. Die Deutschen müssen, wie zuvor die Briten und die Amerikaner, in einem Masse über den Status quo verärgert sein, dass es eigentlich unmöglich ist, zur Tagesordnung überzugehen.

Die AfD hat gewonnen, obwohl sie sich wie eine unzurechnungsfähige Partei aufführt und obwohl manche ihrer Exponenten wahlweise Dummes, Geschmackloses, Bedenkliches und Inakzeptables von sich gegeben hatten. Die AfD hat gewonnen, obschon die Partei von ihren Konkurrenten mit dem schlimmsten Vorwurf belegt worden war, den man in Deutschland einer Partei machen kann, dass sie nämlich eine Nazi-Partei sei – und obschon sie wenig dafür getan hat, solche Beschimpfungen zu widerlegen, hat diese maximal verteufelte und tabuisierte Partei 12,6 Prozent der Stimmen bekommen.

Sie säte Wind und erntete Sturm

Das lässt erahnen, wie unermesslich die Misere sein muss, in der sich manche Deutsche fühlen. Hätte die AfD einen besseren Ruf, sie wäre womöglich bei 20 Prozent angelangt. Wird Merkel eine Jamaika-Regierung bilden, könnte die AfD diesen Wert in vier Jahren erzielen, sofern sie sich nicht selber im Chaos auflöst, was durchaus denkbar scheint.

Merkel, wie der Name schon sagt

Es gibt manche Gründe inhaltlicher Natur, warum diese AfD derart in die Höhe geschossen ist, doch selten kommt es vor, dass eine Politikerin allein so viel Schuld daran trägt. Angela Merkel hat schließlich eine Politik gemacht, wie sie im ganzen Westen zu beobachten ist, wie sie überall

scheitert und wie sie in höchstem Masse unpopulär ist: In den vergangenen 15 Jahren hat eine unkontrollierte und nie vom Wähler absegnete – geschweige denn gewünschte – Immigration von Millionen von Menschen unsere Länder auf eine Art und Weise verändert, wie wir uns das nie hätten vorstellen können.

Wer hat das zugelassen, wer hat das gewollt, wem soll das etwas bringen? Eine hoch bezahlte, gut ausgebildete Elite, die nie im gleichen Masse von den Folgen dieser Masseneinwanderung betroffen ist wie die meisten einfachen Bürger, sieht untätig zu, wenn Immigranten unseren Sozialstaat zweckentfremden, verwöhnte Politiker, die mit Begleitschutz unterwegs sind, muten uns importierte Kriminalität und Terror

zu und reden deren Auswirkungen schön, wenn sie uns darüber nicht ganz im Dunkeln lassen; angeblich vernünftige Staatsmänner lassen zu, dass sich unsere Gesellschaften vollkommen umwälzen, ohne Rechenschaft darüber abzulegen, inwiefern uns das gut tut oder uns Bürgerkriege bringt, ja, gewisse Politiker, wie vor allem Angela Merkel, haben diese Umwälzung sogar forciert – ohne irgendjemanden zu fragen, kein Parlament, kein Kabinett, keine EU, keinen einzigen deutschen Bürger.

Selten hat eine Politikerin so selbstherrlich entschieden, dass ihr Land ein anderes werden soll – und selten hat eine Bundeskanzlerin vom Wähler ein so unmissverständliches Urteil empfangen, was er davon hält. 8,6 Prozent. Nur Angela Merkel

scheint die Bedeutung dieser Zahl noch nicht begriffen zu haben.

Es ist dies vielleicht die bitterste Ironie: Dass eine Politikerin, die so friedfertig auftritt, dass sich niemand zu fürchten braucht, Europa dermaßen destabilisiert hat. Als die Israeliten Gott vergessen hatten, kündigte der Prophet Hosea ihnen zahllose Strafen an:

„Denn sie säen Wind und werden Sturm ernten. Ihre Saat soll nicht aufgehen; und dennoch aufwächst, bringt kein Mehl; und wenn es etwas bringen würde, sollen Fremde es verschlingen.“ Vielleicht sollte Merkel, die Tochter des Pastors, wieder einmal in der Bibel lesen. Und dann abtreten.

Zuerst erschienen in der „Basler Zeitung“

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Der vor uns liegende Monat Oktober beinhaltet auch runde Jahrestage für nicht unmittelbar mit dem Judentum und dem jüdischen Volk verbundene historische Ereignisse, die letztlich aber in nicht geringem Maße jüdisches Leben und jüdische Schicksale beeinflusst haben.

Im Oktober 2017 jährt sich zum einhundertsten mal der Jahrestag der russischen Oktober-Revolution (nach anderer Zählung auch am 7. November). Im Zuge dieser gigantischen Umwälzung, die das russische Zarenreich erschütterte, wurden nicht nur der Zar und seine Familie ermordet, es folgten bis zum Jahre 1991 ganze 74 Jahre kommunistisch-bolschewistischer Zwangsherrschaft, in deren Verlauf die Revolution viele ihrer ursprünglich vom idealistischen Gleichheitsmotiv geleiteten Initiatoren, darunter zahlreiche jüdische Revolutionäre, ausgestoßen und getötet hat.

Einen Höhepunkt des jüdischen Widerstandes gegen das jüdenfeindliche Klima und die antisemitische Repression in der Sowjetunion markiert die mutige Dissidenten- und „Let-my-people go“-Ausreisebewegung jüdischer Menschen in den 70er Jahren.

Eine besondere Ironie des Schicksals dürfte sein, dass die Geschichte ohne deutsche – im Interesse der Destabilisierung der Ostfront des Ersten Weltkrieges erfolgte – Beteiligung an der Rückkehr Lenins nach Russland wohl einen völlig anderen Verlauf genommen und wohl auch sehr vielen jüdischen Menschen viel Leid erspart hätte.

Dennoch hat die kommunistische Sowjetunion unter Stalin nach Ende des Zweiten Weltkrieges, der sechs von den Nazis ermordete Millionen jüdischer Frauen, Männer und Kinder zurückgelassen hat, für eine Neugründung des jüdischen Staates Israel auf dem zum Britischen Mandatsgebiet gehörenden Territorium des historischen jüdischen Königreichs gestimmt.

Die gegenwärtige Liebäugelei der russischen postkommunistischen Politik mit dem expansiv nach Atomwaffen strebenden, das Lebensrecht Israels negierenden islamischen Verbrecherregime der Mullahs im Iran widerspricht diesem Ansatz und bietet dem jüdischen Staat mehr als nur einen Grund zur Sorge.

Einen runden Jahrestag feiert in diesem Monat auch die durch und durch in der als Israelkritik getarnten antijüdischen Tradition ihres Stifters verharrende protestantische Kirche. Der bis zum Mord an Juden aufrufende Antisemitismus des von der evangelischen Kirche bis heute bejubelten sogenannten Reformators Martin Luther, der vor genau 500 Jahren in Deutschland eine Abspaltung der evangelischen Kirche von der zutiefst jüdenfeindlichen katholischen Kirche vereitelte leider die Hoffnung auf eine Besserung der damaligen Lebenssituation des jüdischen Bevölkerungsteils.

Im Gegenteil: Luthers Judenhass bot dem rassistischen Antisemitismus des Luther-Fans Hitlers den gewünschten Boden und die gewünschte breite gesellschaftliche Akzeptanz und ist trotz schwacher innerkirchlicher Opposition unzweifelhaft mitverantwortlich für den nationalsozialistischen Massenmord an den Juden.

Leider bietet die gegenwärtige einseitig antisraelische Sicht der Evangelischen Kirche Deutschland auch im Lutherjahr nur wenig Hoffnung auf eine echte Aussöhnung der Kirche mit dem jüdischen Volk.

Besonderen Raum in der deutschen Berichterstattung haben die auch weltweit viel beachteten, in Deutschland bislang alle vier Jahre, künftig wohl – aus Gründen der Sorge der Politiker um das erlangte Amt – alle fünf Jahre stattfindenden Bundestagswahlen eingenommen.

Diese waren im Vorfeld gekennzeichnet durch die seitens der bislang etablierten Bundestagsparteien aus Regierungskoalition und der nicht den Namen verdienenden etablierten Opposition gebetsmühlenartig und nahezu inhaltsgleich vorgetragenen Bestärkung der Richtigkeit des suizidalen Islam-Einlass-Kurses dieser Regierung.

Einer damit verbundenen Aushebelung unseres von vielen zugereisten Islamanhängern verachteten demokratischen Rechtssystems und des implizit mit der muslimischen Immigration verbundenen signifikanten Anwachsens eines unversöhnlichen und nicht selten gewalttätigen islamischen Israel- und Judenhasses wurde seitens unserer Kanzlerin und der mit ihr assoziierten Politik keinerlei Rechnung getragen.

Ebenso wenig Beachtung durch die Kanzlerin und die im Bundestag etablierten Parteien fand das im Wahlvolk gewachsene Unbehagen und die Sorge um den Fortbestand des bislang noch demokratischen Rechts- und Wertesystems unserer bislang wundervoll freiheitlichen, religionsgetrennten, religionstoleranten und säkularen Nachkriegsrepublik.

Daher lieferte die einzige Spannung in diesem auseinandersetzung-armen, themen-verfehlten, wichtige, die Wähler ängstigende Probleme vorsätzlich ausblendenden Pseudo-Wahlkampf das Ausmaß der seitens der etablierten Parteien an Stelle einer ersthaften Auseinandersetzung einvernehmlich praktizierten Verteufelung und Diffamierung von Anhängern einer aus der Not und durch das politische Versagen der politischen Führung entstandenen Opposition gegen die islamogene Strukturauflösung unserer westlichen Lebensweise.

Statt eines Dialogs über die zunehmend schwindende innere Sicherheit wegen des Zuwachses der vor allem Islam-generierten Gewalt auf unseren Straßen, Veranstaltungen, öffentlichen Plätzen und Nahverkehrsmitteln – beherrschten Diffamierung,

Ausgrenzung, Mobbing und Repression gegen die durch den Links-Drift der Regierungspolitik ihrer politischen Mitte beraubten, teilweise reaktiv nach rechts gerückten bürgerlichen Wähler.

Nun ist zwischenzeitlich am 24. September gewählt worden und es kam wie jeder sehende und denkende Mensch es erwarten musste.

Die etablierten, für die suizidale Politik verantwortlichen Parteien der Regierungskoalition CDU/CSU und SPD sind abgestraft worden und haben einen erheblichen Teil ihrer Wählerakzeptanz verloren. Die Regierungsparteien der GroKo haben die schlechtesten Ergebnisse seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland eingefahren. Die auf die berechtigten Ängste der Bürger eingehende Opposition mit deutlich rechtem Randbesatz hat sich verdreifacht und ist wie erwartet aus dem Stand zur drittstärksten Partei in Deutschland geworden.

Dies ist für jeden sichtbar ein niederschmetterndes Wählerurteil und eine beispiellose Niederlage der verantwortungslosen Politik dieser Kanzlerin und ihrer politischen, duckmäuserischen und opportunistischen, um ihre politischen Ämter besorgten Entourage.

Der römische Anführer Quintilius Varus, ein Mann mit Ehre, hat sich vor 2000 Jahren für eine Niederlage dieses Ausmaßes ins Schwert gestürzt.

Politiker mit einem Funken Anstand und Charakter würden heute, wenn auch weniger drastisch, sofort zurücktreten, um im Interesse der Sache und des Wählers fähige und geeignete Nachfolger ans neu zu besetzende Ruder zu lassen.

Frau Merkel und der politische Papierlöwe von der CSU, Horst Seehofer, scheinen weder das eine noch das andere zu besitzen, sondern kleben unbeeindruckt an ihren Sesseln.

Im Gegenteil, Frau Merkel sieht schon zwei Stunden nach Wahl-Ende, nachdem sie gerade noch einmal mehrheitsarithmetisch davongekommen ist und nachdem sie die Partei Adenauers und Kohls in ein nie dagewesenes politisches Desaster geführt hat, ihren politischen Selbstmordkurs bestätigt.

Und keiner, keiner aus ihren eigenen Reihen widerspricht oder verlangt ihren Rücktritt und den Rücktritt der ganzen Führung.

Diese Partei verdient offensichtlich diesen politischen Niedergang, der sich mit einem Verbleib der Kanzlerin Merkel im Amt noch fortsetzen wird.

Ein Erörterung des Totalversagens der vollkommen obsoleten Israel-Basher- und Islam-Appealer-Partei SPD erübrigt sich, außer der Aussage, dass sie mit dem Wahlergebnis weit über den ihr zustehenden Wert gekommen ist, vollkommen.

Nur ein fundamentaler Wechsel in der Führung und eine Freisetzung der auch

persönlich mit dem niemals schlechtesten Ergebnis bedachten eher schädlichen als benötigten Kanzlerin könnte den weiteren Niedergang der CDU verhindern.

Das Ergebnis der Wahl spiegelt das Gefühl der Menschen in unserer Republik wieder. Die Welt ist nicht untergegangen, im Gegenteil das Wahlergebnis ist ein heilsamer Anstoß und wird ohnehin – wie jetzt schon, wenn auch uneingestanden erkennbar, zu einer Korrektur der verantwortungslosen Selbstzerlegungspolitik dieser Republik führen.

Weniger Islam und konsequente Rechtsanwendung bedeuten weniger Judenhass und weniger No-Go-Areas für Juden und für uns alle.

Soviel an die Adresse der hiesigen und weltweiten, meist von links und zum Teil auch aus Israel kommenden notorischen Besorgnisträger, die Israel-Hasser und Terroristenfreunde aus der Merkel-Entourage wie Gabriel u.a. für Freunde der Juden und die gesamte Opposition für den Leibhaftigen halten.

Ja, es stimmt es gibt viel zu viel braunen Müll in der Opposition, kaum jemand verabscheut das mehr als der Verfasser, der nahezu sein ganzes Leben im Kampf gegen den allgegenwärtigen Antisemitismus und die Delegitimierung Israels verbracht hat.

Aber diesen Antisemitismus gibt es – nur besser hinter Israel-Kritik getarnt – auch bei allen anderen Parteien inklusive den Kirchen. Dort kommt aber noch die jüdische Leben verunmöglichende Duldung eines bei uns massiv gewachsenen muslimischen Judenhasses dazu.

Der plumpen, nur ihrer eigenen Erhaltung dienenden Schwarzmalerei-Propaganda der etablierten Islam-Freunde, die mit Jamaika oder doch noch Groko in trauer Zusammensetzung munter weiterregieren wollen, sollten wir nicht aufsitzen. Berlin 2017 ist nicht Weimar und die bisher Etablierten sind keine Freunde der Juden.

Jedenfalls zeigen die vollkommen uneinsichtigen und häufig trotzigsten Reaktionen der Verantwortlichen für den jetzt beklagten Rechtsruck und für das eigene Desaster, dass von dieser Seite eine Besserung der Sicherheitssituation auch für Juden in Deutschland und für eine andere Beurteilung Israels auch künftig nicht zu erhoffen ist.

Unsere Lesern wünsche ich noch einmal ein herzliches

Schana Tova 5778 w Gemar Chatima Tova!

Mögen Sie und alle Ihre Lieben eingeschrieben und besiegelt sein in dem Buch des Lebens in Gesundheit, Frieden, Glück und persönlichem Wohlergehen.

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

Netanjahus Reise in die Neue Welt

Zum ersten Mal bereist ein israelischer Regierungschef Lateinamerika



ALFREDO ESTRELLA, AFP

Von Tobias Käufer

Der israelische Premier trifft seinen mexikanischen Kollegen.

Israel und Lateinamerika, das war bislang diplomatisches Neuland. Es wurde Zeit, dass Israels Premierminister Benjamin Netanjahu diese Lücke schloss.

Der Schreck stand Mexikos Präsident Enrique Peña Nieto noch ins Gesicht geschrieben. Ein schweres Erdbeben im Süden des Landes hatte für schwere Verwüstungen gesorgt. Der Gast hatte prompt schnelle Hilfe im Gepäck: Benjamin Netanjahu ließ über die israelische Botschaft 15 Tonnen Lebensmittel an die Betroffenen verteilen. Eine Geste des Premierministers, die gut ankam in Mexiko. Es war das erste Mal, dass ein israelischer Regierungschef Mexiko besuchte, protokollarisches Neuland waren auch die von Netanjahu zuvor besuchten einflussreichen Länder Argentinien und Kolumbien. Mit dem Besuch in Lateinamerika trug Netanjahu den jüngsten politischen Entwicklungen, aber auch Herausforderungen, die Israel in der Region erwarten, Rechnung.

Netanjahus Reise fiel in eine Zeit großer Umbrüche in der Region. Zwischen Mexiko und dem übermächtigen Nachbarn im Norden ist es nach den Vorwürfen von Präsident Donald Trump gegen mexikanische Einwanderer sowie im Konflikt um die Neugestaltung der NAFTA-Freizone zum politischen Bruch gekommen. Darunter soll und will der US-Verbündete Israel nicht leiden. Statt wie in der Vergangenheit auf Washingtons Vermittlerdienste zu setzen, will Israel die Dinge lieber selbst in die Hand nehmen. Eine große Wirtschaftsdelegation begleitete Netanjahu während seiner Lateinamerika-Reise –

auch das war eine Geste der Wertschätzung des Gastes gegenüber der Region. Gleichzeitig war es ein Signal der Bereitschaft des jüdischen Staates sich emanzipatorisch gegenüber den USA in der Region selbst besser zu verankern.

Anti-israelische sozialistische Staaten

Lateinamerika hat turbulente Jahre hinter sich. Der Aufstieg der Linksregierungen um Venezuelas Oberstleutnant Hugo Chavez vor rund 18 Jahren hatte für Jerusalem unangenehme Konsequenzen: Die sozialistischen Länder um Argentinien damals regierenden Familienclan Nestor und Cristina Kirchner, Boliviens indianischen Präsidenten Evo Morales und das von Chavez dominierte Venezuela wendeten sich vor allem dem Iran und der PLO zu, und von Israel ab. Gegen Venezuelas aktuellen Vize-Präsidenten Tareck El Aissami stehen nicht nur Vorwürfe des Drogenschmuggels, sondern auch der aktiven Terror-Unterstützung im Raum. Er soll noch in seiner Funktion als Innenminister unter Hugo Chavez Mitgliedern der Hamas und der Hisbollah zu falschen Pässen verholfen haben. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise in Syrien versprach Chavez-Nachfolger Nicolas Maduro vollmundig die Aufnahme von mindestens 20.000 Flüchtlingen. Es blieb wie so oft bei dem umstrittenen venezolanischen Präsidenten bei der bloßen Ankündigung.

All das spielte beim Besuch Netanjahus in der „Neuen Welt“ eine Rolle. Vor allem in Argentinien kocht die Iran-Affäre von Kirchner in diesen Tagen wieder hoch. Der vor gut zwei Jahren tot aufgefundene

Sonderermittler Alberto Nisman soll nun doch ermordet worden sein, vermeldete die argentinische Justiz. Nisman hatte gegen Cristina Kirchner ermittelt, der vorgeworfen wird, wegen geschäftlicher Interessen mit dem Iran die Ermittlungen zu dem Attentat auf das Gebäude des jüdischen Wohlfahrtsverbands AMIA behindert zu haben. Bei dem Anschlag im Juli 1994 waren 85 Menschen ums Leben gekommen und zahlreiche verletzt worden. Kirchner, die es bei den Parlamentswahlen im Oktober zurück auf die politische Bühne zieht, spricht von einer politischen Kampagne gegen sie.

Der Skandal im jüdischsten Land Südamerikas

Der bis heute nicht vollständig aufgeklärte Anschlag nahm dann auch breiten Raum beim Netanjahu-Besuch in Buenos Aires ein. „Argentinien bekräftigt seine unverbrüchliche Verpflichtung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, den wir zwei Mal erlitten haben“, versprach Argentinien Präsident Mauricio Macri mit Blick auf die Anschläge auf AMIA und die Botschaft Israels. Netanjahu wurde deutlicher und nannte die nach seiner Meinung Verantwortlichen der Bluttat gegen die jüdische Gemeinde beim Namen: „Wir wissen, dass die Schuldigen Hisbollah und Iran waren.“ Auch in Argentinien sorgte Netanjahu für Symbolpolitik. Er reiste an Bord einer El-Al-Maschine nach Buenos Aires. Künftig wird die Städte Tel Aviv und Buenos Aires eine neue direkte Flugverbindung verbinden, ein deutliches Signal für eine

intensivere Zusammenarbeit. Erst einmal gab es zuvor einen El-Al-Flug zwischen den beiden Ländern: 1960, um den Nazi-Verbrecher Adolf Eichmann nach einer spektakulären Ermittlungsaktion nach Israel zu bringen. Eichmann hatte wie viele andere Verbrecher des Nazi-Regimes in Argentinien Unterschlupf gefunden. Auch deshalb galt die Geste Macris, seinem Amtskollegen argentinische Holocaust-Dokumente zu übergeben, als Hinweis darauf, dass dem südamerikanischen Land seine Verantwortung bewusst ist.

Auch die Stippvisite in Kolumbien war ein strategisch kluger Zug Netanjahus. Das Land, das unter einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg zwischen linksgerichteter FARC-Guerilla, rechtsgerichteten Paramilitärs und der regulären Armee litt, gilt nach dem Friedensschluss mit den Rebellen als potentielle Aufsteigerung des Kontinentes. Schon jetzt verzeichnet Kolumbien regelmäßige ordentliche Wachstumsraten. Der Friedensvertrag mit der FARC ist offenbar für viele internationale Beobachter der Startschuss, es nun ebenfalls in Kolumbien zu versuchen. Politisch ist Kolumbien für Israel in Lateinamerika ohnehin ein Stabilitätsanker und damit eine ideale Plattform, um innerhalb Lateinamerikas wie angestrebt die „diplomatischen, ökonomischen und finanziellen Ressourcen“ auszuweiten, wie Netanjahu erklärte. Mit der ersten Reise in die Region ist damit ein Anfang gemacht.

Der Autor lebt und arbeitet in Bogota, Kolumbien.

Trump's Top Ten – Die verschwiegenen Erfolge des US-Präsidenten

Eine Zwischenbilanz: Was wir und die Amerikaner US-Präsident Donald Trump jetzt schon zu verdanken haben

Von Robert Schütze

Er ist nun rund 250 Tage im Amt. Er ist laut und direkt. Vieles macht er anders als Obama. Von ihm werden gängige Denkmuster und Verhaltensregeln hinterfragt. Sein Land und sein Volk rangieren für ihn an erster Stelle. Das reicht oppositionellen Journalisten und Politikern schon aus, um ihn unablässig zu kritisieren, zu dämonisieren, ihm jegliche Erfolge abzusprechen, ihm Unbeliebtheit im Volk zu unterstellen und ihn für alles Übel dieser Welt verantwortlich zu machen.

Aber betrachtet und beurteilt man Trumps bisherige Amtszeit einmal nüchtern, sachlich und ohne die Medien-Hysterie diesseits und jenseits des Atlantiks, so ergibt sich ein anderes Bild, eine erstaunliche Erfolgsbilanz:

Trump's Top Ten!

1. Israel vor Iran

Ex-Präsident Obama ruinierte die Beziehungen zum demokratischen Israel und umgarnte gleichzeitig den diktatorischen Iran. Trump konnte das Verhältnis zum alten Verbündeten Israel wieder mehr als normalisieren und übt wie die Vorgänger Obamas stärkeren Druck auf die unruhestiftende Diktatur in Teheran unter Staatspräsident Hassan Rohani aus. Er weiß: Der Iran ist ein höchstgefährlicher Staat. Milizen der Islamischen Republik oder solche, die von ihr direkt unterstützt werden, kämpfen in Syrien, dem Irak und im Jemen. Sie wollen den Machtbereich der Schiiten bzw. des schiitischen Irans ausweiten. Die iranische Regierung geht aber nicht nur aggressiv-imperialistisch im Ausland vor. Auch im Inland leben die eigenen Bürger in Angst. Der Iran ist das Land mit den meisten Hinrichtungen weltweit nach China und verantwortlich für zwei Drittel aller Exekutionen im islamischen Raum. 2016 gab es laut Amnesty International 567 Exekutionen durch Erhängen oder Steinigung. Darunter waren zahlreiche öffentliche Hinrichtungen und Exekutionen aus religiösen Gründen – oft nach schlimmsten Folterungen. Laut „Reporter ohne Grenzen“ sitzen in der Islamischen Republik momentan mindestens 28 Medienschaffende wegen ihrer Arbeit in Haft. Das Land gehört zu den größten Gefängnissen für Journalisten. Auf der Rangliste der Pressefreiheit steht der Iran weit hinten auf Platz 165 der 180 gelisteten Staaten.

„Donald, ich möchte dir sagen, wie sehr ich den Wandel in der Außenpolitik gegenüber dem Iran schätze“, erklärte Israels Ministerpräsident Netanjahu stellvertretend für nahezu alle Staatsschefs des Nahen Ostens. Denn fast sämtliche Nachbarstaaten des Irans fühlen sich durch die Politik Teherans bedroht. Sie sind vornehmlich sunnitisch. Die gemeinsame Bedrohung schweißt zusammen und eröffnet die Chance für ein großes Friedensbündnis, das auch Israel und die „palästinensischen“ Siedlungsgebiete mit einschließt. Dafür verhandelt Trump notgedrungen mit Saudi-Arabien. Viele arabische Staaten sind mittlerweile bereit, ihr bislang feindseliges Verhalten gegenüber Israel zu ändern. Trump plant eine breite Nahost-Koalition, um den Einfluss des Irans in der Region zurückzudrängen. Wenn Israel innerhalb der Koalition mit dem mehrheitlich sunnitischen Saudi-Arabien zusam-



Nicholas Kamm, AFP

Kann auf viele politische Erfolge zurückblicken: Donald Trump.

menarbeitet, erwartet man davon positive Auswirkungen auf die Friedensverhandlungen mit den Führern der „palästinensischen“ Autonomiegebiete, denn diese sind Saudi-Arabien weitgehend hörig. Trump verfolgt hier eine erfolgversprechende Strategie, die ganz neue Hoffnungen bringt. Aufgrund seines mittlerweile freundschaftlichen Verhältnis zu Netanjahu, kann er auch diesen leichter zu Zugeständnissen bewegen. Ein kurzer kumpelhafter Satz in einer gemeinsamen Pressekonferenz in Washington reichte, damit Israels Premier im eigenen Kabinett Einschränkungen im Siedlungsbau durchsetzte: „Bibi, du wirst dich mit dem Siedlungsbau ein wenig zurückhalten, richtig?“ So erreicht Trump mehr als Obama mit jahrelangen Drohungen. Aber davon erfährt man in deutschen und amerikanischen Medien so gut wie nichts. Nur die „Jerusalem Post“ schreibt anerkennend: „The overall atmosphere and tone of the relationship between Jerusalem and Washington has changed fundamentally.“

2. Der leise Tod von TTIP

2015 und 2016 protestierten in Deutschland mehrere hunderttausend – meist „linksgerechtere“ – Demonstranten gegen TTIP. Die Demos gehörten zu den größten in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik. Die CDU/SPD-Koalition in Berlin und die Obama-Regierung in Washington waren sich über die Einführung des transatlantischen Freihandelsabkommens schon so gut wie einig. Die Protestler – darunter viele Linksextremisten bzw. Kommunisten – meinten, dass dadurch

unter anderem eine Verringerung der Verbraucherrechte, eine Verschlechterung der Lebensmittelstandards und eine Amerikanisierung des gesamten Wirtschaftslebens zu erwarten wären. Es hatte über 10 Jahre gedauert, das Freihandelsabkommen TTIP auszuhandeln – Trump benötigte einen Tag, um es zu beerdigen. Damit machte er eines seiner Wahlversprechen wahr. Wer jetzt meint, die linken Protestler würden ihm diesen Schritt danken, liegt daneben. Dass er etwas gemacht hatte, was genau in ihrem Sinne war und um das sie jahrelang mit größten Mühen gekämpft hatten, wurde konsequent totgeschwiegen. Es durfte in ihren Augen nicht sein, dass das „Böse“ etwas „Gutes“ vollbracht hat.

3. Der Islamische Staat wird endlich zurückgedrängt

Der sogenannte Islamische Staat (IS) ist an Brutalität kaum zu überbieten. Er stellt eine riesige Gefahr dar – nicht nur für den Nahen Osten, sondern durch das Aussenden von Terroristen in alle Himmelsrichtungen auch für die gesamte Weltgemeinschaft. Doch unter Ex-Präsident Obama wurde gegen ihn nur halbherzig vorgegangen. Einer der besten Kenner des Geschehens in Syrien und dem Irak ist Brett McGurk. Er wurde noch von Obama 2015 als US-Sonderbeauftragter für die Bekämpfung der islamistischen Terrormiliz eingesetzt und besucht ständig die Frontlinien, an denen die von Amerika angeführte Anti-IS-Allianz gegen die Terroristenarmee kämpft. In einer Pressekonferenz im August gab er bekannt, dass es seit dem Amts-

antritt von Donald Trump schneller vorangeht als je zuvor. Der Grund sei eine überlegtere Vorgehensweise der neuen US-Regierung. Nun will nicht mehr das Weiße Haus alles bestimmen. Man überlässt die Entscheidungen den Kommandeuren vor Ort. Neben dem Delegieren der Befehlsgewalt achtet man z.B. bei Kämpfen in Nord-Syrien ebenfalls stärker darauf, dass besiegte IS-Kämpfer nicht entkommen und sich als Terroristen ins Ausland absetzen. Auch die Kommunikation mit der russischen Militärführung, die Assad unterstützt, wurde verbessert. So konnten Angriffe gegen den IS abgesprochen und Waffenstillstandsabkommen für Süd-Syrien verabredet werden, die weitere Gemetzel zwischen von Russland unterstützten syrischen Regierungstruppen und Oppositionellen mit US-Rückendeckung verhindern. In den vergangenen Monaten kehrte in immer mehr Unruheregionen Frieden ein, wodurch für zahlreiche Flüchtlinge aus der Türkei und Asylbewerber aus Europa die Möglichkeit besteht, in ihre Heimatstädte zurückzukehren.

4. Arbeitslosigkeit auf niedrigstem Stand

Die Arbeitslosigkeit ist in den Vereinigten Staaten auf den niedrigsten Stand seit 16 Jahren gesunken. Nach Angaben des US-Arbeitsministeriums liegt die Arbeitslosenquote momentan bei nur 4,3 Prozent und damit so niedrig wie seit Mai 2001 nicht mehr. 25 Millionen neue Jobs in zehn Jahren hat der US-Präsident seinen Bürgern versprochen – das macht 208.333 neue Arbeitsplätze pro Monat. Im Juli entstanden

209.000 neue Stellen.

5. Börsenboom

So wie die Wahlergebnisse wurden auch die Kursverläufe in den USA falsch vorhergesagt. Statt um fünf bis zehn Prozent zu fallen, wie es zum Beispiel Deutsche Bank und Hypovereinsbank für die Zeit nach einem Wahlsieg von Donald Trump für die großen Aktien-Indizes prognostizierten, zeigte der Dow Jones-Index in der Wahlwoche das beste Wochenergebnis seit 2011 und stieg auf ein neues Allzeithoch bei 18.934 Punkten. Seit dem Amtsantritt des Republikaners boomt der Aktienmarkt. Alle Indizes wachsen stetig. Trumps Politik sorgt für Euphorie an den Börsen. So konnte er am 1. August stolz twittern: „Der Aktienmarkt könnte (erneut) ein Allzeithoch erreichen. 22.000 Punkte heute. Am Wahltag waren es 18.000. Die Mainstream-Medien erwähnen das selten!“

6. Mit China gegen Nordkorea

US-Präsident Trump hat eine Eskalation des Konfliktes mit Diktator Kim Jong Un bislang erfolgreich verhindert – zunächst mit harten Worten und nun mit harten Sanktionen. Er konnte sogar China über den UN-Sicherheitsrat erstmals zu einer echten Teilnahme an gemeinsamen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen für Nordkorea bewegen. Peking war bisher Pjöngjangs wichtigster Verbündeter und Außenhandelspartner. Jetzt stehen die USA und China Seite an Seite gegen den Aggressor. Experten nehmen an, dass durch die Sanktionen eine geheime Einfuhr von Bauteilen für Atomraketen nach Nordkorea verhindert werden kann. Trump will den Diktator zu einem Abrüstungsvertrag zwingen. Inzwischen haben viele deutsche Medien nichts besseres zu tun, als den demokratisch gewählten US-Präsidenten und den dazwischen Diktator als gleich gefährlich darzustellen.

7. Anhaltende Beliebtheit

Die meisten deutschen Medien und einige amerikanische wollen uns weismachen, dass Präsident Trump in den USA trotz seines Wahlsiegs unpopulär sei. Dazu führen sie zur Untermauerung regelmäßig die Ergebnisse von Meinungsumfragen ins Feld. So veröffentlicht „t-online.de“, eine der meistbesuchten Internetseiten Deutschlands, am 20. März eine dpa-Meldung unter dem Titel „Gallup-Umfrage: Nur 37 Prozent der Amerikaner für Trumps Politik“. Die „Zeit“ und der Berliner „Tagesspiegel“ titeln am 11. Mai: „Umfrage zu Donald Trump: US-Wähler bezeichnen Trump am häufigsten als Idioten.“ „Die Presse“ aus Österreich schreibt am 16. Juli zu einer Umfrage von „Washington Post“ und „ABC“: „Donald Trumps Beliebtheitswerte im Sturzflug.“ Die Internetseite „Huffington Post“ setzt über einen Anti-Trump-Artikel mit den gleichen Umfragequellen einen Tag später die Überschrift „Americas biggest Loser“.

Doch hat schon einmal jemand diese „Umfragen“ genauer unter die Lupe genommen?

Im Rahmen all dieser Erhebungen wurden nie mehr als 1.500 Personen befragt. Bei einer Gesamtbevölkerung von 323 Millionen Menschen in den USA sind diese Zahlen in etwa so repräsentativ wie ein einzelner Wassertropfen für den gesamten Atlantik. Obwohl die Umfragen in keinsten Weise als repräsentativ gelten können, wird von den Medien suggeriert, man würde hier die Meinung der gesamten amerikanischen Bevölkerung oder Wählerschaft wiedergeben. Schaut man sich insbesonde-

re diejenige Erhebung genauer an, nach der „die Amerikaner in Trump größtenteils einen Idioten sehen“, so stellt man fest: Nur 39 von 1.000 Befragten haben mit ihm den Begriff „Idiot“ assoziieren wollen. Dieser marginale Wert reichte Journalisten bereits für zahllose verallgemeinernde hetzerische Anti-Trump-Schlagzeilen übelster Sorte.

Es gab allerdings in den vergangenen Monaten mehrere echte Stimmungsbarmometer, über die man hätte berichten können: in vier US-Bundesstaaten wurden nämlich Nachwahlen für Sitze im Repräsentantenhaus durchgeführt, bei denen Republikaner und Demokraten miteinander konkurrierten. Dabei durften viele hunderttausend Wähler abstimmen. In den Bundesstaaten Kansas, Montana, Georgia und South Carolina setzten sich jeweils Bewerber von Trumps Regierungspartei deutlich gegen Kandidaten der Demokraten durch. Die Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus bleibt damit unverändert bestehen. Nachwahlen waren nötig geworden, nachdem einige Mitglieder des Parlaments ihre Mandate zurückgaben, um in die Regierung von Donald Trump aufzurücken. Durch diese Wahlen wurde also die anhaltende Popularität des Präsidenten klar bestätigt.

8. Mehr Sicherheit an der Grenze zu Mexiko

Donald Trump möchte die illegale Einwanderung vermindern und verhindern. Die Vorbereitungen für die Schließung der letzten Lücken in den Grenzbefestigungen zwischen Mexiko und den USA (dort wurden schon von seinen Amtsvorgängern vor vielen Jahrzehnten Grenzzäune und -mauern errichtet) schreiten voran. Bis die letzten Schlupflöcher geschlossen sind, gibt es stärkere Grenzkontrollen. Der US-Präsident wies die Einstellung von rund 10.000 neuen Einwanderungs- und Zollbeamten sowie von 5.000 Grenzkontrolleuren an. Dies macht sich bereits deutlich bemerkbar: Die Zahl der illegalen Grenzübertritte im Süden der USA ist auf dem tiefsten Stand seit 17 Jahren. Allein zwischen Januar und April 2017 haben sie um über 60 % abgenommen. Außerdem hat Trump mehr Richter für Immigrationsangelegenheiten einstellen lassen, damit der Rückstand bei Abschiebungsverfahren aufgeholt werden kann.

9. Mehr Sicherheit durch Einreisestopp

„Als Präsident darf ich nicht erlauben, dass Menschen in unser Land einreisen, die uns Schaden zufügen wollen. Ich will Menschen, welche die USA und all ihre Bürger lieben, die hart arbeiten und produktiv sind“, erklärt Donald Trump. Er will sein Land vor Terroristen-Tourismus aus unsicheren Staaten schützen, die ihre Grenzen selbst kaum noch kontrollieren können bzw. einen Austausch von polizeilichen Daten nicht zulassen. Deshalb hat Trump ein 90-tägiges Einreiseverbot für Menschen aus Libyen, Iran, Jemen, Somalia, Sudan und Syrien sowie einen 120-tägigen Einreisestopp für Flüchtlinge aus allen Ländern verhängt. Mehrere oppositionelle Richter untergeordneter Bundesgerichte hatten die Anweisungen des Präsidenten zunächst außer Kraft setzen wollen. Doch der oberste amerikanische Gerichtshof (Supreme Court) verfügte Ende Juni, dass die Beschränkungen rechtmäßig sind und grundsätzlich gelten sollen. Dies ist ein großer Erfolg für die Regierung und die Bürger. So haben die USA Zeit gewonnen, um die Grenzkontrollen zu verbessern und an die neuen Herausforderungen anzupassen. Ab Oktober werden die Beschränkungen voraussichtlich auf Reisende aus Nordkorea und Venezuela ausgedehnt. Durch ähnliche Maßnahmen hätte man in Deutschland, dem Herkunftsland von Trumps Großeltern, viel Leid verhindern können. Im Juli 2016 zündete beispielsweise ein unzureichend kontrollierter syrischer Asylbewerber im bayerischen Ansbach eine Bombe. Zwölf Menschen wurden verletzt, drei von ihnen schwer.

10. Nötige Reform der Krankenversicherung

Deutsche Journalisten möchten uns am liebsten einreden, dass „Obamacare“ das beste sei, was den Amerikanern seit der Unabhängigkeitserklärung 1776 passiert ist. Natürlich sei „Obamacare“ perfekt und dürfe nicht verändert werden, weil es ein Projekt von Obama war. Glaubt man deutschen Medien, so wolle der böse Trump die gute Krankenversicherung wieder abschaffen. Aber ist das wirklich so?

Zunächst einmal hat nur ein verschwindend kleiner Bruchteil der

amerikanischen Bevölkerung ein Versicherungsangebot im Rahmen des sogenannten „Obamacare“-Programms abschließen wollen, viele zahlen lieber eine Strafgebühr für eine fehlende Versicherung, weil Obamas Projekt nur rudimentären Schutz bietet und man beim Arzt lange warten und Leistungen oft doch selbst bezahlen muss. In manchen Bundesstaaten haben sich Versicherungsmonopole gebildet, die Wahlmöglichkeiten ausschließen und den freien Wettbewerb zugunsten der Patienten behindern. Drei Viertel der zugelassenen „Obamacare“-Versicherungen arbeiten durch die geltenden Vorschriften defizitär und sind auf staatliche Zuschüsse angewiesen. Hohe und wachsende Prämien kommen immer häufiger vor. Bestehende funktionierende Versicherungsverträge wurden plötzlich millionenfach ungültig – darunter z.B. die Auslandskrankenvorsorge von deutschen Firmenentsandten. Arbeitgeber werden abgeschreckt, mehr Stellen zu schaffen, weil sie durch mehr Angestellte teure Versicherungspflichten befürchten. Kurz gesagt: Obamas Krankenversicherungsprojekt ist krank und reformbedürftig.

Das haben die US-Bürger und auch ihr Präsident erkannt. Die Republikaner möchten das bestehende Versicherungssystem nicht komplett abschaffen, sondern ändern: mehr Auswahl, mehr Wettbewerb, niedrigere Prämien. „Trumpcare“ sieht beispielsweise statt Strafzahlungen eher Anreize wie Steuervergünstigungen für US-Bürger, die sich noch gegen eine Absicherung wehren, vor. Am 5. Mai stimmte das US-Repräsentantenhaus einer Neufassung des Gesundheitsgesetzes zu – ein erster erfolgreicher Schritt. Dass es noch keinen Ersatz für „Obamacare“ gibt, liegt nicht daran, dass die Abgeordneten keinen Reformbedarf sehen, sondern dass viele weitergehende Reformen wünschen bzw. sich noch nicht auf einen gemeinsamen Gesetzesentwurf einigen konnten. Bis es soweit ist, will Trump den Patienten auf die Schnelle mit einer Präsidentenverfügung helfen. Dadurch will er ihnen ermöglichen, Versicherungsleistungen auch bei günstigeren Krankenversicherungen in anderen Bundesstaaten einkaufen zu können.

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Die neue Rede von Benjamin Netanjahu vor den Vereinten Nationen

Der israelische Premier sieht die Zukunft seines Landes trotz externer Bedrohung sehr positiv

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

wir sind mitten in einer großen Revolution. Eine Revolution in Israels Ansehen unter den Völkern. Sie geschieht, weil so viele Länder auf der ganzen Welt endlich aufgewacht sind und erkannt haben, was Israel für sie tun kann. Diese Länder erkennen jetzt, was schon so brillante Investoren wie Warren Buffet und große Firmen wie Google und Intel vor Jahren erkannt und verstanden haben, nämlich dass Israel die Innovationsnation ist. Der Ort für Spitzentechnologie und Landwirtschaft, in Wasseraufbereitung, in Internetsicherheit, in der Medizin und in autonomer Fahrzeugtechnologie. Sie nennen es, wir haben es!

Diese Länder erkennen jetzt auch die außergewöhnlichen Fähigkeiten Israels bei der Bekämpfung des Terrorismus. In den letzten Jahren hat Israel Informationen beschafft, die Dutzende von großen Terroranschlägen auf der ganzen Welt verhindert haben. Wir haben unzählige Leben gerettet. Sie mögen das vielleicht nicht wissen, aber Ihre Regierungen wissen es, und sie arbeiten eng mit Israel zusammen, um Ihre Länder und Ihre Bürger sicher zu halten.

Ich stand letztes Jahr hier auf diesem Podium und sprach über die tiefgreifenden Veränderungen bezüglich Israels Ansehen in der Welt. Schauen Sie mal, was seit diesem Jahr geschehen ist: Hunderte von Präsidenten, Premierministern, Außenministern und anderen Oberhäuptern haben Israel besucht, viele davon zum ersten Mal. Von diesen vielen Besuchen waren zwei geradezu historisch.

Historische Staatsbesuche

Im Mai war Präsident Trump der erste amerikanische Präsident, der Israel bei seinem ersten Besuch im Ausland einbezog. Präsident Trump stand an der Klagemauer, am Fuße des Tempelbergs, wo das jüdische Volk oder vielmehr der Tempel des jüdischen Volkes für fast tausend Jahre stand. Als der Präsident diese alten Steine berührte, berührte er unsere Herzen für immer.

Im Juli wurde Premierminister Modi der erste indische Premierminister, der Israel besuchte. Sie haben vielleicht zehn Bilder davon gesehen. Wir waren am Strand in Hadera. Wir fuhren zusammen in einem Jeep, der mit einer tragbaren Entsalzungsanlage ausgestattet war, die ein aufstrebender israelischer Unternehmer erfunden hat. Wir zogen unsere Schuhe aus, watenen im Mittelmeer und tranken Meerwasser, das nur wenige Minuten zuvor gereinigt worden war. Wir haben uns die unendlichen Möglichkeiten für Indien, für Israel, für die ganze Menschheit vorgestellt.

Im vergangenen Jahr hat Israel viele Oberhäupter der Welt empfangen und ich hatte die Ehre, mein Land auf sechs verschiedenen Kontinenten zu vertreten. Ein Jahr, sechs Kontinente.

Ein Jahr, sechs Kontinente.

Ich ging nach Afrika, wo ich sah, wie israelische Erfinder die Ernteerträge erhöhten und Luft in Wasser verwandelten und AIDS bekämpften. Ich bin nach Asien gefahren, wo wir unsere Beziehungen zu China und Singapur vertieft und unsere Zusammenarbeit mit unseren muslimischen Freunden



Benjamin Netanjahu am Rednerpult der UNO.

in Aserbaidschan und Kasachstan erweitert haben. Ich bin nach Europa gefahren, wo wir in London und Paris, Saloniki und Budapest, unsere Sicherheit und unsere wirtschaftlichen Beziehungen verstärken. Ich ging nach Australien und war der erste israelische Premierminister, der unseren großen Verbündeten Down Under besuchte. Und gerade letzte Woche ging ich nach Südamerika und besuchte Argentinien und Kolumbien und dann Mexiko und wurde, wenn Sie es glauben können, der erste israelische Premierminister, der jemals Lateinamerika besucht hat. Nach siebzig Jahren umarmt die Welt Israel und Israel umarmt die Welt.

(Beifall)

Ein Jahr, sechs Kontinente. Nun ist es wahr: Ich habe lediglich die Antarktis noch nicht besucht. Aber eines Tages hoffe ich, sogar dorthin zu kommen. Ich möchte dort vor allem hingehen, weil ich gehört habe, dass die Pinguine ebenfalls begeisterte Anhänger von Israel sind. Jetzt lachen Sie, aber Pinguine haben keine Schwierigkeiten zu erkennen, dass einige Dinge schwarz und weiß sind, richtig und falsch. Leider, wenn es um UN-Entscheidungen zu Israel geht, fehlt diese einfache Unterscheidungskraft der Pinguine hier allzu oft.

„Das können Sie nicht ernst meinen!“

Sie fehlte im letzten Dezember, als der Sicherheitsrat eine anti-israelische Resolution verabschiedete, die die Möglichkeit eines Friedens verringerte. Sie fehlte im vergangenen Mai, als die Weltgesundheitsorganisation eine von Syrien eingebrachte Resolution verabschiedete, die – das müssen Sie sich jetzt echt mal anhören – Israel für die gesundheitlichen Bedingungen auf den Golanhöhen kritisierte. Um den großen John McEnroe zu zitieren: „Das können Sie nicht ernst meinen!“

Ich meine, das ist widersinnig. Syrien hat hunderttausende von seinen eigenen Bürgern bombardiert, ausgehungert, vergast und ermordet und Millionen mehr verwundet, während Israel

lebensrettende medizinische Versorgung für Tausende von syrischen Opfern dieses Gemetzels zur Verfügung gestellt hat. Gegen wen aber wendet sich die Weltgesundheitsorganisation? Israel!

Keine Grenze der Absurdität bei der UNO?

Gibt es in den Vereinten Nationen eigentlich keine Grenze der Absurdität, wenn es um Israel geht? Anscheinend nicht, denn im Juli erklärte die UNESCO das Grabmal der Patriarchen in Hebron zu einem palästinensischen Weltkulturerbe. Das ist schlimmer als Fake News; das ist Fake History. Es ist wahr, dass Abraham, der Vater von Ismael und Isaak, dort begraben ist, aber auch Isaak, Jakob, Sarah, Rebecca, übrigens, Sarah ist ein jüdischer Name und Leah. Sie waren übrigens ganz zufällig auch allesamt Patriarchen und Matriarchen des jüdischen Volkes. Das werden Sie im letzten UNESCO-Bericht jedoch nicht gelesen haben. Aber wenn Sie wollen, können Sie darüber in einer etwas gewichtigeren Publikation lesen. Sie nennt sich Bibel. Ich empfehle sie sehr. Wie ich höre, soll sie noch viereinhalb von fünf Sternen bei Amazon haben. Es ist ein toller Schmöker. Ich lese es jede Woche.

Meine Damen und Herren, jetzt aber Spaß beiseite. Trotz der Absurditäten, trotz der Wiederholung der farcenhafte Ereignisse, ändert sich was, langsam aber sicher. Es gibt Anzeichen einer positiven Veränderung, auch bei den Vereinten Nationen.

Herr Generalsekretär, ich freue mich sehr über Ihre Aussage, dass Sie das Absprechen von Israels Existenzrecht als schlicht und ergreifenden Antisemitismus bezeichnet haben. Das ist wichtig, denn zu lange war das Epizentrum des globalen Antisemitismus hier in den Vereinten Nationen. Auch wenn es viele Jahre dauern wird, bin ich absolut zuversichtlich, dass sich die Revolutionen in den vielen einzelnen Nationen, wenn es um Israels Ansehen geht, letztendlich auch hier in diesem Saal der Nationen widerspiegeln wird.

Dank an Donald Trump und Nikki Haley

Ich bin zuversichtlich, weil es auch eine deutliche Veränderung in der Haltung einiger unserer besten Freunde gibt. Dank der unmissverständlichen Unterstützung von Präsident Trump für Israel wird diese positive Veränderung auch hier spürbar. Daher Danke, Präsident Trump, vielen Dank für die Unterstützung von Israel bei den Vereinten Nationen und auch vielen Dank für Ihre Unterstützung, Botschafter Nikki Haley. Danke, dass Sie die Wahrheit über Israel sprechen.

(Beifall)

Aber meine Damen und Herren, hier in den Vereinten Nationen, müssen wir auch die Wahrheit über den Iran sagen, da Präsident Trump heute morgen schon so kraftvoll war. Wie Sie wissen, war ich Botschafter in den Vereinten Nationen und bin seit vielen Jahren israelischer Premierminister. Ich habe folglich unzählige Reden in diesem Saal gehört. Ich kann daher sagen: Kein Rede war kühner, keine war mutiger und aufrichtiger als die von Präsident Trump heute. Präsident Trump nannte das Atomabkommen mit dem Iran zu Recht eine Peinlichkeit. Ich kann ihm nur voll und ganz zustimmen und das ist der Grund: Der Iran hat geschworen, mein Land zu zerstören. Er schwört es jeden Tag, auch von seinem Stabschef neulich.

Die Bedrohung durch den Iran

Iran führt im Mittleren Osten einen Eroberungsfeldzug durch und entwickelt ballistische Raketen, um die ganze Welt zu bedrohen. Vor zwei Jahren stand ich hier und erklärte, dass das iranische Atomabkommen dem Iran den Weg zur Bombe nicht blockieren, sondern tatsächlich bereiten wird, weil es in dem Abkommen einen Beschränkungen des iranischen Atomprogramms gibt, die sogenannte „Sonnenuntergangsklausel“.

Lassen Sie mich erklären, was dieser Begriff bedeutet. Er bedeutet, dass die Einschränkungen in dem Abkommen in ein paar Jahren automatisch entfallen, jedoch nicht durch eine Veränderung

des iranischen Verhaltens, nicht durch eine Verminderung des Terrors oder der Aggression, sondern einfach nur wegen einer bloßen Veränderung im Kalender.

Ich warnte vor diesem Sonnenuntergang. Wenn er kommt, wird er sich wie ein dunkler Schatten über den gesamten Nahen und Mittleren Osten und über die ganze Welt werfen, weil es dem Iran dann erlaubt sein wird, Uran im industriellen Maßstab zu anzureichern, um ein massives Arsenal von Atomwaffen anzulegen. Deshalb habe ich vor zwei Jahren gewarnt, dass die Gefahr nicht darin besteht, dass der Iran hastig eine einzige Bombe baut, indem er das Abkommen bricht, sondern dass der Iran in der Lage sein wird, viele Bomben zu bauen, indem er sich an das Abkommen hält.

Die iranische Bombe wird ebenso kommen wie die nordkoreanische gekommen ist.

In den letzten Monaten haben wir alle gesehen, wie gefährlich selbst ein paar Atomwaffen in den Händen eines kleinen Schurkenregimes sein können. Stellen Sie sich jetzt einmal die Gefahr von hunderten Atomwaffen in den Händen eines riesigen iranisch-islamistischen Reiches vor mit Sprengköpfen, die in der Lage sind, sie auf alle Plätze der Erde zu schießen. Ich weiß, dass es immer noch welche gibt, die das gefährliche Abkommen mit dem Iran verteidigen und erklären, dass es den Weg des Iran zur Bombe blockiert. Meine Damen und Herren, genau das haben sie einst auch über den Atomabkommen mit Nordkorea gesagt und wir alle wissen, was daraus geworden ist.

Leider, wenn sich nichts ändert, wird sich dieses Abkommen genau so entwickeln. Deshalb ist die politische Forderung Israels zu dem iranischen Atomabkommen sehr einfach: Ändern Sie es oder beenden Sie es. Richten Sie es oder nichten Sie es. Nichten heißt: stellen Sie den massiven Druck auf den Iran wieder her, einschließlich aller lähmenden Sanktionen, bis der Iran seine Atomwaffenfähigkeit vollständig offengelegt hat.

Das Nichten des Abkommens erfordert viele Dinge, zum Beispiel die Inspektion aller militärischen Anlagen und Orte, die verdächtig erscheinen, sowie der Bestrafung des Irans für jeden Verstoß. Aber vor allem bedeutet das Nichten des Abkommens, die Abschaffung der Sonnenuntergangsklausel. Und abseits des Nichtens dieses schlechten Abkommens, müssen wir auch Irans Entwicklung von ballistischen Raketen stoppen und der wachsenden Aggression des Irans in der Region entgegenreten.

Ich erinnere mich, als wir diese Debatte das letzte Mal hatten. Wie Sie wissen, nahm ich eine ziemlich aktive Rolle in dieser Debatte ein. Viele Unterstützer des Abkommens glaubten naiv, dass das Abkommen den Iran irgendwie besänftigen würde und ihn zu einem verantwortungsvollen Mitglied, so sagten sie, der internationalen Gemeinschaft machen würde. Nun, wie Sie wissen, war ich anderer Meinung. Ich habe gewarnt, dass sich der Iran, wenn die Sanktionen gegen den Iran fallen, wie ein hungriger Tiger verhalten würde und statt sich der Völkergemeinschaft anzuschließen, die Nationen nacheinander zornig verschlingen würde. Genau das macht der Iran heute.

Vom Kaspischen Meer bis zum Mittelmeer, von Teheran bis Tartus, fällt ein iranischer Vorhang über den Nahen Osten. Der Iran verbreitet diesen Vorhang der Tyrannei und des Terrors über

den Irak, Syrien, Libanon und anderswo, und droht, das Licht Israels auszulöschen. Heute habe ich eine einfache Botschaft an den Diktator des Iran, Ayatollah Khamenei:

Das Licht Israels wird niemals ausgelöscht werden!

(Beifall)

Diejenigen, die uns mit der Vernichtung drohen, bringen sich selbst in Lebensgefahr. Israel wird sich mit der vollen Kraft unserer Waffen und der vollen Macht unserer Überzeugungen verteidigen. Wir werden den Iran daran hindern, in Syrien

„Lange war hier in den Vereinten Nationen das Epizentrum des globalen Antisemitismus.“

dauerhafte Militärbasen für seine Luft-, See- und Bodentreitkräfte zu errichten. Wir werden es verhindern, dass der Iran in Syrien oder im Libanon tödliche Waffen gegen uns herstellt. Und wir werden entschieden handeln, um den Iran daran zu hindern, neue Fronten des Terrors gegen Israel an unserer nördlichen Grenze zu eröffnen. Solange das iranische Regime die Zerstörung Israels sucht, wird der Iran keinen härteren Feind haben als Israel.

Aber ich habe heute auch eine Nachricht für die Menschen im Iran: Ihr seid nicht unser Feinde. Ihr seid unsere Freunde.

Shoma duste ma hesteed.

Eines Tages, meine iranischen Freunde, werdet Ihr frei sein von dem bösen Regime, das Euch terrorisiert, Eure Schwulen erhängt, Eure Journalisten inhaftiert, Eure politischen Gefangenen foltert und unschuldige Frauen wie Neda Soltan erschießt, um sie auf den Straßen Teherans zurückzulassen, wo sie an ihrem eigenen Blut erstickte. Ich habe Neda nicht vergessen. Ich bin si-

teilen. Wir haben Frieden mit Jordanien und Ägypten geschlossen, dessen mutigen Präsidenten Abdel-Fattah al-Sissi ich letzte Nacht hier getroffen habe. Ich schätze die Unterstützung von Präsident Al-Sissi für den Frieden, und hoffe, eng mit ihm und anderen Führern in der Region zusammenzuarbeiten, um den Frieden voranzubringen.

Israel fühlt sich verpflichtet, einen Frieden mit all unseren arabischen Nachbarn zu erreichen, einschließlich der Palästinenser. Gestern haben Präsident Trump und ich über all dies sehr

lange diskutiert. Ich schätze die Führung von Präsident Trump, sein Engagement, sich auf Israels Seite zu stellen und sein Engagement für eine friedliche Zukunft für alle. Gemeinsam können wir die Chancen für den Frieden nutzen, und gemeinsam können wir der großen Bedrohung durch den Iran begegnen.

Die bemerkenswerte Allianz zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Israel war niemals stärker, nie tiefer und Israel ist sehr dankbar für die Unterstützung der Trump-Regierung, des amerikanischen Kongresses und des amerikanischen Volkes.

Theodor Herzl war der moderne Moses

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr der historischen Besuche und der historischen Jahrestage hat Israel so viel, wofür es dankbar sein kann. Vor 120 Jahren berief Theodor Herzl den ersten zionistischen Kongress ein, um unsere tragische Vergangenheit durch

Gründung eines jüdischen Staates unterstützte und vor 50 Jahren haben wir unsere ewige Hauptstadt Jerusalem vereint im Zuge eines wundersamen Siegs über diejenigen, die unseren Staat zu zerstören suchten.

Theodor Herzl war unser moderner Moses und sein Traum ist wahr geworden. Wir sind in das versprochene Land zurückgekehrt, wir haben unsere Sprache wiederbelebt, unsere Exilanten versammelt und eine moderne, blühende Demokratie aufgebaut.

Morgen Abend werden Juden auf der ganzen Welt Rosch Haschana feiern, der Anfang unseres neuen Jahres. Es ist eine Zeit der Reflexion und wir schauen mit Staunen über die bemerkenswerte und wunderbare Wiedergeburt unserer Nation. Wir schauen mit Stolz auf die bemerkenswerten Beiträge, die Israel auch weiterhin für alle Nationen machen wird.

Sehen Sie sich um und Sie sehen diese Beiträge jeden Tag. In der Nahrung, die Sie essen, in dem Wasser, das Sie trinken, in den Medikamenten, die Sie einnehmen, in den Autos, die Sie fahren, in den Handys, die Sie benutzen und in so vielen anderen Dingen, die unsere Welt verwandelt haben. Sie sehen es in dem Lächeln einer afrikanischen Mutter in einem abgelegenen Dorf, die dank einer israelischen Erfindung nicht mehr acht Stunden am Tag gehen muss, um Wasser für ihre Kindern zu besorgen. Sie sehen es in den Augen eines arabischen Kindes, das nach Israel geflogen wurde, um eine lebensrettende Herzoperation zu bekommen. Und Sie sehen es in den Gesichtern der Menschen in den Erdbebengebieten Haiti und Nepal, die aus den Trümmern gerettet wurden und von israelischen Ärzten ein neues Leben geschenkt bekommen. Wie der Prophet Jesaja sagte:

„Ich mache dich zum Licht für die Völker; damit mein Heil bis an das Ende der Erde reicht.“



Der Sitzungssaal der häufig anti-israelisch agierenden UNO.

cher, Ihr habt das auch nicht. Und daher, Du Volk des Irans, wenn Dein Tag der Befreiung endlich kommt, wird die Freundschaft zwischen unseren beiden alten Völkern sicher neu gedeihen.

Meine Damen und Herren, Israel weiß, dass wir mit der Bedrohung durch das iranische Regime nicht alleine sind. Wir stehen Schulter an Schulter mit denen in der arabischen Welt, die unsere Hoffnungen auf eine bessere Zukunft

die Gründung des jüdischen Staates in eine glänzende Zukunft zu verwandeln. Vor 100 Jahren hat die Balfour-Erklärung die Vision von Herzl weiterentwickelt, indem durch sie das Recht des jüdischen Volkes auf ein nationales Zuhause in unserer angestammten Heimat anerkannt wurde. Vor 70 Jahren haben die Vereinten Nationen diese Vision weiter vorangetrieben, indem sie eine Resolution annahmen, die die

Heute, 2.700 Jahre nachdem Jesaja diese prophetischen Worte gesprochen hat, wird Israel zu einem Licht unter den Völkern, und endlich leuchtet sein Licht über die Kontinente und bringt Hoffnung und Rettung an die Enden der Erde.

Frohes neues Jahr. Schana tova aus Israel. Vielen Dank.

Übersetzung:
Gerd Buermann

Der Iran vor den Toren

Mit Assads Sieg im Bürgerkrieg rückt der Erzfeind Israels bis an dessen Grenzen vor

Von Avi Issacharoff
(Redaktion Audiatur)

Mit einem Russland, das Assad bereitwillig unterstützt und den USA, die sich desinteressiert zeigen, steht es Teheran frei, ungestört Geld, Truppen und Raketen in die Grenzgebiete zu Israel zu pumpen – dies wird Jerusalem nicht dulden.

Das Verschwinden des Islamischen Staats aus weiten Teilen Syriens sowie das mangelnde Interesse (bzw. der mangelnde Wunsch) der Supermächte, dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad die Macht zu entziehen, bereiten den Weg für eine iranische Übernahme der Gebiete, die bis vor Kurzem von der dschihadistischen Gruppierung gehalten wurden.

Parallel dazu haben sich nach Informationen israelischer Militärbeamter im Südlibanon zahlreiche Iran-treue Hisbollah-Truppen verschanzt, entweder an offensichtlichen Beobachtungsposten oder in „Umweltschutz“-Gebieten.

Dies wird Israel nicht hinnehmen. Die Anwesenheit schiitischer Streitkräfte in Grenznähe – gleich ob es sich dabei um Truppen der Hisbollah oder um vom Iran unterstützte Milizen handelt – in Verbindung mit den Bemühungen des Iran, bahnbrechende Waffen herbeizuschaffen, signalisiert, dass die Ära der Ruhe, die Israel seit dem Sommer 2006 genießen konnte, zu Ende geht.

Jerusalem hatte vor iranischen Bestrebungen zum Bau von Einrichtungen zur Raketenproduktion im Libanon gewarnt. Verteidigungsminister Avigdor Libermann hatte vergangene Woche in einem Treffen in Israel dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, berichtet, dass der Iran „daran arbeitet, im Libanon selbst Fabriken zum Bau von präzisen Waffensystemen zu errichten.“

Libermann drohte zwar nicht explizit damit, die iranischen Raketenfabriken im Libanon anzugreifen, sagte jedoch, dass „die libanesische Regierung und die Menschen im Süden des Libanon wissen sollten“, dass Israel in zukünftigen Konflikten energisch durchgreifen wird.

Das Vorhandensein von mindestens zwei iranischen Raketenproduktionsanlagen wurde bereits Anfang des Sommers von Israel aufgedeckt. Am Montag informierte Premierminister Benjamin Netanyahu Guterres außerdem über die Beteiligung des Iran am Bau einer weiteren Raketenbasis in Syrien.

Dennoch besteht derzeit noch keine Notwendigkeit, sich in Luftschutzbunker zu begeben. Dem Vernehmen nach hat der Iran, trotz gegensätzlicher Medienberichte, noch nicht mit dem Bau von Raketenfabriken begonnen, welche angeblich Raketen mit einer größeren Genauigkeit produzieren sollen als die aus dem aktuellen Arsenal der Hisbollah.

Es wird jedoch nicht mehr lange dauern. Verträge zwischen Syrien und dem Libanon sowie zwischen Syrien und dem Iran bestätigen, dass die Produktionsanlagen nahezu fertiggestellt sind, ebenso wie ein Vertrag, der dem Iran den Bau eines Seehafens in Syrien erlaubt, der ihm Zugang zum Mittelmeer verschafft.

Laut offiziellen israelischen Vertretern versucht der Iran das Modell Russlands zu kopieren, das die Erlaubnis zum Bau eines Seehafens in Tartus erhielt. Diese Erlaubnis wurde dank der Genehmigung durch die Parlamente beider Länder erreicht und ist daher vor jedem internationalen Gericht gültig.



Der iranische Verteidigungsminister (links) begrüßt den syrischen Generalstabschef in Teheran.

Diese Verträge können nur in beiderseitigem Einvernehmen, jedoch nicht im Alleingang einer Seite aufgekündigt werden. Die Iraner wollen sicherstellen, dass auch sie über einen eigenen Seehafen verfügen. Dies ist auch der Grund, warum sie eine derart akribische Sorgfalt auf die Einhaltung der rechtlichen Bedingungen verwenden.

Vorerst beschränkt sich die Gegenwart des Iran in Syrien offiziell auf Berater aus den Reihen der Revolutionsgarden. Aber das Ganze hat weitaus größere Ausmaße, berücksichtigt man die Tausenden von Schiiten, die auf der Gehaltsliste des Iran stehen und die in ganz Syrien formiert sind.

Die Hisbollah, die dem Iran am treuesten ergebene Miliz, hat bereits ein Drittel ihrer verfügbaren Kampftruppen permanent in Syrien stationiert und trotz der schweren Verluste, die sie dort erlitten hat, scheint sie nicht vorzuziehen, das Land in naher Zukunft verlassen zu wollen.

Im Libanon, wo sich das Geld in Händen großer und bekannter sunnitischer und christlicher Geschäftsleute und Familien befindet, sind die Iraner weniger daran interessiert, in eine eigene Infrastruktur zu investieren. Hier wollen sie lediglich eine Anlage für die Produktion von Präzisionsraketen errichten.

Der libanesische Premierminister Saad Hariri, dessen Regierung die Hisbollah miteinbezieht – trotz der Tatsache, dass er Syrien die Schuld für den Mord an seinem Vater Rafik Hariri am

14. Februar 2005 gibt –, ist zu schwach, um sich der Hisbollah und deren Unterstützern entgegenzustellen.

Teheran investiert enorme Summen, um aus Syrien eine iranische Provinz zu machen, während die Vereinigten Staaten und Russland sich entschieden haben, dieses Drama, das die ganze Region verändern wird, zu ignorieren.

Die Russen sind in der Tat diejenigen, die eine entscheidende Rolle spielen könnten. Allerdings haben sie nicht die geringste Absicht dies zu tun. Im Gegenteil: Für sie wird die Präsenz Tausender Schiiten Assads Regime weiter stärken.

Das letzten Monat in Sotschi stattgefundenen Treffen zwischen Premierminister Benjamin Netanjah und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin wird an diesem Kalkül nichts ändern. Russland ist daran interessiert, dass Assad Unterstützung erhält, selbst wenn es bedeutet, dass es Teheran gestattet, diese Unterstützung zu leisten.

Washington hätte gemeinsam mit Netanjahs engem Verbündeten, Präsident Donald Trump, Druck auf Russland ausüben können. Trump jedoch, der mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt ist, hat sich dafür entschieden, das, was in Syrien geschieht, zu ignorieren – eine gefährliche Entscheidung.

Am Donnerstag berichtete die Tageszeitung Arsharq al-Awsat, die USA habe bei Gesprächen über eine Waffenruhe in Süd-Syrien und den Golanhöhen in Amman in einigen Punkten Zugeständnisse gegenüber Russland gemacht.

Erstens stimmten die Amerikaner zu, dass russische Inspektoren die Umsetzung der Waffenruhe verfolgen sollen, und machten somit im Grunde den Bock zum Gärtner und die Russen zu „Richtern“ in Konflikten zwischen den pro-Assad/iranischen Kräften und deren Gegnern.

Zweitens vereinbarten die Amerikaner, dass schiitische (pro-iranische) Milizen einen Abstand von 10 Meilen zu den israelischen Golanhöhen und Jordanien einhalten müssen – ursprünglich hatten Washington und Amman eine Pufferzone von 20 Meilen vorgesehen. Laut dem Bericht wird diese Pufferzone an einigen Stellen sogar nur 5 Meilen betragen.

Wenn man dem Bericht Glauben schenkt, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Trump-Regierung Israel in Sachen Sicherheit alleine lässt. Man kann jedoch nicht nur Trump Vorwürfe machen. Die massiven Investitionen des Iran sind vermutlich das Ergebnis einer gestiegenen finanziellen Stabilität, die eine Folge des unter Trumps Vorgänger Barack Obama ausgehandelten Atomdeals ist.

Das Budget der iranischen Armee beläuft sich derzeit auf 23 Milliarden US-Dollar. Die Revolutionsgarden erlebten einen steilen Anstieg ihres Budgets um rund 40 % im Vergleich zum Vorjahr.

(Gekürzte Version.
Original zuerst erschienen bei
The Times of Israel.)

Ein Zeichen der Hoffnung aus der arabischen Welt

Der König von Bahrain verurteilt Boykotte gegen Israel

Von Adina Katz
(Redaktion Audiatur)

Der König von Bahrain, Hamad al Khalifa, der Berichten zufolge Boykotts gegen Israel verurteilt und Besuche des jüdischen Staates gebilligt hat, hat ein historisches Dokument verfasst, in dem zu religiöser Toleranz aufgerufen wird.

Die von König Hamad al Khalifa von Bahrain verfasste „Bahrainische Erklärung zu religiöser Toleranz“, die das Simon Wiesenthal Center (SWC) als „deutliche Offensive gegen den Terrorismus“ bezeichnet, wurde vergangene Woche bei einer historischen, auch vom SWC unterstützten Veranstaltung im Beverly Wilshire Hotel in Los Angeles veröffentlicht.

„Das Dokument – das erste seiner Art, das von einem arabischen Staatsoberhaupt geschrieben wurde – ruft Menschen aller Glaubensrichtungen dazu auf, die Rechte eines jeden auf Ausübung seines religiösen Bekenntnisses in Würde und Frieden zu respektieren und zu schützen“, gab das SWC bekannt.

„Jeder Mensch hat die Freiheit, seine Religion auszuüben, vorausgesetzt, er fügt damit niemandem Schaden zu, achtet die Gesetze des Landes und übernimmt sowohl spirituell als auch materiell Verantwortung für seine Entscheidungen“, heißt es in der bahrainischen Erklärung.

In Vertretung seines Vaters unterzeichnete Prinz Nasser bin Hamad al Khalifa die Erklärung gemeinsam mit Rabbi Marvin Hier, dem Gründer und Vorstand des SWC. Wie es auf der Webseite des Centers hieß, wurde Prinz Nasser von einer 40-köpfigen Delegation aus Bahrain nach Los Angeles begleitet, die sich auch der Besichtigung des „Museums der Toleranz“ anschloss.

„Bei der historischen Versammlung repräsentierten arabische Diplomaten von überall aus dem Nahen Osten gemeinsam mit Vertretern aus 15 Nationen von fünf Kontinenten und 300 interreligiösen Führern aus der ganzen Welt christliche, muslimische, jüdische, hinduistische, buddhistische und Baha'i-Gemeinschaften“, sodass etwa 600 Teilnehmer zusammenkamen.

„Eines Tages wird es auf diesem Planeten so sein wie in dieser Halle, Inshallah“, erklärte al Khalifa als Hauptredner der Veranstaltung.

Größte katholische Kirche in der arabischen Welt

„Bahrain ist ein Ort, wo Christen, Juden, Muslime, Buddhisten und Hindus in friedlicher Koexistenz leben“, sagte Rev. Johnnie Moore den Versammelten und merkte an, das Königreich, das bereits einen der ältesten Hindu-Tempel beherbergt, baue gerade die größte katholische Kirche in der arabischen Welt.

In Erinnerung an seinen Besuch in Bahrain im Februar 2017 sagte Rabbi Hier, der „spannendste Teil...war, Seiner Majestät zuzuhören, wie er seine Vision eines neuen Nahen Ostens umriss – eine Vision, die fest auf den Prinzipien von Teilhabe und menschlicher Würde, die Extremismus ablehnt, beruht.“



Hamad bin Isa Al Chalifa, der König des Ölstaates Bahrain

„Will eine Religion im 21. Jahrhundert maßgeblich sein, muss sie sich gegen Terrorismus aussprechen. Sonst ist sie nicht wirklich eine Religion. Jeder, der nach dem Bild Gottes erschaffen ist, muss gegen Terroristen Stellung beziehen... Die bahrainische Erklärung erfolgt also zum richtigen Zeitpunkt, mit dem richtigen Gedanken und am richtigen Ort“, so Hier.

Bahrainische Erklärung „frei von Political Correctness“

Die bahrainische Erklärung „ist eine Erklärung frei von Political Correctness“, so Rabbi Abraham Cooper, stellvertretender Vorsitzender des SWC. „Auf eben so eine Aussage haben Millionen Menschen auf der ganzen Welt gewartet. Wir wissen, dass es gemäßigte Stimmen gibt. Aber wer steht auf und artikuliert diese auch? Dass wir hier ein arabisches Staatsoberhaupt haben, das diese Fragen aufgreift, ist bahnbrechend.“

Wie die „Jerusalem Post“ berichtete, standen arabische Vertreter aus Respekt auf, als das bahrainische Nationalorchester nach der bahrainischen und der US-amerikanischen Hymne die „Hatikva“ spielte, die Nationalhymne Israels.

König Hamad verurteilte den arabischen Boykott gegen Israel und verkündete, seinen Untertanen stünde es frei, den jüdischen Staat zu besuchen, berichtete die „Post“.

„Möge bald der Tag kommen, an dem das Flugzeug Seiner Majestät auf dem Flughafen Ben-Gurion landet und die Hymnen, die heute hier gespielt wurden, auf der ganzen Welt gehört werden und das langersehnte Zeitalter des anhaltenden Friedens und der Ruhe einläuten“, sagte Hier nach Angaben der „Post“.

Steter Wandel der Nahostpolitik

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt unterhält Bahrain keine diplomatischen Beziehungen zu Israel.

„Dass der Prinz ins ‚Museum der Toleranz‘ kommen würde – eine offen pro-israelische Institution – wirft ein Licht auf den steten Wandel der Nahostpolitik in einer Zeit, in der gemeinsame Feinde und Anliegen merkwürdige Verbündete schaffen“, schrieb die „LA Times“.

„Müsste ich eine Vorhersage treffen, würde ich Ihnen sagen, dass die Beziehung der arabischen Welt zum Staat Israel sich dramatisch ändern wird“, sagte Hier, wie die „Times“ hinzufügte. „Der König hat die Nase vorn und ist klug. So muss man es machen, und er ist klug. Dieses Essen heute Abend wird von einer jüdischen Organisation ausgerichtet, von der man nicht sagen

kann, sie sei nicht pro-israelisch.“

Als weiteres Zeichen für einen Wandel in dem Land postete das „Middle East Media Research Institute“ im vergangenen Winter ein Video, das eine vom König geförderte „Reinigungs“-aktion des bahrainischen Zweigs von „Youth for Jerusalem“ am Schauplatz einer Zeremonie zum Anzünden der Menora am ersten Abend des Chanukka-Festes zeigte.

Vergangene Woche machten Gerüchte die Runde, der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman habe den jüdischen Staat besucht. Wenn dies zutrifft, wäre es ebenfalls ein Zeichen für eine wichtige Veränderung der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der arabischen Welt.

Zuerst erschienen auf Englisch bei World Israel News.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Nur noch Israel hält zu den Kurden

Eine normale Welt würde das kurdische Referendum unterstützen – doch dies ist keine normale Welt

Von Seth Frantzman

Am Donnerstag votierte der UN-Sicherheitsrat einstimmig dafür seine Besorgnis über das für den 25. September 2017 angesetzte kurdische Referendum auszudrücken. Der Sicherheitsrat „äußerte Besorgnis über den möglicherweise destabilisierenden Einfluss des Plans der kurdischen Regionalregierung, nächste Woche unilateral ein Referendum abzuhalten. (...) Das geplante Referendum soll abgehalten werden, während die Operationen gegen den IS – bei denen kurdische Kräfte eine wesentliche Rolle spielen – immer noch im Gange sind.“ Er verlangte „Dialog und Kompromiss“. Am 17. September folgte eine Verurteilung der Abstimmung durch UN-Generalsekretär António Guterres. Er behauptete, „jede unilaterale Entscheidung darüber, zu diesem Zeitpunkt ein Referendum abzuhalten“, lenke „von der Notwendigkeit“ ab, „den IS zu besiegen“. Zudem drängte er auf einen „konstruktiven Kompromiss“.

In einer normalen Welt

In einer normalen Welt würde das Recht der Kurden im Nordirak, die seit zweieinhalb Jahrzehnten in einer autonomen Region leben, ein Unabhängigkeitsreferendum abzuhalten, unterstützt. Es ist nur eine Abstimmung.

In einer normalen Welt würden die Opfer eines Völkermords, wie es die Kurden sind, die in den 1980er Jahren furchtbar unter Saddam Hussein gelitten haben, das Recht bekommen, über ihre Zukunft zu entscheiden.

Es ist verstörend, wie beinahe die ganze Welt, darunter fast jede westliche Demokratie, sich gegen das Unabhängigkeitsreferendum vereint. Dutzende von Ländern, die oft von „Demokratie“ reden, verbünden sich gegen die Demokratie. Dutzende von Ländern, die ihren eigenen Unabhängigkeitstag feiern und gegen den Kolonialismus gekämpft haben, sind dafür, die Kurden in einem Land zu halten, zu dem sie nicht gehören wollen. Nicht nur, dass sie dafür sind, sie im Irak zu halten, sie wollen sie noch nicht einmal eine Abstimmung darüber abhalten lassen, ob sie gehen wollen.

In den letzten Jahrzehnten haben Länder wie der Kosovo, der Südsudan und Osttimor die Unabhängigkeit erlangt, oft nach einem Referendum. Westliche Staaten haben Referenden auch bei sich als legitime Verfahrensweisen anerkannt. 1995 gab es ein Referendum in Quebec, 2014 in Katalonien und in Schottland, 2016 wurde in Großbritannien über den Austritt aus der EU abgestimmt. Das ist nur der Anfang einer langen Liste. Montenegro hatte 2006 ein Referendum, die Bermudas 1995, Curacao 1993, Eritrea 1993, Bosnien 1992; in 14 Staaten wurde 1991 ein Referendum abgehalten, darunter in der Ukraine. Norwegens langes Streben nach Unabhängigkeit von Schweden endete 1905 mit einem Referendum. In Puerto Rico gab es fünf Referenden über die Unabhängigkeit. Viele der Staaten, die gegen das kurdische Referendum sind, haben all diese anderen Referenden unterstützt und dabei sogar eine Rolle gespielt.

In einer normalen Welt würden viele Staaten das Recht der Kurden auf eine Abstimmung unterstützen. Sie würden sich ihr zumindest nicht widersetzen.



Demonstranten mit der kurdischen Fahne.

Doch dies ist keine normale Welt. Es gibt in westlichen Demokratien eine heuchlerische Haltung, die sich dagegen richtet Demokratie in anderen Ländern zuzulassen. Demokratie und Unabhängigkeit werden als ein immer exklusiver werdender Club behandelt. Das zeigt sich klar an Spaniens jüngsten Schritten gegen die katalonischen Versuche ein Referendum abzuhalten: Polizeirazzien, Geldstrafen und alles Mögliche andere, um diese Bestrebungen zu vereiteln – dazu gehört auch, die Katalanen als „ungehorsam“ zu schelten.

Die Kurden wollen nur aufgezwungene Grenzen ändern

Eine normale Welt würde die Unabhängigkeit der Kurden unterstützen, doch diese Welt lebt im Schatten des Kolonialismus, und viele ehemalige Kolonialmächte weigern sich immer noch anzuerkennen, dass die einheimischen Völker das Recht haben, die Grenzen zu ändern, die jene der Welt aufgezwungen haben. Die Kolonialmächte zogen die meisten Grenzen in Afrika, dazu viele Grenzen im Nahen Osten und in Asien. Jedes Mal, wenn einheimische Gruppen versuchen, diese Grenzen zu ändern, sind die ehemaligen Kolonialmächte entsetzt. Dies hat zu massenhaftem Töten geführt – wie in den 1960er Jahren in Biafra –, da Völker gezwungen werden, in Ländern zu leben, die ihnen nie das Recht gaben zu entscheiden, ob sie ein Teil davon sein wollen. Viele Konflikte sind auf diese kolonialen Grenzen zurückzuführen.

Der fortwährende Konflikt in Kaschmir etwa gehört dazu, ebenso wie viele der Streitigkeiten, von denen der Nahe Osten geplagt ist, sowie die Konflikte im Kaukasus, am Horn von Afrika und in der Sahelzone. Der Unwille Selbstbestimmung zu dulden hat zu den Konflikten um Zypern und die Westsahara geführt. Das lange Leiden Osttimors war dadurch verursacht worden. Das Gebiet Myanmars, aus dem die Rohingya heute flüchten, wurde von Burma annektiert, nachdem die britische Kolonialherrschaft geendet hatte. Einst war es autonom gewesen. Oft steckten die Kolonialisten Gruppen in Staaten, ohne sie zu fragen, und ließen diese

Länder dann mit schwelenden ethnischen Konflikten zurück. Manche dieser Konflikte führten zu Genoziden, wie im Sudan und in Ruanda. An vielen anderen Orten gab es Massentötungen und ethnische Säuberungen. Die Obsession von „Einheit“ und „Souveränität“ künstlicher Staaten wie dem ehemaligen Jugoslawien mündete in ethnische Konflikte.

Anderen Völkern wurde erlaubt, was den Kurden verwehrt wird

In einer normalen Welt würde nichts von alledem passieren. Staaten würde erlaubt, ihren eigenen Weg zu gehen, so wie es die Tschechen und Slowaken getan haben. Völker würden entscheiden, so wie es die Schotten getan haben. Länder würden keine langen, blutigen Unabhängigkeitskriege führen müssen. Warum Leute in einem Land halten, zu dem sie nicht gehören wollen? Wenn eine Gruppe eine autonome Region betreibt – warum sie zwingen zu bleiben? Der UN-Sicherheitsrat ignorierte einst das Leiden der Kurden unter Saddam Hussein, heute aber ist derselbe Rat sich einig in dem Versuch eine Abstimmung der Kurden zu verhindern? Warum hat er Saddam nicht davon abgehalten 180.000 Kurden zu ermorden und 4.000 Dörfer zu zerstören? Warum eilen die UNO und die westlichen Demokratien herbei, um eine Abstimmung zu stoppen, aber nicht, um einen Völkermord zu stoppen?

Eine Geschichte der Heuchelei

Am 20. September veröffentlichte das US-Außenministerium eine Erklärung, die sich dem Referendum „stark widersetzt“. Es behauptet, „alle Nachbarn des Irak und so gut wie die gesamte internationale Gemeinschaft sind ebenfalls gegen das Referendum. Die Vereinigten Staaten drängen die Führer der irakischen Kurden, die Alternative zu akzeptieren: einen ernsthaften und nachhaltigen Dialog mit der Zentralregierung – vermittelt durch die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen und andere Partner – über alle wichtigen Fragen, darunter das Verhältnis zwischen Bagdad und Erbil.“ Der kurdischen Regionalregierung wird gedroht, sollte sie keinen Rückzieher machen, würden „alle internationalen Angebote

zur Unterstützung von Verhandlungen zurückgezogen“. Außerdem könne das Referendum „die regionalen Handelsbeziehungen von Irakischem Kurdistan sowie internationale Hilfe aller Art gefährden“. Im Stil einer neokolonialen Depesche behauptet die Erklärung, das Referendum sei überflüssig, da die USA ja bereits einen „Alternativweg“ vorgeschlagen hätten.

Dreimal in nur einer Woche drohen die USA

Dies war die dritte Verurteilung des kurdischen Referendums durch die USA in einer Woche. Am 14. September hatte Brett McGurk, der Sondergesandte des Präsidenten für die globale Koalition gegen den IS, in Erbil gesagt: „Dies ist nicht nur die Position der Vereinigten Staaten, es ist die Position der gesamten internationalen Koalition, bei deren Führung ich mithilfe. All diese Länder sind zu uns gekommen und haben gesagt, dass sie das nicht unterstützen.“ Er behauptete: „Es gibt keine internationale Unterstützung für dieses Referendum, wirklich nicht, von niemandem. Für ein legitimes Verfahren braucht man Beobachter, die Vereinten Nationen und internationale Legitimation. Und für dieses Prozedere gibt es keine internationale Legitimation.“ Am 15. September sagte auch das Weiße Haus, dass es das Referendum nicht unterstützt.

Orwellische Welt: USA Seit an Seit mit dem Iran?

Am 15. September sprach US-Außenminister Rex Tillerson zur Community of Democracies in Washington und sagte, es sei wichtig, keimende Demokratien zu unterstützen. Die Vereinigten Staaten leisten oft Lippenbekenntnisse für die Demokratie, doch wenn es um das kurdische Referendum geht, stehen sie an der Seite des Iran, an der Seite totalitärer Staaten, an der Seite von Ländern, die die größte Zahl von Journalisten einsperren, an der Seite von Monarchien und der von religiösen Milizen: einer der Gründe, gegen das Referendum zu sein, so heißt es ja in der Erklärung, sei, dass alle „Nachbarn“ ebenfalls dagegen seien.

Viele der Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, die das Referendum verur-

teilt haben, wissen, was Unabhängigkeit bedeutet. Uruguay etwa hatte einen langen Kampf um Unabhängigkeit, der 1811 unter José Gervasio Artigas begann. Doch das Land erhielt seine Unabhängigkeit nicht vor 1828. Es kämpfte in brutalen Kriegen mit seinen Nachbarn und inneren Konflikten, die bis in die 1850er Jahre dauerten. Ägypten wurde 1922 formal unabhängig, musste aber jahrzehntelang kämpfen, um sich von Kolonialherrschaft zu befreien. Bolivien begann seinen Unabhängigkeitskampf 1809, musste aber bis 1825 warten, ehe es volle Unabhängigkeit erhielt. Bolivien ist nach Simon Bolívar benannt, dem Helden der Unabhängigkeit eines Teils Lateinamerikas. Äthiopien musste ebenso um Freiheit kämpfen, gegen zahlreiche Kolonialisierungsversuche, insbesondere durch Italien in den 1930er Jahren. Auch Senegal und Kasachstan kennen das Bedürfnis nach Unabhängigkeit. Die Ukraine, die selbst einen Krieg gegen Separatisten führt, kennt die Gefahren der Fremdherrschaft, unter der sie in der Sowjetära litt. Italien, in der Geschichte oft Beute kriegführender Staaten, hatte sein eigenes Risorgimento im 19. Jahrhundert.

Die permanenten Mitglieder des Sicherheitsrats wiederum kennen nicht nur den Kampf um Unabhängigkeit, sondern haben auch eine Verantwortung – die sich aus ihrer Rolle während des Kolonialismus ergibt –, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu unterstützen. Die USA haben 1776 auf berühmte Weise ihre Unabhängigkeit erklärt. Hätten sie sich 1776 beim Zweiten Kontinentalkongress an die Forderungen gehalten, die sie heute an Kurdistan stellen, hätten sie die Unabhängigkeit nicht erklärt. Die US-Erklärung gegen eine Großmacht war „riskant“ und enthielt nicht genügend „konstruktiven Dialog“. Sie war zudem „unilateral“ und betraf „umstrittene Gebiete“. Und doch machten die Amerikaner damals nicht Halt.

Man lese die amerikanische Unabhängigkeitserklärung und beachte, wie gut sie auf die kurdischen Bestrebungen passt:

„Wenn es im Lauf menschlicher Begebenheiten für ein Volk nötig wird, die politischen Bande, wodurch es mit einem andern verknüpft gewesen, zu trennen, und unter den Mächten der Erden eine abgesonderte und gleiche Stelle einzunehmen, wozu selbige die Gesetze der Natur und des Gottes der Natur berechnen, so erfordern Anstand und Achtung für die Meinungen des menschlichen Geschlechts, dass es die Ursachen anzeige, wodurch es zur Trennung getrieben wird.“

-Amerikanische Unabhängigkeitserklärung

In der Geschichte haben die USA die Selbstbestimmung von Regionen wie dem Kosovo, dem Südsudan und Osttimor unterstützt. Selbstbestimmung war im Zentrum von Woodrow Wilsons Politik, als Amerika in den Ersten Weltkrieg eintrat. Franklin Roosevelt stellte sicher, dass Selbstbestimmung ein wesentlicher Teil der von Großbritannien 1941 unterzeichneten Atlantikcharta war und ein leitendes Prinzip des Zweiten Weltkriegs. Im Allgemeinen haben die USA die Unabhängigkeit neuer Staaten gegen Ende der Kolonialherrschaft anerkannt und unterstützt, verstärkt unter John F. Kennedys Vorbehalt „Unterstütze jeden Freund, bekämpfe jeden Feind“.

Der Vergleich zum Brexit

Großbritanniens Opposition gegen das kurdische Referendum ist vor allem des-

halb so ironisch, weil sein Außenminister Boris Johnson das britische Referendum über den EU-Austritt unterstützt hat. Johnson sagte, beim Brexit gehe es „um das Recht des Volkes dieses Landes, sein eigenes Schicksal zu bestimmen“. Großbritannien sah der Unabhängigkeit vieler seiner ehemaligen Kolonien zu und erkennt seit Jahrzehnten das Recht von Völkern an, die nach Unabhängigkeit streben. Es hat neue unabhängige Staaten wie den Kosovo anerkannt. Auch die Russische Föderation unterstützt viele kleine Staateengebilde wie etwa in Südossetien, Abchasien und Transnistrien. Wenn Russland die Rechte separatistischer Gruppen in der Ukraine unterstützen kann, warum stellt es sich nicht auf die Seite der Selbstbestimmung der Kurden? Die Ukraine, die 1991 ihr eigenes Referendum hatte, ist in der UNO gegen die kurdische Abstimmung.

Das Recht von Gruppen wie den Kurden, nach Unabhängigkeit zu streben, wird sogar von der Charta der Vereinten Nationen garantiert, die sich für „freundschaftliche Beziehungen unter den Nationen auf der Basis von Respekt und dem Prinzip gleicher Rechte und der Selbstbestimmung der Völker“

Die Kolonialmächte zogen die meisten Grenzen in Afrika, dazu viele Grenzen im Nahen Osten und in Asien. Jedes Mal, wenn einheimische Gruppen versuchen, diese Grenzen zu ändern, sind die ehemaligen Kolonialmächte entsetzt.

auspricht. Die Resolutionen 1514 und 1960 der UN-Generalversammlung besagen, dass alle Völker das Recht auf Selbstbestimmung haben und darauf, „ihren politischen Status frei zu bestimmen“.

Gründe, die kurdische Unabhängigkeit zu unterstützen

Neben den allgemeinen Gründen der Selbstbestimmung, die andere Länder der Welt ebenfalls angestrebt haben und die in der UN-Charta verankert ist, gibt es zahlreiche besondere und historische Gründe, das Recht der Kurden auf ein Referendum zu unterstützen.

Die Kurdenregion wurde in den frühen 1920er Jahren dem modernen Staat Irak einverleibt. Während der irakischen Rebellion von 1920 war sie eine Region des Aufstands gewesen und vom modernen Staat Türkei für sich beansprucht worden, die Mossul für sich haben wollte. Die Briten setzten im Irak einen König ein, der nicht aus dem Irak stammte, und verkündeten 1932 ein Königreich und „Unabhängigkeit“. König Faisal wollte Mossul und die kurdischen Gebiete im Irak, um in seinem neuen Staat die demografische Stellung der Sunniten zu stärken. 1926, als der Ständige Internationale Gerichtshof in Den Haag entschied, dass Mossul dauerhaft Teil des Irak bleiben würde, war es den Briten bereits gelungen, die Region zu befrieden. Die einheimische Bevölkerung – ob Kurden oder Araber in Mossul oder Turkmenen in Tal Afar und Kirkuk – war nie gefragt worden, ob sie Teil des neuen Landes sein wollte, das Irak genannt wurde.

Der künstliche Staat Irak

Angesichts des kolonialen Erbes ist es nur vernünftig, dass es den Kurden gestattet werden sollte, die Entscheidung über ihre Zukunft zu treffen, die ihnen 1920

verwehrt worden ist. Das gilt umso mehr, als der Irak solche Verbrechen an ihnen begangen hat.

Die kurdische Regionalregierung ist seit dem kurzen Bürgerkrieg Mitte der 1990er Jahre eine Region der Stabilität. Sie hat auf den Ruinen, die Saddam Hussein 1991 hinterlassen hatte, internationale Flughäfen und moderne Städte gebaut. Sie hat ausländische Investitionen angezogen und, vor dem Aufstieg des IS, Touristen in die Region gelockt. In dem Irak nach 2003 spielte sie eine Schlüsselrolle beim Kampf gegen den Aufstand und dabei, ein Gebiet des Friedens zu schaffen, ohne die massenhaften ethnischen Säuberungen und konfessionell motivierten Tötungen, wie es sie in den anderen Teilen des Irak gab.

Kurdistan ist ein Hort der Stabilität innerhalb des Irak

Anders als der übrige Irak, der Alkohol verbieten will und immer mehr von iranischen religiösen Milizen dominiert wird, hat die kurdische Region Millionen von Vertriebenen aufgenommen, die vor dem IS und der religiösen Gewalt in anderen Teilen des Irak geflohen sind.

2015 machten diese Flüchtlinge 35 Prozent der Bevölkerung in der Kurdenregion aus. Nicht nur das: Sie ist auch der einzige Platz im Irak, wo Diversität und Gemeinschaften von Minderheiten seit den 1990er Jahren gedeihen. Anders als Mossul, das von Christen, Jesiden und anderen Gruppen gesäubert wurde, besitzt die kurdische Region Diversität und hat die christlichen und jesidischen Flüchtlinge aufgenommen, die vor dem IS geflohen sind. Nichts von alledem geschah ohne interne politische Streitereien und Kontroversen; doch schaut man auf die Bilanz des übrigen Irak, dann sollte man die kurdische Region preisen und ihre Wünsche unterstützen. Sie ist keine Quelle von Instabilität, sondern von Stabilität.

Der Grund für die Opposition gegen die kurdischen Bestrebungen hat viel mit der Invasion von 2003 zu tun. Auf vielerlei Weise war die US-Invasion gut für die kurdische Region, die seither profitiert hat. Weil aber die USA ihrem eigenen Verständnis nach das Erbe der Briten von 1920 antreten und den Irak und den Nahen Osten im Stile des neokolonialen Orientalismus restaurieren, kann es den Kurden nicht erlaubt werden, den Irak zu verlassen – weil dies der US-Politik den Makel des Gescheiterten aufdrücken würde. Die US-Politik ist im Irak seit 2003 zweimal gescheitert. Zum ersten Mal 2003, während des Aufstands, als die Truppenaufstockung (surge) nötig wurde; und noch einmal 2014, als die USA, nachdem sie das Land bereits verlassen hatten, zurückkehren mussten, um gegen den IS zu kämpfen.

Die USA betrachten die Kurden als Bürde, da sie sich ihrer sicher sind und erwarten, dass sie „gehorsam“ sind und keine Forderungen stellen. Von ihnen wird erwartet, dass sie für Stabilität, Sicherheit, Diversität und Demokratie sorgen, obendrein werden sie nach

schärferen Maßstäben gemessen – während der Rest des Irak, wo es anti-amerikanische Milizen, ethnische Säuberungen, Genozide und Gewalt zwischen den ethnischen und religiösen Gruppen gibt, auf die Hilfe und Unterstützung der USA angewiesen ist. Das ist die Ironie der heuchlerischen westlichen Politik: Je demokratischer und stabiler ein Land ist, desto mehr trachtet der Westen danach, ihm zu helfen, wie man „gescheiterten“ und „regierungslosen“ Gebieten hilft.

Was treibt die USA um?

Die naive Art, wie die USA den Irak seit 2003 gesehen haben, zeigt sich in den „Tour“-Berichten einiger derer, die damals im Auftrag der amerikanischen Politik im Irak unterwegs waren. In einem Text von 2004 heißt es: „Dank der umfangreichen Arbeit der Coalition Provisional Authority, von USAID und der US-Streitkräfte in der Gegend hat die US-Regierung exzellente Arbeitsbeziehungen mit den örtlichen Stammes- und politischen Führern entwickelt. Ein Besuch, den das Kirkuk Embassy Regional Office PolOffs am 15. Juli zwei dieser Dörfer abstattete – Rashad and Yaychi –, zeigt, wie sich die Dorfbewohner an das Leben nach dem Übergang anpassen.“ Das hat eine neokoloniale Anmutung. Doch man kann sich die Verzweiflung vorstellen, als diese Gebiete erst Al-Qaeda und später dem IS in die Hände fielen. Das bedeutet: Statt Geld ausgeben zu wollen, um die Kurden zu unterstützen, investieren die USA lieber politisches und wirtschaftliches Kapital in jene Gebiete, die dem Extremismus anheimfallen. Je stärker eine Region pro-iranisch eingestellt ist, desto mehr sind die USA darauf erpicht, mit ihr zusammenzuarbeiten – nach der Theorie, dass sie „zurückgeholt“ werden könne. Das ist der Grund, warum die US-Regierung die Kurden 2008 und danach immer wieder gewarnt hat, nicht nach Unabhängigkeit zu streben, weil sie anderenfalls Gefahr liefen, „alles zu verlieren“. Die Kurden haben mehr zu verlieren, darum funktionierten solche Drohungen.

USA lassen die irakische Annäherung an den Iran geschehen

Heute haben Bagdads Herrscher eine Transformation vom arabisch-nationalistischen Ba'ath-Regime zur pro-iranischen Herrschaft durchlaufen. Die Kurden aber sind immer noch „die Anderen“. Statt mit den „Anderen“ zusammenzuarbeiten, haben sich die USA an Bagdad gekettet. Zwar hat Washington den Peschmerga etwas Unterstützung zukommen lassen, in Form von Gehältern und Ausbildung. Doch die Vorstellung ist die, dass die Kurden im Gegenzug nicht „unilateral“ handeln. Bagdad auf der anderen Seite darf so eng mit dem Iran kooperieren, wie es will. Obwohl die USA sich offiziell dem Iran widersetzen, bewerten sie dessen Rolle im Irak als eher konstruktiv und legitimieren diese verwirrende Lage.

Haben die Kurden nach so vielen Jahren nicht die Chance verdient über ihre Zukunft abzustimmen? Warum opponieren westliche Demokratien gegen dieses Recht, insbesondere wo einige westliche Länder eine Schlüsselrolle beim Kolonialismus gespielt haben, der die Kurden dazu gezwungen hat, im Irak zu leben, und ihnen diese Wahl vor hundert Jahren verwehrt hat?

In einer normalen Welt würden die Kurden in ihrem Wunsch nach Unabhängigkeit, den jede andere Gruppe der Welt ebenfalls hegt, unterstützt. Doch dies ist keine normale Welt.

Die Zweifel an dem übereilten iranischen Atomabkommen wachsen

Seit dem Abschluss des Vertrages tritt der Mullah-Staat außenpolitisch immer aggressiver auf

Von Dr. Dore Gold
(Redaktion Audiatur)

Als am 14. Juli 2015 der „Gemeinsame Umfassende Aktionsplan“ (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) mit dem Iran unterzeichnet wurde, galten aus Sicht seiner Befürworter eine Reihe von Grundlagen, die bei der Diskussion des Abkommens immer wieder ins Feld geführt wurden.

So teilte der ehemalige US-Außenminister John Kerry dem Council on Foreign Relations mit, dass ohne Abkommen der Iran nur zwei Monate davon entfernt wäre, genügend spaltbares Material für die Produktion einer Bombe zu besitzen. Mithilfe des Abkommens, so versicherte er den Zuhörern, würde die „Ausbruchzeit“ von zwei Monaten auf ein Jahr oder mehr verlängert. Das dem Iran zur Verfügung stehende Material wäre, so Kerry weiter, ausreichend, um 10-12 Atombomben herzustellen. Mit Hilfe des Abkommens würde dieser Bestand jedoch auf einen Bruchteil dessen reduziert werden, was für eine Bombe benötigt würde.

Wie steht es nun zwei Jahre nach Abschluss des Abkommens um das iranische Atomprogramm?

Betrachtet man z.B. die Frage der Hochleistungszentrifugen, dann zeigt sich, dass das JCPOA so strukturiert wurde, dass viele Beschränkungen, v.a. im Hinblick auf die Urananreicherung, mit der Zeit auslaufen. Die Beschränkung zur Nutzung von Hochleistungszentrifugen gilt für 10 Jahre. Während dieser Zeit ist dem Iran nur die Nutzung seiner Zentrifuge der 1. Generation – der IR-1 – gestattet. Laut der Nachrichtenagentur AP haben sich der Iran und die P5+1 darüber verständigt, dass der Iran ab Jahr 11 wieder Hochleistungszentrifugen installieren darf.

In diesem Sinne warnte der Chef der iranischen Atomenergiebehörde Ali Akbar Saheli dieses Jahr den Westen, dass es dem Iran gestattet sein werde, Hochleistungszentrifugen wie die IR-2M, die IR-4 und die IR-6 nach Belieben „in Masse zu produzieren“. Er sprach dabei nicht über das Jahr 11, sondern bereits über ein Szenario, in dem „die andere Seite das Abkommen verletzt“. Eine derartige Massenproduktion setzt aber voraus, dass die Bestandteile einer solchen Zentrifuge im Vorfeld hergestellt werden, was nach JCPOA jedoch nicht gestattet ist. Sahelis Drohung lässt die Möglichkeit offen, dass diese Bauteile tatsächlich bereits in jüngster Zeit fabriziert wurden, was ein massiver Verstoß gegen das Abkommen wäre. Saheli sprach des Weiteren von einer 20-prozentigen Anreicherung innerhalb von fünf Tagen in der unterirdischen Anreicherungsanlage in Fordow. Laut JCPOA ist jedoch Anreicherung gegenwärtig nur in Natanz gestattet.

Im Januar 2016 enthüllte der Iran seine IR-8 Zentrifuge, die 15 Mal effizienter ist als die IR-1, die bislang benutzt wurde. Sollten solche installiert werden, dann würde sich eine Ausbruchzeit auf vier Monate reduzieren. Die Entschlossenheit des Iran, den Bau von Hochleistungszentrifugen voranzutreiben, zeigt sich auch in seinem Bemühen, Karbonfasern zu erwerben, die für deren Produktion nötig sind.



Der Diktator des Irans, Ayatollah Chamenei, verfolgt eine aggressive Außenpolitik.

Erst jüngst warnte der iranische Präsident Hassan Rouhani, dass das Atomprogramm in wenigen „Stunden“ erneut gestartet werden könnte, sollte die US-Regierung dem Land weitere Sanktionen auferlegen, und fügte hinzu, dass die Neuaufgabe des Programms „weit fortgeschrittener“ sein würde. Das JCPOA hätte derartiges eigentlich ausschließen sollen, doch Rouhanis Drohungen legen nahe, dass es tatsächlich zu Fortschritten gekommen sein mag. Dies hieße, dass gegenwärtig mit Szenarien zu rechnen ist, die nicht nur den 2015 präsentierten Zeitplänen völlig widersprechen, sondern auch die Grundannahme einer gesicherten Verlängerung der Ausbruchzeit widerlegen.

Keine Mäßigung des Iran auf internationaler Ebene

Eine weitere der Grundannahmen von 2015 war, dass der Iran bei Umsetzung des JCPOA sein Verhalten auf internationaler Ebene mäßigen würde. Außenminister Kerry sagte im Sommer 2015 gegenüber dem Senatskomitee für Streitkräfte: „Es ist möglich, dass bei angemessener Umsetzung des JCPOA und der aus der Lockerung der Sanktionen erwachsenden wirtschaftlichen Erholung des Iran die gemäßigten Kräfte im Iran gestärkt werden.“

Das „New York Times Magazine“ widmete sich in einem Artikel der Art

und Weise, wie das JCPOA von Seiten der Regierung vermarktet wurde. Dabei ging es auch um die Rolle von Ben Rhodes, dem stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberater für Strategische Kommunikation und die Behauptung, es gäbe eine gemäßigte Fraktion in der iranischen Politik als zentrale Säule des Washingtoner Narrativs. Der Autor des Artikels, David Samuels, hielt fest: „Im von Rhodes etablierten Narrativ beginnt die Geschichte des Iran-Abkommens 2013, als die gemäßigte Fraktion des Regimes – geführt von Hassan Rouhani – die Hardliner in den Wahlen besiegte und eine ‚Politik der Öffnung‘ zu verfolgen begann, wozu eine neu entdeckte Bereitschaft zur Verhandlung über den Abbau des illegalen Atomprogramms gehörte.“

Die Geschichte selbst stellte sich jedoch als falsch heraus, da die Geheimverhandlungen, die zum JCPOA führten, bereits vor der Wahl Rouhanis begannen, zu dem Zeitpunkt als Machmud Achmadinedschad noch Präsident war. Tatsächlich kam es nach Abschluss der Verhandlungen zu einer präzedenzlosen Ausweitung des regionalen Aktivismus des Irans – also genau zu dem Gegenteil dessen, was man sich versprochen hatte. Die Entsendung iranischer Truppen nach Syrien, den Irak und anderswo sowie die Lieferung von Waffen an radikale Elemente im Nahen Osten und Drohgebärden gegen Nach-

barstaaten zeigten hingegen, dass die erwartete Mäßigung des Iran im Zuge des JCPOA nie eintrat.

Stattdessen ist lässt sich der allgegenwärtige Kommandeur der iranischen Al-Quds-Truppen General Qassem Suleimani auf den verschiedensten Schlachtfeldern des Nahen Ostens wie z.B. Aleppo finden.

Die scheinbare Friedlichkeit des Atomprogramms

Die dritte Grundannahme war, dass der Iran sein Streben nach Nuklearwaffen aufgegeben und sein Atomprogramm auf friedliche Zwecke ausgerichtet hat. Die Ursprünge dieser Behauptung lassen sich auf eine veröffentlichte Zusammenfassung der amerikanischen Geheimdienstschätzungen von 2007 zurückführen, die jedoch damals bereits von Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Israel als inakkurat betrachtet wurde. Die Internationale Atomenergie-Organisation IAEA konnte später nachweisen, dass das iranische Atomwaffenprogramm auch noch 2009 am Laufen war.

Die Behörde schlussfolgerte, dass sie nicht mit Sicherheit sagen könne, dass das iranische Atomwaffenprogramm an dieser Stelle tatsächlich beendet wurde. Der Iran gestattete zudem nie Zugang zu seinen militärischen Anlagen, was notwendig gewesen wäre, um vom Ende des Programms überzeugt zu

werden. Stattdessen verweisen die gesteigerten Investitionen in den Test von Langstreckenwaffen und die Versuche, Bauteile für Atomwaffen zu beschaffen auf die fortgesetzte Absicht, Atomwaffen zu entwickeln, da diese Raketen in der Form für konventionelle Waffen keinen Sinn ergeben. Das ballistische Raketenprogramm des Iran, das Systeme nutzt, die Atomwaffen transportieren können, wurde von den Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland und Großbritannien als unvereinbar mit der UN-Sicherheitsratsresolution 2231 bezeichnet, die die rechtliche Basis des JCPOA darstellt.

Während der Atomverhandlungen mit dem Iran wurde das Argument vorgebracht, dass das Programm nur friedlich sein könne, da der Oberste Führer der Iran, Ayatollah Ali Khamenei, einst eine Fatwa gegen Atomwaffen erlassen habe. In all den Jahren wurde eine solche Fatwa nie vorgelegt und es bleibt auch völlig unklar, ob seine informellen Äußerungen zu dem Thema sich auf den Einsatz solcher Bomben oder deren Produktion bezogen. Die Anekdote stellt also keinerlei zuverlässige Versicherung dar, dass der Iran nicht nach Atomwaffen strebt.

Was sind robuste Inspektionen?

Schließlich verlangt die Behauptung, dass der Iran sein Programm tatsächlich eingestellt hat, ein robustes Inspektionssystem, das den Wandel nachweisen kann. Präsident Obama glaubte, dass das JCPOA internationalen Inspektoren „präzedenzlosen“ Zugang zu iranischen Nuklearanlagen bieten würde:

„Inspektoren werden in der Lage sein, verdächtige Einrichtungen zu besichti-

gen. Einfach gesagt, die dafür verantwortliche Organisation, die IAEO, wird Zugang haben, wo es nötig ist, wann immer es nötig ist.“

Wurde dieser Zugang tatsächlich gewährt? Iranische Beamte haben die Vorstellung zurückgewiesen, dass IAEO-Inspektoren nunmehr Zugang zu Militäranlagen hätten. Doch dies wäre unumgänglich, um das Ausmaß eines militärischen Atomprogramms festzustellen. Im Mai 2011 berichtete die IAEO, dass ein Schwerpunkt der iranischen Militärforschung die Entfernung konventioneller Sprengköpfe von der Shahab-3-Rakete und ihren Austausch durch kugelförmige Atomsprengladungen wäre.

2005, lange vor dem JCPOA, wurde der IAEO einmal Zugang zur berühmten Militäranlage in Parchin gewährt, als der Verdacht bestand, dass dort Bauteile für Atomwaffen produziert wurden. Seit dem JCPOA hat die IAEO lediglich Zugang zu Bodenproben aus Parchin erhalten, die die Iraner selbst gesammelt haben. Weiterhin bedeutsam ist, dass Teheran das Gelände inzwischen beträchtlich verändert und weite Teile asphaltiert hat.

US-Kongress legt Maßstab für iranische Einhaltung des Abkommens

Am 17. Juli 2017 bestätigte Präsident Trump widerwillig, dass der Iran die Auflagen des JCPOA erfülle. 15 Diese Bestätigung muss nach amerikanischem Recht im Rahmen des Iran Nuclear Agreement Review Act (INARA) von 2015 alle 90 Tage erfolgen. 16 Bereits im Mai hatte die Trump-Administration das Abkommen bestätigen

müssen. Der nächste Termin ist Mitte Oktober.

Der INARA legt fest, was der Iran zu leisten hat, um eine Bestätigung durch den US-Präsidenten zu erreichen:

1. Teheran muss das JCPOA vollständig umsetzen. Eine stückweise Umsetzung ist inakzeptabel.

2. Iran darf das Abkommen nicht „materiell“ brechen – die schwerste Form von Verletzung.

3. Es dürfen keinerlei geheimen Aktivitäten des Iran festgestellt werden, die das iranische Atomprogramm bedeutsam vorantreiben.

4. Da eine iranische Einhaltung des Abkommens eine Aufhebung von Sanktionen bedingt, muss der Präsident bestätigen, dass diese Aufhebung die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten nicht beeinträchtigt.

Schließlich gibt es noch die sogenannte „Israel-Klausel“ im INARA. Paragraph 7 hält fest, dass der nicht mit Exekutivkraft ausgestattete Kongress vom Präsidenten die Bestätigung erwartet, dass das JCPOA in keiner Weise die amerikanische Verpflichtung zum Schutz der israelischen Sicherheit oder der amerikanischen Unterstützung des israelischen Existenzrechts kompromittiert. Ganz offensichtlich haben iranische Äußerungen seit der Unterzeichnung des JCPOA weiterhin die Auslöschung Israels zum Inhalt gehabt. Dahingehend hat sich die iranische Politik nicht geändert.

Umgang mit iranischen Verstößen

Dass der US-Kongress klare Standards für die Einhaltung des Abkommens formuliert hat, ist von entscheidender Bedeutung. Im Januar 1961, zu Beginn

der Rüstungskontrollära, verfasste Fred Iklé, späterer Unterstaatssekretär für Verteidigung unter Reagan, einen maßgeblichen Artikel für das Magazin Foreign Affairs mit dem Titel: „Auf festgestellten Verstoß folgt – was?“, in dem er Wege aufzeigte, wie Staaten mit Verstößen gegen Rüstungskontrollverträge umgehen könnten. Iklé unterstrich, dass Zuwiderhandlungen anderer die Vereinigten Staaten in peinliche Situation bringen würden, als Vertragspartner hereingefallen zu sein.

Iklé zitierte dazu Churchill, der von einem seiner Vorgänger als britischer Premier – Stanley Baldwin – sagte, er habe die deutschen Verstöße gegen den Versailler Vertrag verheimlicht und britische Aufrüstung vermieden, um angesichts der pazifistischen Stimmung im Land seine Wiederwahl nicht zu gefährden.

Wie verhält es sich also mit dem Iran angesichts der vom Kongress 2015 festgesetzten Standards? Der Präsident des Institute for Science and International Security David Albright konnte in seiner Aussage vom 5. April vor dem Subkomitee zur Nationalen Sicherheit im Repräsentantenhaus nicht bestätigen, dass der Iran sich vollständig an das Abkommen halte. „Es ist unmöglich, eine vollständige Einhaltung des JCPOA festzustellen.“ Denn vieles deutet darauf hin, dass der Iran gegen das Abkommen verstoßen hat, dabei ist zu verstoßen oder solche Verstöße plant.

Dr. Dore Gold ist seit 2000 Präsident des Jerusalem Center for Public Affairs. Auf Englisch zuerst erschienen bei Jerusalem Center for Public Affairs.

Israel schränkte Muezzin-Rufe ein – nun tut China dasselbe

Wenn zwei dasselbe tun und die Welt ganz unterschiedlich reagiert

Von Dov Eilon („Israel heute“)

Erinnern Sie sich noch an das Aufsehen, für das das sogenannte „Muezzin-Gesetz“ gesorgt hatte? Die israelische Knesset hatte in erster Lesung ein Gesetz verabschiedet, das die Benutzung von Lautsprecheranlagen in Gotteshäusern einschränken sollte. Das Gesetz wurde „Muezzin-Gesetz“ genannt, weil es sich in erster Linie gegen die lauten durch Lautsprecher verstärkten Aufrufe des Muezzins zum Gebet richtete. Besonders in der Nacht fühlen sich viele Bürger, die in der Nähe einer Moschee wohnen, davon gestört.

Israel wurde wegen dieses Gesetzes weltweit verurteilt, besonders von den arabischen Ländern. Man warf Israel vor, die Religionsfreiheit einzuschränken.

Doch obwohl nun die chinesische Regierung deutlich härtere Schritte gegen Lautsprecher in den Moscheen unternommen hatte, gab es von Seiten der internationalen Gemeinschaft und der arabischen Welt nicht ein Wort der Kritik.

Wie die israelische Botschaft in China mitteilte, haben die chinesischen Behörden in einer abgelegenen Provinz kürzlich angeordnet, die Benutzung von Lautsprechern gänzlich zu verbieten und mehr als 1.000 Lautsprecher aus den Moscheen zu entfernen. Diese Anordnung wurde erteilt, nachdem sich zahlreiche Bürger bei der örtlichen Behörde für Umweltschutz über den Krach und die öffentliche Störung beschwert hatten. Die chinesischen Beamten warteten nicht lange und entfernten innerhalb von drei Tagen nicht weniger als 355 Lautsprecher aus den Moscheen.



Ein Muezzin aus China bei seiner Arbeit.

Die Moscheen befinden sich in der Provinz Qinghai im Westen Chinas, wo die moslemischen Hui-Chinesen als ethnische Minderheit in einer Art Autonomie leben. Bei dieser „Minderheit“ handelt es sich um nicht weniger als 10,5 Millionen Moslems. Die meisten der Hui-Chinesen leben zusammen mit der chinesischen Mehrheit, den Han-Chinesen.

Die Entfernung der Lautsprecher aus

den Moscheen löste im Land viele Reaktionen in den öffentlichen Netzwerken aus. Einerseits beschwerten sich islamische Bürger über die fehlende Toleranz der chinesischen Behörden, andererseits begrüßten andere die Entscheidung und verlangten, sie auf weitere Regionen auszuweiten. Die chinesische Zeitung „Global Times“ berichtete über die Entfernung der Lautsprecher und erklärte, dass dies auch in vielen anderen Ländern ein

aktuelles Thema sei. Dabei erwähnte die Zeitung Länder wie Indonesien, Saudi-Arabien, Indien, Deutschland und die USA. Israel wurde nicht erwähnt. Vielleicht ein Zeichen dafür, dass das kleine Israel für eine Milliarde Chinesen noch nicht einmal mit einer kleinen abgelegenen Provinz vergleichbar ist.

Zuerst erschienen auf www.israelheute.com

Gute Rohingya – böse Burmesen?

Wie so oft sind auch in Burma die Dinge bei näherem Hinsehen komplizierter als sie auf den ersten Blick scheinen



Aung San Suu Kyi: Vor kurzem galt sie im Westen als Heldin, bevor sie nun als „anti-moslemische Rassistin“ geschmäht wurde.

Von Klaus-Jürgen Gadamer

Die muslimischen Rohingya in Burma werden in ihrem Konflikt von islamischen und westlichen Medien unterstützt. Hinter den Problemen stehen auch die Interessen der Großmächte. Saudi-Arabien versucht seinen Einfluss auf Asien auszudehnen.

In Myanmar gibt es mehr als 100 Stämme mit vielen Problemen. So gibt es einen schwelenden Bürgerkrieg der Shan und anderen Stämmen. Es gibt eine große Gruppe von Binnenflüchtlingen der Kachin, die kaum in den westlichen Medien auftauchen. Es gibt massive Repression von Seiten der Armee gegenüber den Shan und den Kachin mit zehntausenden Flüchtlingen. Das hat aber bisher niemand interessiert, die Opfer waren keine Muslime.

Wenn Aung San Suu Kyi nun den Bestrebungen der Rohingya einen eigenen Staat zu gründen nachgibt, wäre das für den Vielvölkerstaat Burma der Startschuss für dessen Kollabierung. Das ist einer der Gründe, warum die burmesische Bevölkerung so radikal reagiert. Dagegen steht das idealisierte Denken des Westens, das seine politisch korrekte Ideologie als universell gültig ansieht.

Das Denken in der 3. Welt ist anders, es gibt eine viel größere gesellschaftliche Akzeptanz von Gewalt. Hinter dem buddhistischen Denken der Gewaltlosigkeit in Südostasien steht oft ein archaisches Denken, das an Stammestraktionen orientiert ist. Nachdem nun das romantische Bild von Shangri La, dem buddhistischen Paradies zusammenbricht, reagiert

der Westen gehässig. Er ist enttäuscht, seiner Illusion beraubt zu sein.

Westmedien erklären die Heilige zur Rassistin

Aung San Suu Kyi wurde jahrzehntelang in den westlichen Medien fast als Heilige gefeiert. Nun wurde sie praktisch über Nacht zur Rassistin erklärt. Es geht den Medien im Westen nicht um politisches Denken. Es geht um die reine Lehre, um pures Gefühl, um das heilige Gutsein. Den westlichen Eliten geht es eher darum, Heroen zu installieren, von denen sie denken, dass sie ihre eigene, westliche Eliten-Meinung repräsentieren. Enttäuschen die Helden und haben ihr eigenes Denken, dann ist der Fall tief. Dann wird aus der Heiligen die Hexe.

Ein ähnliches Schicksal droht zur Zeit Angela Merkel. Von Angie, dem Engel, zur Totalversagerin, dabei hat sie nur durchgeführt, was ihr die Presse „vorgeschrieben“ hat. Besonders ärgerlich dabei ist die Pseudo-Objektivität der Medien.

Die unbeliebten Muslime in Burma

Eine weitere Sollbruchstelle ist der Konflikt zwischen Muslimen und Buddhisten. Dabei gibt es in Burma zwei islamische Gruppen:

Die sich selbst als Rohingya bezeichnenden islamischen Einwanderer aus Bangladesch. Deren Terrorgruppen sind inzwischen mit dem IS und der Al Quaida vernetzt. Die Arakan Salvation Army (ARSA), die ein Sultanat Arakan unter der Scharia anstrebt, wird von Ataula Abu Ammar Junjuni angeführt.

Einem Jihadisten aus Pakistan, der im wahhabitischen Saudi-Arabien ausgebildet wurde. Laut der Nachrichtenagentur Reuters trainierten islamistische Ausbilder die ARSA seit über zwei Jahren in Rohingya-Dörfern und stattete sie mit Waffen aus. Das alles findet in den deutschen Medien nicht statt.

Palästinenser, Rohingya und die Kurden – der Export religiöser Konflikte

Auch an den Rohingya ist die Islamisierung nicht vorbeigegangen. Oft treten sie aggressiv für ihre Religion ein, es gibt einen massiven Neubau von Moscheen unterstützt von den Saudis, und verglichen mit der Mehrheitsbevölkerung eine überaus hohe Kinderzahl. Die buddhistischen Rakhine befürchten, von der schnell größer werdenden Bevölkerung an den Rand gedrängt zu werden. Was in Deutschland bei vielen Linken mit Freude erwartet wird, löst dort Angst aus.

Die zweite muslimische Gruppe in Burma sind die wohlhabenden islamischen Händler. Hier gibt es seit Jahrzehnten Konflikte mit buddhistischen Einheimischen. Ich war selbst Zeuge, als es in Mandalay zu Straßenschlachten zwischen buddhistischen und islamischen Jugendgruppen kam. Diese Gruppe hat nichts mit den Rohingya zu tun, unterhält auch eigene Schulen und Restaurants. Auch hier ist Geld von Saudi-Arabien im Spiel.

Warum erhält das Rohingya-Problem so viel Aufmerksamkeit?

Neben den Konflikten zwischen der Bevölkerung auf der einen und der

Koalition von Inlands-Chinesen und Militärs gibt es weitere, überlappende Probleme zwischen den Stämmen und zwischen den Stämmen und der Armee.

In Burma gab es in den letzten Jahrzehnten massenhaft Unterdrückung. Die burmesische Armee führte jahrzehntelang einen Unterdrückungskrieg gegen den Stamm der Shan. Sie sind heute noch dem massiven Druck von Seiten der Armee ausgesetzt. Ihnen und anderen Stämmen wird immer noch Bildung vorenthalten. So sind die Shan dazu übergegangen, eigene Klosterschulen zu gründen. Das alles ist kein Thema in den westlichen Medien.

Die Rohingya dagegen machen eine effektive Medienarbeit. Jeder Vorfall in jedem Dorf wird aus der Sicht der Rohingya sofort im Internet verbreitet. Das Problem der internationalen Medien ist, dass sie diese vielen parteiischen Informationen einfach ungeprüft übernehmen.

Die Ansichten der buddhistischen Rakhine blieben dabei oft auf der Strecke. Dass auch buddhistische Dörfer niedergebrannt wurden, passt nicht in das Muslim-Opfer-Schema der Westpresse. Darauf macht auch Aung San Suu Kyi aufmerksam. Dies wird ihr von der westlichen Presse wiederum als Rassismus ausgelegt.

Die Flucht als Ergebnis einer gezielt hervorgerufenen Massenhysterie

Unter den Rohingya selbst wurden von Seiten der Islamisten viele Gerüchte gestreut. Sie sollten den Konflikt weiter anheizen. Ergebnis war eine Massenflucht nach Bangladesch. Die Sichtweise der Rohingya erhält inzwischen breite Unterstützung von

Al-Quaida, Saudi-Arabien, dem Iran, Tschetschenien. Frau Erdogan inszenierte sogar einen öffentlichkeitswirksamen Rohingya-Besuch in Bangladesch. Wer solche Freunde hat, braucht über Gegner nicht zu klagen.

Der Burma-Experte Hans-Bernd Zöllner kritisiert die Voreingenommenheit der internationalen Gemeinschaft und der UN, dabei fällt ihm ins Auge, dass Rohingya-Aktivistinnen unüberprüfbar Gerüchte über Gräueltaten in die Welt setzen und die Medien diese begierig aufgreifen. Die gleichlautenden Opferberichte in den Flüchtlingslagern vergleicht er mit einer gezielten Massenhysterie, die von muslimischen Rebellen hervorgerufen wurde.

Wenn die UN in einer typischen Form von Realitätsblindheit von Burma eine Einbürgerung von einer Million muslimischer Rohingya fordert, trifft das auf den Widerstand der buddhistischen Burmesen. So etwas kann nur bei der Elite im willkommenbesoffenen Deutschland Begeisterung auslösen.

Die Interessen der Großmächte

China ist in der Schlussphase, den Hafen Kyaukphyu in Rakhine am Indischen Ozean zu einem riesigen Tiefseehafen auszubauen. Mit diesem Hafen hätte China direkten Zugang zum Indischen Ozean. Das würde alle Schiffswege in den Westen um ein Wesentliches verkürzen. Eine bereits existierende Pipeline könnte Öl vom Hafen nach Kunmin in Südwestchina transportieren.

Zusätzlich soll hier eine Sonderwirtschaftszone mit 10 Milliarden US\$ Investitionen entstehen. Den Rahm würden wieder das Militär und die Inlands-Chinesen abschöpfen. Natürlich fielen auch für den einfachen Mann einige Jobs ab.

Myanmar, Medien und die Propagandalüge

Vor den Küsten von Rakhine liegen riesige Erdgasvorkommen. Zeitgleich zur Entwicklung des chinesisch-myanmarischen Energieprojekts fand eine Intensivierung des Rohingya-Konflikts statt. Eine Destabilisierung von Rakhine könnte die Pekingener Energieprojekte negativ beeinflussen und neben Nordkorea einen weiteren Krisenherd direkt vor Chinas Haustür erschaffen. Das wiederum liegt im Interesse des Konkurrenten Indiens und auch die USA wollen den Einfluss Chinas einhegen. Sowohl die USA als auch Indien liegt wenig daran, dass China direkten Zugang zum Indischen Ozean bekommt. Sie könnten Interesse daran haben, die Lage in Rakhine zu destabilisieren und die Unruhen der Rohingya zu nutzen.

Chinas Interesse dagegen ist ein ruhiges Rakhine. Nur da kann es in Ruhe seinen Geschäften nachgehen. Um das Interesse der burmesischen Bevölkerung und den staatenlosen Rohingya geht es aber überall zu allerletzt.

Der Einfluss Saudi-Arabiens in Asien

Wenn ich durch Java oder Sumatra fahre, bin ich jedes Mal fassungslos über

die schiere Masse der Moscheen. In jeder Straße, jeder Gasse findet man eine Moschee, manchmal braucht es nur 100 Meter, um das nächste Haus Allahs zu finden. Um den Schein zu wahren, stehen verschleierte Frauen mit dem Klingelbeutel vor Allahs Häusern. In Wirklichkeit werden die Moscheen aber von Saudi-Arabien finanziert. Die Imamausbildung, die muslimischen Schulen, Korruption und Bestechungsgelder von Armee und Verwaltung, alles bezahlt Saudi-Arabien.

Muslimischer Druck in Indonesien

In Indonesien muss man sich die Religionszugehörigkeit in den Personalausweis eintragen lassen. Es gibt einen Religionszwang – Atheismus wird im Personalausweis nicht akzeptiert, da dies aus Sicht des Islam die verwerflichste aller Einstellungen ist.

Die Chinesen in Burma

Das begünstigt natürlich die Diskriminierung aller außerislamischen Religionen. Ursprünglich waren als im Personalausweis akzeptierte Religionen Islam, Katholizismus, Protestantismus, Hinduismus und Buddhismus vorgesehen. Die Idee dahinter war, die meist konfessionslosen Chinesen zum Übertritt zum Islam zu bewegen. Mächten die aber nicht. Die Chinesen traten zum Christentum über, ohne irgendetwas darüber zu wissen. In-

zwischen ist als 6. Religion der Konfuzianismus erlaubt. Die chinesischen Tempel sind aber oft das Ziel von muslimischen Angriffen und Brandstiftung. Davon liest man in der westlichen Presse nichts.

Die muslimische Eroberung Asiens

Nun ist Indonesien bis auf Bali schon vom Buddhismus befreit, aus Sicht der Moslem-Extremisten haben das die Philippinen, Indien und Burma noch vor sich. Auf den Philippinen reagiert Duterte mit großer Unterstützung der Bevölkerung mit Härte. Dafür wird er von den islamfreundlichen Mainstream-Medien des Westens kritisiert.

Indien war 600 Jahre muslimisch besetzt und hat das nicht vergessen. In den Slums von Bombay habe ich erlebt, wie nach einem muslimischen Terroranschlag in Windeseile zu Pogromen gegen Muslime aufgerufen wurde. Der heutige Ministerpräsident Indiens Modi kann in seinem Herkunftsstaat Gujarat selbst auf Konflikte mit der muslimischen Minderheit zurückblicken.

Hinter allen islamischen „Befreiungsorganisationen“ steckt das Geld und der Einfluss von Saudi-Arabien. Während Trump und andere westliche Politiker den Iran als Feindbild auserkoren haben, steckt hinter der Islamisierung auch in Deutschland das Geld der Saudis. Und das wird seltsamerweise wenig thematisiert.

Polens Kaczynski prangert Antisemitismus und Israelhass an

Von Elisabeth Hausen (Israelnetz)

Antisemitismus zeigt sich auch in Feindseligkeit gegen Israel, sagt der polnische Parteivorsitzende Kaczynski bei einer Zeremonie. Dabei wurden Menschen geehrt, die Juden vor den Nationalsozialisten versteckten.

Der polnische Politiker Jaroslaw Kaczynski hat Israel als „Außenposten unserer Zivilisation“ gewürdigt. Am Montag sprach er in der Hauptstadt Warschau bei einer Preisverleihung zu Ehren von Menschen, die während des Zweiten Weltkrieges Juden vor den Nazis gerettet hatten. Auf seine Weise sei Israel ein „großartiger Staat“, sagte der Vorsitzende der stärksten Regierungspartei, „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), laut einem Bericht der Onlinezeitung „Times of Israel“. Antisemitismus sei ein „sehr gefährliches Phänomen“, das sich in Feindseligkeit gegen das Land ausdrücke.

Den Holocaust bezeichnete Kaczynski als „ein massives Verbrechen und eine Manifestation des extremsten Bösen, das in der Geschichte auftrat“. Es habe im 20. Jahrhundert sein furchterregendes, hässliches Haupt erhoben. „Aber diesem extremen Bösen trat etwas entgegen, das gefahrlos als extrem gut bezeichnet werden kann, als Heldenmut des höchsten Ranges“, zitiert ihn die Nachrichtenseite „Thenews.pl“. Dieser Heldenmut habe sich nicht durch die Gefahr von Folter, Tod oder dem Verlust der Angehörigen abschrecken lassen. Kaczynski war von 2006 bis 2007 polnischer Premierminister. Seine Partei gilt als nationalistisch.

Organisiert hatte die Zeremonie die Organisation „Aus den Tiefen“, eine Stiftung der Nachkommen von Juden, die den Holocaust überlebt haben. Sie ehrt Polen, die aus verfahrenstechnischen Gründen keine Auszeichnung von der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem erhalten. Die Veranstaltung fand auf dem Gelände des Warschauer Zoos in der Villa des früheren



Jaroslaw Kaczynski, Vorsitzender der Regierungspartei PiS

Direktors Jan Zabinski statt. Dieser hatte mit seiner Ehefrau Antonina mehr als 300 Juden im Zoo vor den nationalsozialistischen Besatzern versteckt. Der Zabinski-Award ist nach ihnen benannt.

Privatmenschen und Nonnen geehrt

Einen der Preise erhielt Daniel Kawczynski, ein britischer Abgeordneter polnischer Abstammung, für seinen Großonkel Jan Kawczynski. Dieser wurde 1943 mit seiner Ehefrau Helena und der zehnjährigen Tochter Magdalena von den Deutschen erschossen, weil sie verfolgten Juden Obdach gewährten.

Ebenfalls ausgezeichnet wurden Nonnen vom Orden der Franziskaner, die insgesamt mehr als 700 Juden in über 40

Waisenhäusern in Polen untergebracht hatten. Eine der Geretteten, Zippi Kamon, war für die Ehrung aus Israel angereist. Vermutlich waren seinerzeit mehr als 100 Franziskanerinnen an der groß angelegten Rettungsaktion beteiligt, schreibt die polnische Nachrichtenseite. Doch nur wenige wurden bislang von Yad Vashem mit dem Titel „Gerechte unter den Völkern“ geehrt.

Auch eine Frau namens Natalia Jakoniuk erhielt am Montag den Zabinski-Award von „Aus den Tiefen“. Ihre Familie hatte Juden auf ihrem Dachboden versteckt – in einem Dorf, das sich etwa 120 Kilometer von Warschau entfernt befindet. Natalia lag damals als kleines Mädchen auf der Lauer und beobachtete, ob sich Deutsche näherten. Dann warnte sie die Erwachsenen.

Rettern drohte Hinrichtung

Der stellvertretende Knessetsprecher Jehiel Hilik Bar bekundete bei der Zeremonie seine Bewunderung für „jene außerordentlichen polnischen Helden“. „Wir sind heute hierhergekommen, um den Mut zu ehren – einfachen, außergewöhnlichen, reinen Mut“, sagte er und zitierte den ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Nelson Mandela: „Mut ist nicht die Abwesenheit von Furcht, sondern der Triumph über sie.“

Der Zabinski-Award wurde am Montag zum zweiten Mal verliehen. In Polen war es während des Zweiten Weltkrieges besonders gefährlich, Juden zu helfen. Es ist das einzige von den Nazis besetzte Land, in dem jede Form der Unterstützung mit sofortiger Hinrichtung bestraft wurde.

Mexiko: Bekommt die größte Stadt der Welt bald eine jüdische Bürgermeisterin?

Claudia Sheinbaum Pardo im Porträt der JÜDISCHEN RUNDSCHAU

Von Martina Farmbauer

Zwei große Leidenschaften haben den beruflichen Lebensweg von Claudia Sheinbaum Pardo aus Mexiko-Stadt bisher geprägt: die Wissenschaft und die Politik. Spätestens im Jahr 2018 könnte sich der Schwerpunkt zugunsten ihrer Tätigkeit als Aktivistin verschieben, wobei Sheinbaum, 55, ihre beiden Leidenschaften weiter verbinden, die Erfahrungen und Erkenntnisse als Akademikerin zumindest weiter wird einbringen können.

Die Millionenmetropole Mexiko-Stadt ist von Luftverschmutzung, Verkehrsproblemen und Erdbebengefahr geplagt. Dutzende Häuser sind erst bei einem Beben im September eingestürzt, Hunderte Menschen gestorben. Sheinbaum hat einen Abschluss in Physik von der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM, Nationale Autonome Universität von Mexiko), einen Master- und einen Dokortitel in Energietechnik gemacht, und sich mit den Themen Umweltschutz, Klimawandel und öffentliches Transportsystem beschäftigt. Aber Claudia Sheinbaum hat auch eine interne Abstammung des „Movimiento de Regeneración Nacional“ (MORENA, Bewegung der Nationalen Erneuerung) gewonnen und ist zur „coordinadora de organización territorial“ der linksgerichteten Partei gewählt worden.

Damit hat sie die Möglichkeit – wenn nichts Unvorhergesehenes passiert –, bei den Wahlen im Juni 2018 MORENA-Kandidatin für das Bürgermeisteramt von Mexiko-Stadt zu werden. Die Partei von Andrés Manuel López Obrador möchte erstmals in der Hauptstadt regieren und die „Partido de la Revolución Democrática“ (PRD, Partei der Demokratischen Revolution), die dort seit 1997 ununterbrochen an der Macht ist, ablösen. Und Claudia Sheinbaum Pardo soll es richten.

Ihre Großeltern väterlicherseits kamen aus Litauen nach Mexiko, ihre Großeltern mütterlicherseits waren sephardische Juden aus Bulgarien; die einen erreichten das mittelamerikanische Land Anfang des 20. Jahrhunderts aus wirtschaftlichen, aber auch politischen Gründen, die anderen flohen vor dem Naziterror. Ihre Eltern wurden in Mexiko geboren und waren in der Studentenbewegung von 1968 aktiv.

Sheinbaum, die zwar Akademikerin ist, aber sich für soziale Belange einsetzt, hat seit 2015 das Bürgermeisteramt von Tlalpan, dem mit 650.000 Einwohnern größten der 16 Verwaltungsbezirke von Mexiko-Stadt inne. Sie gewann die parteiinterne Abstimmung gegen Martí Batres Guadarrama, Vorsitzender von MORENA in Mexiko-Stadt; und Ricardo Monreal, Bürgermeister von Cuauhtémoc, ebenfalls Verwaltungsbezirk von Mexiko-Stadt, die sich ebenfalls um dieses Amt beworben hatten.

Nachdem das Ergebnis bekannt geworden war, haben sich viele nicht nur gefragt, wie der Prozess abgelaufen ist. Sondern auch, wer Claudia Sheinbaum Pardo überhaupt ist. Die anderen Vorkandidaten kannte man aus verschiedenen Gründen zur Genüge – seien es



Claudia Sheinbaum Pardo: Gewinnt sie die nächsten Wahlen?

positive oder negative. „Seit Jahren interessiert mich die Politik, aber die gute Politik, nicht die traditionelle Politik die wir kennen“, sagte Claudia Sheinbaum in einem Interview, das sie der UNAM gab.

Der Moment, in dem sie begann, in der Politik Mexikos aktiv zu werden, kam, als Jorge Capizo McGregor, der damalige Rektor der Universidad Nacional Autónoma de México, eine der ältesten und größten Universitäten der Amerikas, Reformen durchsetzen wollte. Sie war davor schon Gründerin und Mitglied des „Consejo Estudiantil Universitario“ (CEU, Studentischer Universitärer Rat) der UNAM gewesen, der sich 1986 aus Protest formiert hatte (und wo sie auch ihren späteren Mann, den Soziologen Carlos Imaz Gisbert, kennenlernte). Nun schloss sich diese Bewegung der politischen Strömung an, die die linksgerichteten Politiker Cuauhtémoc Cárdenas Solórzano und Porfirio Muñoz Ledo anführten – und die 1988 bei den Präsidentschaftswahlen antrat, weswegen Claudia Sheinbaum auch Gründerin der „Partido de la Revolución Democrática“ (PRD, Partei der Demokratischen Revolution) ist.

„Die Politik interessiert mich als Instrument der Transformation“, sagt sie. Ihre Kenntnisse über den Klimawandel erlaubten es ihr, sich vorübergehend dem „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC, Weltklimarat) der Vereinten Nationen anzuschließen, das 2007 den Friedensnobelpreis bekommen hat, wobei sie eng mit dem Nobelpreisträger für Chemie, Mario Molina, der ebenfalls aus Mexiko-Stadt stammt, zusammengearbeitet hat.

Dazu passt, dass Claudia Sheinbaum Pardo in Mexiko-Stadt zwischen 2000

und 2006 als Umweltsekretärin der Regierung Andrés Manuel López Obrador (AMLO) fungierte, dem sie politisch nahesteht und dessen Vertrauen sie genießt. Sowohl im Jahr 2006 als auch 2012 gehörte Sheinbaum dann dem Wahlkampfteam von López Obrador an, der für die Präsidentschaft kandidierte, und setzte sich eisern gegen die Energiereform ein. Sie verließ sogar den gemäßigten linken „Partido de la Revolución Democrática“ (PRD, Partei der Demokratischen Revolution) zusammen mit AMLO, um MORENA zu gründen.

Als Beamte der Hauptstadtregierung stieß Claudia Sheinbaum Projekte wie den Bau der ersten Linie des Metrobusses und des ersten Radwegs von Mexiko-Stadt sowie der zweite Ebene des „Anillo Periférico“ an, des Außenrings um die Stadt an. Während der sechs Jahre ihrer Amtszeit sank die Luftverschmutzung in der Millionenmetropole um 30 Prozent, die Zahl der Pflanzen stieg im Rahmen der Wiederaufforstung um eine Million, was man durchaus zu Gunsten Sheinbaums auslegen kann.

Sie rechtfertigte 2002 jedoch auch eine Räumungsaktion, die 50 Familien aus Amalacachico betraf, die in illegalen Siedlungen lebten. Claudia Sheinbaum Pardo zufolge beeinträchtigten die Siedlungen das Naturschutzgebiet von Xochimilco, verschmutzten Grundwasser und schädigten Tier- und Pflanzenarten. Die Operation galt als gewaltsam und wenig koordiniert: sie hinterließ mindestens 14 Verletzte und 28 Festgenommene. Die Polemik um die Videoskandale von 2004 warf indirekt ein schlechtes Licht auf sie. Ihr Lebenspartner Carlos Imaz Gisbert, damals delegado de Tlalpan, wurde da-

bei gefilmt, wie er von Carlos Ahumada Geld nahm. Imaz sah sich gezwungen, von seinem Amt zurückzutreten und sich danach einem Gerichtsprozess zu stellen. Möglicherweise, ja sogar wahrscheinlich, könnte dieser Aspekt, von ihren Widersachern in einer Kampagne herangezogen werden, um ihr das höchste Regierungsamt von Mexiko-Stadt streitig zu machen.

Auf die Frage, was sie über die mögliche Strategie ihrer politischen Rivalen denke, die ihre Beziehung zu Carlos Imaz ausnutzen könnten, um ihr Schaden zuzufügen, antwortete Claudia Sheinbaum: „Ich glaube, dass meine Gegner alles benutzen werden, was sie können. Ich habe davor keine Angst, weil ich meine eigene Geschichte habe, und das ist es auf jeden Fall, was es abzuwägen und zu bewerten gilt.“

In einem Interview mit der Fernsehmoderatorin Bibiana Belsasso beschrieb Sheinbaum sich selbst als „konsequent im Privatleben, konsequent im öffentlichen Leben; eine Person, die dafür kämpft, die Situation, in der wir in unserem Land leben, zu verändern; fröhlich und diszipliniert, arbeitsam.“

Von Oktober diesen Jahres an möchte sie sich dem Portal „PolíticoMX“ zufolge mit all diesen Eigenschaften gerne voll auf ihre Kandidatur für das Bürgermeisteramt von Mexiko-Stadt konzentrieren, auch wenn dies offensichtlich schweren Herzens geschieht. Claudia Sheinbaum Pardo sagte in einem Interview mit der Zeitung „La Jornada“: „Als man mir vorgeschlagen hat, Bezirksbürgermeisterin von Tlalpan zu werden, habe ich lange darüber gedacht. Ich mag auch meine akademische Arbeit sehr, halte gerne Vorlesungen und gebe gerne Kurse.“

Wie mich der 11. September zu dem machte, was ich heute bin

„Links-liberale“ Aktivisten machen sich zu freiwilligen Anwälten für Terroristen

Von Daniel Greenfield

„Im Namen Allahs, des Allerbarms, des Barmherzigsten“, ruft ein Terrorist in einer Aufnahme im Cockpit von Flug 93. Der Aufnahme schließen sich die Geräusche eines Angriffs eines Terroristen auf einen Passagier an.

„Bitte tun Sie mir nicht weh“, fleht er. „Oh Gott!“ Als mehrere der Passagiere in der Kabine auf und ab laufen, ruft ein anderer islamischer Terrorist: „Im Namen Allahs“.

Während in New York Feuerwehrmänner im Südturm mit 50 Kilogramm Ausrüstung auf ihrem Rücken versuchen, bis zum letzten Moment Leben zu retten, versuchen Passagiere im Flug 93 die Cockpittür einzurennen. Die islamischen Flugzeugführer rufen: „Allahu Akbar!“ Dieser Ausruf der Überlegenheit geht auf das Judenmassaker von Khaybar zurück und soll bedeuten, dass Allah größer ist als die Götter der Nicht-Moslems.

Mohammed Atta hatte den anderen Terroristen zu Beginn der Kämpfe nahegelegt, dass sie „Allahu Akbar“ rufen sollen, denn das versetze die Herzen der „Ungläubigen“ in Angst und Schrecken.“ Er zitierte das Gebot des Korans, dass die heiligen moslemischen Krieger die Ungläubigen durch Köpfen terrorisieren und drängen sollten, nach Mohammeds Gebot „Gefangene zu nehmen und sie zu töten.“ Der Anführer des 11. September zitierte den Koran ein weiteres Mal, als er erklärte: „Kein Prophet sollte Gefangene nehmen, bevor der das Land nicht in Blut getränkt hat.“

Auf dem Flug 93 geht der Kampf weiter. „Oh Allah, Du Gnadenreichster“, rufen die Terroristen aus. „Vertraut auf Allah“, versichern sie. Und dann beginnen sie „Allahu Akbar“ zu singen, während das Flugzeug auf einem Pennsylvania-Feld aufprallt, ein weiteres Blutbad während der islamischen Invasion Amerikas zurücklassend.

Heute steht auf dem Feld die „Nationale Gedenkstätte für den Flug 93“ oder „Crescent of Embrace“.

Tausende von Moslems feuern die Angreifer in den Teilen Israels an, die sich unter terroristisch-islamischer Herrschaft der „palästinensischen“ Regierung befindet. Sie rufen „Allahu Akbar“ und teilen Süßigkeiten aus.

Aber ähnlich hässliche Ausbrüche islamischen Herrschaftsanspruchs finden auch viel näher der Heimat statt:

Auf dem John F. Kennedy Boulevard in Jersey City, auf der anderen Seite des Flusses von Manhattan, feiern ganze Gruppen von muslimischen Siedlern das Schlachten der Amerikaner. „Einige Männer haben getanzt, andere hatten ihre Kinder auf den Schultern“, erinnert sich ein Polizist aus Jersey City, der die Szene beschreibt.

„Die Frauen schrien auf Arabisch.“

Ähnliche islamische Feierlichkeiten brachen auf der Atlantic Avenue in Brooklyn, New York, aus, einem hauptsächlich moslemischen Stadtteil. Männer und Frauen rennen über die Brooklyn-Brücke oder in den Norden der Stadt, um dieser seltsamen neuen Welt zu entfliehen. Viele liefen einfach nur weg. Sie wussten nicht wohin, aber wollten nur raus. Ich war einer von ihnen.

Dieser Dienstag war eine lange und

schreckliche Lehre. In diesen Stunden wurden Millionen von Amerikanern über viele Dinge aufgeklärt: Was passiert, wenn Flugzeuge mit Hochhäusern zusammenprallen; wie mutige Menschen den 78. Stock mit 50 Kilogramm Ausrüstung auf ihrem Rücken erreichen können und wie die Chancen stehen, Überlebende unter dem Schutt von zerstörten Türmen zu finden. Sie haben gelernt, wer die vormals obskure Gruppe „El-Kaida“ ist und wer ihr Anführer.

Aber sie wurden auch über den Islam aufgeklärt. Islamischer Terrorismus war immer etwas, das sich „weit weg“ ereignete. Man sah es zwar auf den Titelblättern von „Time“ oder „Newsweek“, als diese noch an den Kassen von Supermärkten oder beim Arzt im Wartezimmer auslagen. Aber selbst nach den Bombenanschlägen auf das World Trade Center war er eigentlich immer noch „weit weg“. Aber jetzt war er hier. Der Krieg war da.

Jede Generation wird in die Geschichte durch einen Krisenmoment hineingeboren. Wir werden alle durch unsere Kämpfe definiert. Durch die Kämpfe, die wir kämpfen und jene, die wir nicht kämpfen. Am Dienstagmorgen im September wurde meine Generation in die Geschichte hineingeboren. Einige von uns wurden besser geboren als andere.

Studenten-Pazifismus während des Anschlags

Auf dem „Union Square“ bin ich an New York University-Studenten vorbeigelaufen, die Anti-Kriegs-Plakate hochhielten, selbst als der Himmel hinter ihnen die Farbe von Knochen hatte. Sie haben die Menschenmassen ignoriert, die hinter ihnen flüchteten und konzentrierten sich darauf, mit großen roten Lettern „NO WAR“ auf ihre weißen Plakate zu schreiben.

In den Folgejahren habe ich die gleiche Anteilnahmslosigkeit in den Gesichtern von vielen „Linken“ gesehen, die alle Mörder ignorieren, die „Allahu Akbar“ rufen, wie in London zum Beispiel. Oder denjenigen, der „im Namen Allahs, des Barm-

„ Die Anteilnahmslosigkeit in den Gesichtern vieler „Linker“, die alle Mörder ignorieren, die „Allahu Akbar“ rufen.

herzigen“ zwischen den blutigen Ruinen eines Schwulen-Nachtclubs in Orlando rief. Sie konzentrieren sich lieber auf ihre unsinnigen Slogans.

„NO WAR“, „Stoppt Islamophobie“ und „Migranten willkommen“. Die Welt der Plakate und simplen Slogans ist einfacher und sauberer als ein Himmel voller Asche und Tod. Am 11. September haben einige von uns ihre Augen geöffnet. Andere haben sie so weit wie möglich geschlossen gehalten.

An diesem Dienstag wurde meine Generation notgedrungen geteilt. Einige sind dem Militär oder der Polizei beigetreten oder wurden Analysten. Andere wurden zu „links“-liberalen Aktivisten, zu freiwilligen Anwälten für Terroristen oder konvertierten zum Islam.

Die Passagiere des Flugs 93, die versuchten, sich zu wehren, waren um die 30. Aber die zwei Feuerwehrmänner, die den 78. Stock des Südturms erreichten, Ronald



Den Anschlag von 11. September 2001 erlebte der Autor in New York.

Bucca und Orio Palmer, waren um die 40. Der eine hat in Vietnam als Green Beret gedient, und Orio Palmer war ein Marathon-Läufer. Diese Männer und Frauen hatten die beste Antwort auf die alte Frage: „Wo warst Du, als es geschehen ist?“

Ich war einer der zahllosen Menschen, die flussaufwärts vom Ground Zero weg flüchteten.

Die große Lehre dieses Dienstagmorgens war, dass es nicht vorüber war. Es war nicht vorüber, als wir erkannten, dass wir niemanden mehr in dem großen Haufen von Schutt, Metall und Tod finden würden. Es war nicht vorüber als die Luft sich zu klären begann. Es war nicht vorüber, als der Präsident der Vereinigten Staaten eine Ansprache hielt. Es war nicht vorüber, als die Flugzeuge wieder starten durften und das Fernsehen von der Non-Stop-Berichterstattung der Angriffe ins normale Programm zurückschaltete. Es war nicht vorüber, als uns gesagt wurde, das Leben weiterzuleben.

Es ist immer noch nicht vorüber.

die wesentliche Wahrheit gelernt.

Und Sie haben das auch.

„Wo waren Sie?“ Das ist nicht nur eine Frage, die man sich wegen des 11. Septembers 2001 stellen muss. Es ist eine Frage des Alltags. Was machen Sie heute, um islamischen Terrorismus zu bekämpfen? Und was werden Sie morgen tun?

Ich habe meine Antwort durch das Schreiben gefunden. Andere haben einen direkteren Beitrag geleistet.

Aber es ist wichtig, dass wir uns immer diese Frage stellen.

Die Entführer vom 11. September, die Mitglieder von El-Kaida, vom IS, der Moslembruderschaft und das ganze riesige globale Netzwerk, seine Förderer und seine Befürworter stellen sich diese Frage jeden Tag aufs Neue.

Sie fragen sich ständig.

Antworten gibt es: von dem iranischen Atomprogramm bis zu den Scharen der Moslembruderschaft in Amerika, von den moslemischen Migranten in Deutschland bis zu den Sex-Sklavenhandelsgruppen in England – sie alle haben ihre Antworten.

Unsere Feinde wachen jeden Tag auf und überlegen sich aufs Neue, wie sie uns zerstören können. Ihre Methoden, von demographischen Invasionen über Massenvernichtungswaffen, von politischer Subversion zu einzelnen Terroranschlägen sind zahlreich.

Eine neue schreckliche geschichtliche Ära hat mit dem 11. September 2001 begonnen. Wir haben diese ebenso noch nicht bewältigt wie Pearl Harbor und die Schlacht von Midway. Ihre Ursachen sind kein Rätsel. Ihre Lüge liegt in der letzten Übertragung vom Flug 93.

„Allahu Akbar.“

Wir sind inmitten des längsten Krieges der amerikanischen Geschichte. Und wir haben immer noch nicht gelernt, wie man in ihm kämpft.

Der 11. September wird wiederkommen. Man muss nicht in ein brennendes Gebäude laufen, um jemanden zu retten oder Terroristen mit bloßen Händen bekämpfen. Aber jeden Tag dazu nutzen, andere zu warnen, damit man auf die Frage „Wo warst du“ antworten kann.

Der Autor Daniel Greenfield wurde in Israel geboren und lebt in Los Angeles.
Übersetzung ins Deutsche: Jan Bentz

Die Enttarnung des Hasses

UNO: Ehemaliges Mitglied der Hamas sorgt für lange Gesichter

Von Gerd Buurmann

Diese Gesichter muss man gesehen haben!

Am 25. September 2017 sorgte ein ehemaliges Mitglied der Hamas für lange Gesichter bei der 36. Sitzung zur Erklärung der Vereinten Nationen im UN-Menschenrechtsrat. Sein Name ist Mosab Hassan Yousef. Er hielt eine Rede, nachdem ausgerechnet Nationen wie Katar, Nord-Korea, Syrien, Iran und Venezuela erklärt hatten, Israel sei ein rassistischer, mörderischer „Apartheidsstaat“, der die Menschenrechte missachte. Pakistan forderte die Vereinten Nationen sogar auf, dem Regime Israels ein Ende zu setzen. Mosab Hassan Yousef sprach:

„Mein Name ist Mosab Hassan Yousef. Ich wuchs in Ramallah als Mitglied der Hamas auf. Ich richte meine Worte an die

palästinensische Autonomiebehörde, die von sich behauptet, die ‚alleinige legitime Vertretung‘ des palästinensischen Volkes zu sein.

Ich frage: Woher nehmen Sie diese Legitimität? Das palästinensische Volk hat Sie nicht gewählt, und es hat Sie nicht dazu veranlasst, von Ihnen vertreten zu werden. Sie haben sich selbst ernannt!

Sie tragen keine Verantwortlichkeit für Ihre eigenen Leute. Dies wird belegt durch Ihre totale Verletzung der Menschenrechte. Fakt ist, das palästinensische Individuum und seine menschliche Entwicklung ist Ihr geringstes Anliegen. Sie entführen palästinensische Studenten vom Campus und quälen sie in Ihren Gefängnissen. Sie quälen Ihre politischen Konkurrenten. Das Leiden des palästinensischen Volkes ist das Ergebnis Ihrer egoistischen politischen Interessen. Sie sind der größte Feind des palästinensischen Volkes.



Mosab Hassan Yousef

Würde Israel nicht existieren, hätten Sie niemandem, dem Sie Schuld zuschieben könnten. Übernehmen Sie Verantwortung für die Ergebnisse Ihrer eigenen Handlungen.

Sie schüren die Flammen des Konflikts, um Ihre eigene missbräuchliche Macht zu erhalten. Sie benutzen sogar diese Plattform, um die internationale Gemeinschaft und die palästinensische Gesellschaft zu täuschen, um ihnen weiszumachen, Israel sei für die Probleme verantwortlich, die Sie selbst erschaffen haben.“

Nach der Rede verstummte der Saal für einen kurzen Moment. Die Gesichter einiger Mitglieder bei der Rede von Mosab Hassan Yousef sind Gold wert.

So sehen Menschen aus, wenn ihr Judenhass entlarvt wird. Es sind die langen Gesichter jener, die Israel bei jeder Gelegenheit kritisieren und für alle Konflikte im Nahen Osten verantwortlich machen und dabei in das Geheule des wölfischen Chors der übelsten Menschheitsverbrecher einstimmen. Es sind die langen Gesichter jener, die nicht verstanden haben, dass Israel der beste Verbündete der aufgeklärten arabischen Gesellschaft ist, während es die arabischen Regierungen vom Schlage der Hamas und der „palästinensischen“ Autonomiebehörde sind, die das arabische Volk unterdrücken, knechten und misshandeln.

Mosab Hassan Yousef hat am 25. September 2017 gezeigt, dass nicht Israel rassistisch ist, sondern die Kritiker Israels, da sie sich weigern, die wahren Schuldigen am Konflikt zu benennen und stattdessen auf Judenhass setzen. Sie glauben, Araber seien nicht in der Lage, selbstkritisch zu sein und ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Sie glauben, Araber müssten geführt werden und seien daher nicht in der Lage, mit Kritik umzugehen. Sie versuchen sogar, alle aufgeklärten Araber mundtot zu machen, die nicht sagen „der Jude ist Schuld“, sondern die wahren Schuldigen am Konflikt benennen und das Recht auf Selbstverantwortung, Selbstkritik und Selbstbestimmung für sich einfordern.

Mosab Hassan Yousef hat daher Recht. Das Problem ist nicht Israel. Das Problem sind jene, die arabische Kinder als Schutzschilde für ihre Waffen missbrauchen, jene, die Oppositionelle einkerkern, foltern und töten und nicht mal den geringsten Standards mitmenschlichen Umgangs genügen. Es sind die Schergen der Hamas und der palästinensischen Autonomiebehörde, jene, deren Führer der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel seinen „Freund“ nennt.

Diese Schergen sind die Feinde aller aufgeklärten Menschen, woran sie auch immer glauben mögen. Die aufgeklärten Menschen im Nahen Osten wiederum haben keinen besseren Verbündeten als Israel. Wer Israel schadet, schadet daher der Aufklärung und allen Arabern, sie sich nach Freiheit sehnen.

GREGORY'S

JOAILLIER



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregroy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvorschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

40 Jahre: Mythos Mogadischu

Wie die Deutschen von den Israelis lernten

Von Carl Christian Jancke

Gerade hat man das Flugzeugwrack der „Landshut“ zurück nach Deutschland gebracht. Die damalige Lufthansa-Boeing wurde auf dem Höhepunkt der „Offensive“ 1977 von mit der RAF sympathisierenden arabischen Terroristen entführt, um die Insassen des legendären Stuttgart-Stammheimer Gefängnis freizupressen.

Die hatte schon die Entführung des früheren NSDAP-Mitglieds und Großkapitalisten Hanns Martin Schleyer den ehemaligen Frontoffizier des Zweiten Weltkriegs, Helmut Schmidt, nicht zu deren Freilassung bewegt. Als die unter dem Eindruck des „palästinensischen“ Terroranschlags auf die israelische Olympia-Mannschaft in München 1972 gegründete GSG9 erfolgreich den Flieger stürmte, war nicht nur Schleyers Schicksal besiegelt. Sondern auch die Legende von der „wehrhaften Demokratie“ geboren. Zu Unrecht. Mit dem folgenden Gruppenselbstmord der Gefangenen wollten diese wenigstens noch den Mythos nähren von den Kräften des Systems ermordet worden zu sein.

In Westdeutschland hatte der freiheitliche Rechtsstaat einen Geburtsfehler. Er wurde nicht erkämpft, sondern von den Siegern geschenkt, und die westlichen Alliierten haben nach den Nürnberger Prozessen darauf verzichtet die Entnazifizierung flächendeckend durchzusetzen. Adenauer sah im Kanzleramt über die Vergangenheit vieler Spitzenbeamter hinweg. 20 Jahre später sollte das eine ganze Generation moralingesäuertes Studenten, die nur wegen der Gnade der späten Geburt von der Hitlerjugend verschont geblieben waren, dazu erheben, sich über die teils tatsächliche und teils vermeintliche Schuld der Väter zu echauffieren. Dies war die Keimzelle der „Roten Armee Fraktion“, gegen Sachen wurde als erstes salonfähig. Kaufhäuser und Springer waren die ersten Ziele.

Die Geschichte der RAF ist keine Geschichte voller Missverständnisse, sondern eine der Bereitschaft des „linken“ und später auch des grünen Establishments Gewalt als Instrument der politischen Auseinandersetzung auf dem „Marsch durch die Institutionen“, den einst Rudi Dutschke ausgerufen hatte, einzusetzen und zu akzeptieren. Doch das kommt in den öffentlich-rechtlichen Endlosschleifen bei Guido Knops „History“-TV nicht vor und begründet auch die Tolerierung des Terrors als politische Waffe der „Palästinenser“. Denn es ist ein ordentlicher schwarzer Fleck auf der Weste des „links-grünen“ Establishments von Joschka Fischer bis Jürgen Trittin, in dessen Heimatstadt Göttingen sich „klammheimliche Freude“ über das Attentat auf den höchsten Repräsentanten des Rechtsstaates, den Generalbundesanwalt Siegfried Buback breitmachte. Der damalige Student und spätere Deutschlehrer Klaus Hülbrock bekannte sich 2001 zu einem Text in der AStA-Zeitung, in dem es wortwörtlich hieß:

„Meine unmittelbare Reaktion, meine Betroffenheit nach dem Abschuss von Buback ist schnell geschildert. Ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen.“

Neben Buback war übrigens auch dessen Fahrer Wolfgang Göbel und der



Mitglieder der GSG 9 des BGS auf dem Flughafen Köln/Bonn beim Verlassen der Lufthansa-Sondermaschine „Stuttgart“ am 18. Oktober 1977

Leiter der Fahrbereitschaft der Bundesanwaltschaft, Georg Wurster, am 7. April 1977 in dessen Auto ermordet worden. Anschließend ging es Schlag auf Schlag. Am 30. Juli 1977 fiel der Vorstandssprecher der Dresdner Bank AG, Jürgen Ponto, den revolutionierenden Bürgerkindern zum Opfer. Die „Rote Armee Fraktion“ hatte ihn entführen wollen, um die in Stammheim einsitzenden Terroristen freizupressen. Das hatte 1975 schon einmal funktioniert als der eher proletarische Arm des „linken“ Terrors, die „Bewegung 2. Juni“ den Berliner CDU-Chef Peter Lorenz kidnappte und im Gegenzug gegen seine Freilassung sechs verurteilte Terroristen in den Südjemen ausgeflogen wurden, die samt und sonders wieder terroristisch tätig wurden.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte den Staat auch auf Druck seines Nachfolgers erpressbar gemacht. Dass Schmidt seinen Irrtum erkannte, ehrt ihn und hatte doch furchtbare Konsequenzen. Keine zwei Monate nach der Lorenz-Entführung griff die RAF die deutsche Botschaft in Stockholm an und nahm 12 Geiseln, um weitere 26 Verbrecher freizupressen. Schmidt blieb hart, zwei Geiseln starben, ein Terrorist stolperte dilettantisch über die Elektrozündung einer Sprengladung, die er auf diese Weise auslöste. Das kostete zwei Verbrecher das Leben.

Der damals beteiligte Mörder Bernhard Rössner äußerte noch 1994, dass er keine Reue empfinde. Clais von Mirbach, der Sohn des getöteten Militär-Attachés Oberstleutnant Andreas von Mirbach, reagierte darauf: „Ich wünschte mir aber, dass die Öffentlichkeit solchen Selbstverklärungen und Verharmlosungen entschiedener entgegentritt. Rechtsradikalen Tätern ließ man derlei aus gutem Grund nicht durchgehen. Linksradikale umweht eine nicht gerechtfertigte Aura der Nachsicht und des Verständnisses.“

Tatsächlich schwamm der „linke“ Terror auf einer Woge der Sympathie in der 68er-Szene, die die Verbrecher zu

Opfern eines rigorosen Polizeistaates stilisierten, der sie etwa mit „Isolationshaff“ und mit Einschränkungen der bürgerlichen Rechte drangsalierte. Der damalige Bundesinnenminister Werner Maihofer forderte eine

„Dissolidarisierungskampagne gegen die ganz erhebliche Unterstützer- oder jedenfalls Sympathisantenzone der RAF. Das ist das Wasser, in dem diese Fische schwimmen. Weiterhin schwimmen sie auch im Wasser einer Schickeria, die in der Tat die Grenzen nicht so klar zieht.“

Der Hauch der „intellektuellen Mörder“ umweht die Terroristen und führte dazu, dass weite Teile der Öffentlichkeit die Opfer bedauerten, ohne die Täter zu verurteilen. Das Phänomen ist Teil der DNS der „linksgrünen“ Szene und trägt viele klangvolle Namen, die in der darauffolgenden Geschichte eine Rolle spielen. Die „grüne“ Ikone Hans-Christian Ströbele – bis 2017 Mitglied des Bundestages und des parlamentarischen Kontrollgremiums – wurde 1975 wegen Missbrauchs der Anwaltsprivilegien vom Stammheim-Prozess ausgeschlossen und 1982 wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung verurteilt, weil er mit anderen RAF-Anwälten ein illegales Informationssystem aufgebaut hatte, das den bereits inhaftierten Terroristen aus dem Gefängnis hinaus die Kommunikation ermöglichte. Zur Szene der RAF-Anwälte gehörte auch Otto Schily, der schon Gudrun Ensslin 1968 verteidigte, als die ihre Sozialisation als Terroristin mit Kaufhausbrandstiftungen begann. Schily gab dann später als Bundesinnenminister den Hardliner.

Erste zarte Bande zwischen APO und PLO

Neben der Tatsache, dass der Zeitgeist des Herbstes 1977 den wehrhaften Rechtsstaat als Repressor stilisierte, machte die RAF durch das Bündnis mit dem „palästinensisch“ genannten arabischen Terror den Antisemitismus unter den „Linken“ salonfähig. 2001 berich-

tete der „Spiegel“, die Ikone der außerparlamentarischen Opposition und der spätere Grünen-Frontmann Joschka Fischer habe schon 1969 in Algier an einer Konferenz der PLO teilgenommen, auf der Jassir Arafat den Endsieg gegen Israel ausrief und Sympathisanten gewinnen wollte, die in der westlichen Welt seine Terrorstrategie unterstützten. Damit war die Verbindung zwischen PLO und APO geknüpft, die sich die RAF später zunutze machte. Arafat und später die „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ kooperierten auch mit den „Revolutionären Zellen“, einer weiteren westlichen Terrororganisation. Man besuchte gemeinsam Trainingscamps im arabischen Raum und die RAF erhielt Waffen und logistische Unterstützung.

Der RAF-Terrorist Peter-Jürgen Boock behauptete 2002 gegenüber dem „Spiegel“, die RAF wäre ohne Unterstützung der „Palästinenser“ gar nicht mehr handlungsfähig gewesen. Die deutschen Terroristen Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann von den „Revolutionären Zellen“ nahmen 1976 an der Entführung einer „Air France“-Maschine ins ugandische Entebbe teil, bei der sie pikanterweise die „Selektion“ der jüdischen und israelischen Passagiere durchführten. Beide kamen bei der „Operation Entebbe“ neben drei Geiseln und dem Bruder des heutigen israelischen Ministerpräsidenten ums Leben. Die Israelis konnten 102 Geiseln befreien.

Die PFLP revanchierte sich bei den deutschen Kumpanen 1977 mit der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ auf dem Flug von Palma de Mallorca nach Frankfurt, nachdem der Bundeskanzler Schmidt keine Anstalten machte, auf die Geiselnahme Hans-Martin Schleyers mit der von der RAF geforderten Freilassung von 11 RAF-Terroristen der ersten Generation zu reagieren. Mindestens 86 Passagiere waren fast fünf Tage in der Hand der Terroristen, der Kapitän Jürgen Schumann wurde erschossen. Die Befreiung der Maschine glich wie eine Blaupause der israelischen Aktion ein Jahr früher und die Rettung der Geiseln war gleichzeitig das Todesurteil für Schleyer, der kurz darauf im Elsass ermordet wurde. Drei Terroristen verübten kollektiven Selbstmord. Die Sympathisanten der RAF haben oft behauptet der Staat habe die Inhaftierten hingerichtet. Ein Beweis dafür ließ sich nie finden.

Angesichts des islamischen Terrors erscheinen die 33 Todesopfer der RAF heute geradezu bescheiden. Aber ihre Gewalttaten fielen in der jungen Bundesrepublik auf fruchtbaren Boden in einer bigotten Generation, die ihre Eltern für die Taten des Nationalsozialismus verurteilten ohne sich auf ihrem moralisch hohen Roß zu fragen, wie sie selbst sich in der NS-Zeit verhalten hätten.

In Wahrheit waren die 68er Mitläufer, die sich nicht einmal vom RAF-Terrorismus distanzieren. Sie haben in der „linken“ Szene darüber hinaus den Antisemitismus und den „palästinensischen“ Terror hoffähig gemacht, indem sie sich von beidem nicht entschlossen distanzieren. Es erklärt die noch heute andauernde „linke“ Ignoranz gegenüber dem arabischen Terror, der im Deutschen Herbst 1977 ordentlich befeuert wurde.

Das Israelbild in deutschen Medien

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft kämpft für eine gerechtere Berichterstattung über Israel

Von Dr. Nikoline Hansen

Dass das Israelbild in den deutschen Medien selten ausgewogen ist, erkennt jeder, der sich mit Israel und dem Nahostkonflikt auseinandergesetzt hat. Insbesondere im öffentlich-rechtlichen Bereich besteht ein akuter Handlungsbedarf, wie zuletzt der Umgang mit der Dokumentation über Antisemitismus in Europa zeigte, bei der – nachdem man sich zur Ausstrahlung gezwungen sah – der Versuch unternommen wurde, den Zuschauer mit einem sehr fragwürdigen „Faktencheck“ zu entmündigen.

Wenn es um Israel geht, folgt die Berichterstattung immer dem beliebten Denkmuster: Israel ist ein Apartheidstaat, der „palästinensisches“ Land besetzt hält und die armen Einwohner von Gaza unter unwürdigen Bedingungen gefangen hält. Bebildert werden derartige Berichte mit steinwerfenden Kindern, die israelischen Soldaten und Panzern gegenüberstehen – ein beliebtes Motiv, das von „palästinensischer“ Seite gerne immer wieder inszeniert wird. Viele Menschen hinterfragen diese Art der Berichterstattung nicht, da sie seit Jahrzehnten daran gewöhnt sind und die „palästinensische“ Propaganda die komplexe Thematik scheinbar schlüssig darstellt.

Deshalb war es der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) e.V. ein Anliegen, sich mit dem Thema zu befassen und Journalisten zu einer Podiumsdiskussion einzuladen, um darüber zu reden wie die Berichterstattung gegebenenfalls verbessert werden kann. Das Podium im Kleinen Sendesaal im Haus des Rundfunks war hochkarätig besetzt und diskutierte nach einem Impulsreferat des DIG-Präsidiumsmitglieds und Journalisten Daniel Killy unter der Moderation von Reinhard Borgmann, Leiter politische Magazine des rbb (Kontraste).

Illustre Diskussionsrunde

Killy führte in seinem Impulsreferat besonders eklatante Beispiele an und stellte fest, dass regelmäßig die gleichen Bilder verwendet würden, die auch mithilfe der Wortwahl und eines tiefgehenden Verständnisses für die Täter die Tatsachen auf den Kopf stellen. Zur Lösung des Problems schlug er vor, man möge eine Art LTI nach dem Vorbild Klemperers für die Israelberichterstattung entwickeln, um derartige Verzerrungen künftig besser entgegenwirken zu können. Dieser Vorschlag stieß auf wenig Gegenliebe, auch wenn Michael Wolffsohn etwa sehr deutlich hervorhob, dass eines der Probleme die feindselige Einstellung gegenüber Israel in der Berichterstattung sei. Dabei führte er einige Entgleisungen an, die er aus der Berichterstattung von „Spiegel Online“ zitierte.

Rainald Becker, ARD-Chefredakteur stellte fest, es ginge bei der Berichterstattung nicht darum Israel anzuklagen, es handele sich lediglich um Beschreibungen, die so empfunden würden und „das Leben in Gaza ist nicht schön“ – das mag dem einen oder anderen nicht gefallen, aber das sei immer so. Sodann beklagte er sich darüber, dass den Medien die Schuld am Erstarken der AfD gegeben würde und er plädierte dafür, das vielfältige Gesamtangebot zu betrachten. Immer-



Professor Wolffsohn kämpft für Fairness gegenüber Israel.

hin gab er zu: „Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler“. Nun ist das sicher richtig, allerdings stellt sich die Frage, weshalb die Fehler in der Berichterstattung über Israel für Kenner der Materie so augenfällig sind, und weshalb das in den Redaktionen nicht auffällt.

Vielleicht liegt das an einem Unterschied in der Herangehensweise: Denn ob man sich tatsächlich an etwas orientiert, also einen Standpunkt mit Leben füllt oder ihn lediglich zitieren kann, macht einen großen Unterschied. Exemplarisch für eine weitgehend positive Berichterstattung, wenn es um Israel und den Nahostkonflikt geht,

das inzwischen sogar im neuen Duden Einzug gehalten hat: für kein anderes Land existiert ein Wort, nur „israelkritisch“ existiert dort als Wort, nicht aber „russlandkritisch“. Bei der Lust an Eskalation und Entgleisung, wie Wolffsohn es ausdrückte, zeige sich der doppelte Standard, der sich in der medialen Ungleichbehandlung gegenüber anderen Ländern ausdrücke – eines der „drei D“, deren Definition die Journalisten von Wolffsohn erbat:

Delegitimierung des Existenzrechts, Dämonisierung als Besatzungsregime, doppelter Maßstab und Diskriminierung. Birgit Wentzien beklagte

gebe es in weiten Teilen des Landes ein freundschaftliches Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion – etwas, über das nicht berichtet wird.

Die „Nahostexperten“

In der anschließenden Diskussion wurde auch die Frage der sogenannten „Nahostexperten“ erläutert, die immer wieder zu Wort kommen und die gleiche einseitige Sichtweise präsentieren. Es handele sich stets um Regierungskritiker, die zu Rate gezogen würden. Becker erwiderte darauf, das Problem mit Experten sei: „Erstens gibt es zu viele und zweitens sind die meisten keine.“ Und: „Nicht jeder Experte ist ein Glücksgriff“.

Aufgeworfen wurde auch die Problematik der freien Journalisten, die Berichte aus Gaza liefern. Im Gegensatz zu Israel ist die Berichterstattung in Gaza strikt reglementiert; wenn ein Journalist nicht im Sinne der Regierung berichtet, darf er nicht mehr einreisen und ist damit seinen Job los – ein Problem, das bei der Übernahme der Berichterstattung gerne außer Acht gelassen wird. Besonders eklatant war dies in dem „Bericht“ der Tagesschau über Wassermangel in Gaza, wo schlichtweg auf die Faktenprüfung oder Anhörung der anderen Seite verzichtet wurde.

Trotz aller Probleme plädierte Reichelt gegen eine Reglementierung in der Berichterstattung über Israel, er bezog sich auf das Grundgesetz und stellte fest, dass ein gesellschaftlicher Prozess stattfinden müsse, der durch vielfältige Medien in einer funktionierenden Demokratie in Gang kommen könne. So war die Diskussion ein guter Anfang, um eine Sensibilisierung für das Thema zu erreichen. Und es wird die Aufgabe der Deutsch-Israelischen Gesellschaft bleiben, der „Israelkritik“ in den deutschen Medien weiter entschieden kritisch entgegenzutreten.

„Das Problem mit Experten: „Erstens gibt es zu viele und zweitens sind die meisten keine.“

saß Julian Reichelt, Vorsitzender der Bild-Chefredaktionen, auf dem Podium, der darauf hinwies, dass Springer die Grundsätze der Israelberichterstattung in seinen hausinternen Statuten festgeschrieben habe. Zitieren könne er sie aus dem Kopf nicht, aber er versicherte glaubhaft, dass er nach diesen Grundsätzen leben würde. Kollegin Birgit Wentzien, Chefredakteurin beim Deutschlandfunk sprang ein, sie hatte die Statuten dabei und verlas sie. Reichelt bekräftigte, dass Antisemitismus für ihn Antimenschlichkeit sei, eine tatsächlich mangelnde Empathie für das Existenzrecht Israels, das ja so oft als Staatsräson zitiert wird. Wenn es um die Berichterstattung gehe, würden die israelischen Soldaten allerdings selten als Verteidiger gesehen, die sich einem Überlebenskampf stellen. Wenn über Bangladesch oder Gaza berichtet werde, geschehe dies mit Empathie, wenn es um Israel gehe sei die Berichterstattung kritisch und antimenschlich.

Es ist dies tatsächlich ein Phänomen,

solche bewussten Tabubrüche und Entgleisungen im Hinblick auf die Israelberichterstattung und entgegnete auf Wolffsohns Frage, wie solche Berichte durchgelassen werden könnten, mit der Bemerkung „Es war schwierig und ist nicht gut gegangen.“ Wolffsohn plädierte für eine Entideologisierung und empfahl, über den „israelischen Teller“ hinaus die gesamte Nahostregion in den Blick zu nehmen, denn oftmals entstünden verzerrte Bilder durch mangelndes Wissen.

Becker beklagte die schlechte schulische Bildung und damit fehlende Allgemeinbildung bei angehenden Journalisten, es gebe erschreckende und wachsende Defizite.

Killy verwies darauf, dass es wichtig sei eine Sensibilität für die verwendete Sprache und manipulierte Fotos zu entwickeln. Das in den deutschen Medien präsentierte Bild von Israel habe dazu geführt, dass eine große Mehrheit der deutschen Gesellschaft glaube, es sei gefährlich nach Israel zu reisen. Dabei

Nach dem Terroranschlag von Har Adar ist Israel entsetzt und verunsichert

Der Terrorist war eigentlich als Freund der Juden angesehen und man vertraute ihm

Von Ulrich W. Sahn

Der schwere Anschlag in Har Adar am 26. September 2017 mit drei ermordeten Sicherheitsleuten sowie einem getöteten „palästinensischen“ Angreifer hat in Israel Verunsicherung hervorgerufen.

Der Terrorist Namir Mahmoud, 37, Vater von 4 Kindern, dessen Frau vor 4 Monaten zu ihren Eltern nach Jordanien geflohen ist, war bei vielen Familien Har Adar in der Siedlung bestens und positiv bekannt. Er arbeitete in mehreren Wohnungen als Raumpfleger und Installateur. Nach dem Anschlag erzählten Bewohner über das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Sie wussten sogar über dessen familiäre Probleme Bescheid. Umso mehr bestürzte die Tatsache, dass ausgerechnet ein „Palästinenser“, mit dem es gute persönliche Beziehungen gab und dem sie vertrauensvoll ihren Hausschlüssel überließen, ein Massaker anrichten wollte, weil er „persönliche Probleme“ hatte.

Mahmoud passte allein deshalb in keines der bisher üblichen und bekannten „Profile“ „palästinensischer“ Terroristen und auch nicht der „einsamen Wölfe“. Viele meist junge Menschen sind nach Streit in ihrer Familie mit einem Küchenmesser losgezogen, um „Juden“ zu ermorden. Die identifizierten sie anhand ihrer Kleidung als orthodoxe Juden oder anhand ihrer Uniform als israelische Sicherheitsleute oder Grenzschützer. Grundsätzlich mordeten sie willkürlich, kannten also ihre Opfer nicht. Da auch Drusen oder Araber als Sicherheitsleute dienen, wurden so auch Nicht-Juden zu Opfern der Terroristen. Ein typisches Beispiel sind die beiden drusischen Grenzschützer, die an einem Eingangstor zum Tempelberg ermordet worden sind, was dann die jüngsten Tempelbergunruhen auslöste.

Der Anschlag in Har Adar fiel auch noch aus anderen Gründen aus den bekannten Rahmen. So war der Terrorist aus dem „friedlichen“ Nachbardorf Inhaber eines Ausweises mit der Berechtigung, in Israel oder in Siedlungen zu arbeiten. Mehr als 70.000 „Palästinenser“ besitzen solche von den israelischen Sicherheitskräften ausgegebenen



Trauernde israelische Soldaten

Magnetkarten. Damit können sie alltäglich und zügig die Grenzkontrollen passieren. Alle sind sicherheitsgeprüft und stellen deshalb grundsätzlich keine Gefahr dar. Da sie täglich die Kontrollpunkte überqueren, kennen sie teilweise auch persönlich die Sicherheitsleute. Bisher hieß es, dass es „noch nie“ Terrorangriffe von solchen genehmigten Arbeitnehmern gegeben habe. Die Terroristen seien ohne Ausweis und „illegale“ nach Israel gekommen.

gal“ nach Israel gekommen.

Am Dienstag kam Mahmoud mit einer Gruppe solcher Tagelöhner. Er war der letzte. Die Sicherheitsleute kannten ihn und hätten ihn durchgewunken. Aber er fiel auf, weil er an dem heißen Tag eine dicke Jacke trug. Er wurde gestoppt und aufgefordert, seine Jacke zu öffnen. In dem Augenblick zückte er eine Pistole und gab 8 Schüsse ab. Drei Wächter starben sofort und ein weiterer

wurde schwer verletzt. Andere Grenzschützer erschossen den Angreifer.

Geprüft wird jetzt, wie er in den Besitz der Pistole gelangt ist. Es handelt sich um eine vor vielen Jahren gestohlene Schusswaffe aus Beständen der israelischen Armee und nicht um ein in Heimarbeit gebasteltes Schussgerät. Im Westjordanland wie auch in arabischen Dörfern in Israel sind Schusswaffen verbreitet und leicht verfügbar. In diesem Fall prüfen die Ermittler, woher Mahmoud die Pistole hatte. Offenbar war sein Anschlag von langer Hand im Voraus geplant gewesen.

Das Vertrauen in „Palästinenser“ mit Arbeitsbewilligung ist jetzt erschüttert worden. Aber niemand wagt, einen völligen Einreisestopp für die Tagelöhner vorzuschlagen, weil das für die israelische wie für die „palästinensische“ Wirtschaft ein kostspieliger Einschnitt wäre.

Vorerst wurde nur in dem Dorf Beth Zurif, aus dem Mahmoud kam, eine Sperre verhängt, auch um die Ermittlungen bei Familienangehörigen und Freunden des Mannes zu ermöglichen. Ebenso dürfen „Palästinenser“ vorerst nicht zur Arbeit in Har Adar kommen. Gemäß Medienberichten bereitet sich die Armee darauf vor, das Wohnhaus des Terroristen zu zerstören.

Verteidigungsminister Avigdor Lieberman schlug am Dienstag vor, zwecks Abschreckung, in Israel die Todesstrafe einzuführen. Dem widersprach Gilad Erdan, der Minister für innere Sicherheit. Für einen Terroristen, der schon einen Abschiedsbrief hinterlassen hat und mit der Gewissheit komme, selber zu sterben, sei die Todesstrafe bedeutungslos.

Wegen den sehr ungewöhnlichen Umständen dieses Terroranschlags hatten die Israelis eine klare Verurteilung dieses dreifachen Mordes von Seiten der „palästinensischen“ Autonomiebehörde erwartet. Doch die blieb aus und bei der Hamas im Gazastreifen wurde Mahmoud sogar als „Held“ bezeichnet und gefeiert.

Israelische Sprecher sagten im Rundfunk, dass sie die gesamte private „schmutzige Wäsche“ des Täters ermitteln und veröffentlichen wollten, darunter Gewalt und die Flucht seiner Frau nach Jordanien. Es sei daher klar, dass er nicht aus „nationalistischen“ Motiven heraus gehandelt habe, sondern als verachtenswerter Gewalttäter.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum.

Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung! Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark. Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Niemand nimmt so viel Rücksicht auf seine Feinde wie Israel

Moral und Ethik der IDF – oder was Sie aus unserer Presse nicht über die israelische Armee erfahren

Von Redaktion Audiatur

Professor Benjamin Ish-Shalom ist Gründer und Präsident von Beit Morasha, dem „Center for Advanced Judaic Studies and Leadership“ in Jerusalem. Auf Anfrage des ehemaligen Generalstabschefs Mosche Jaalon evaluierte er 2002 die damalige Wertevermittlung der IDF (Israel Defense Force) und entwarf ein Qualifizierungskonzept samt laufendem Ausbildungsprogramm, das er „Identity and Purpose“ nannte. Neben der gezielten Wertevermittlung fördert das Programm auch die Identitätsstärkung der Soldaten und steigert Respekt und Toleranz innerhalb der Armee.

Audiatur-Online sprach mit Professor Ish-Shalom ausführlich über das Programm und über die speziellen Herausforderungen, denen sich die IDF stellen muss.

Audiatur-Online: Wer ist eigentlich der israelische Soldat?

Professor Benjamin Ish-Shalom: Er oder sie ist in Israel geboren oder vom Ausland eingewandert; hat Vorfahren, die aus aller Herren Länder – von Äthiopien, Marokko, Iran, Irak, Jemen aber auch den USA, Deutschland, Russland und der Schweiz – immigriert oder bereits seit Generationen in Israel ansässig sind; ist religiös oder säkular; Stadtmensch oder Kibbuznik; Kapitalist oder Sozialist. Die Soldaten sind jüdische und arabische Israelis, Drusen, Christen, Atheisten; manche haben das Gymnasium abgeschlossen, andere nicht. Sie interessieren sich für Sport, Musik oder Kunst – und sind mehrheitlich „Tech-affin“. Kurz, es sind 18 oder 19 Jahre junge Frauen und Männer aus den verschiedensten Milieus, die mindestens drei Jahre (bei Frauen mindestens zwei Jahre) ihres Lebens der Verteidigung ihres Heimatlandes widmen.

Was sind die typischen Aufgaben in der IDF?

Allen voran ist die IDF für die Verteidigung des Landes und den Schutz der Zivilbevölkerung verantwortlich. Einzelne Aufgaben werden den jeweiligen Einheiten, sprich Kampf- und Panzereinheiten, Marine, Luftstreitkraft, Kommando, Logistik, Technologie, Nachrichtendienst und Auslandskoordination, zugeteilt.

Was sind die Besonderheiten, die in der IDF bewältigt werden müssen?

Es sind eine Menge besondere Herausforderungen! Allerdings sind vier besonders hervorzuheben:

Erstens: der neue Feind. Früher standen sich zwei Armeen auf dem Kampffeld gegenüber. Der Feind war auf der anderen Seite. Jetzt ist er Teil der Zivilbevölkerung, versteckt sich in ihr. Der Feind besteht nicht aus einer regulären Armee.

Zweitens: das neue Ziel des Feindes. Er will nicht die Armee, sondern vor allem die Zivilbevölkerung in Cafés, Restaurants und öffentlichen Verkehrsmitteln in Tel Aviv, Haifa, Be'er Schewa und Jerusalem treffen. Er schießt Raketen aus Gaza und aus dem Libanon auf israelische Dörfer.

Drittens: die heterogene, „palästinensische“ Zivilbevölkerung. Sie besteht aus Unbeteiligten, Unschuldigen, passiven und aktiven Unterstützern, sowie aus Menschen, die gegen ihren Willen zur Terroristenbeihilfe gezwungen werden.

Und viertens: eine doppelte Asymmetrie, die sowohl strukturell als auch ethisch zum Ausdruck kommt.

Die IDF operiert im Auftrag eines demo-

kratischen Staates und ist an eine strenge Gesetzgebung gebunden. Wenn ein Soldat sich nicht daran hält, kommt er vor das Militärgericht. Der Terrorist dagegen agiert zumeist im Auftrag und mit Hilfe von Terrororganisationen, wie Hamas, Hisbollah, ISIS und Al Kaida. Er wird für Menschenrechtsverletzungen nicht zur Rechenschaft gezogen.

Auch ethisch herrscht ein Ungleichgewicht. Der Feind zielt auf Zivilisten, die IDF auf Terroristen. Auch die IDF trifft manchmal Zivilisten, allerdings nie mit Absicht, es wird immer beklagt und wo immer möglich wird es vermieden. Die israelische Armee zügelt das eigene Kampfpotenzial, um Unschuldige zu schützen; ihr Feind nutzt alle Möglichkeiten, um Unschuldige zu töten.

Wie sieht das Ungleichgewicht in der Praxis aus?

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. An der Grenze zwischen der Westbank und Kfar Saba steht ein Checkpoint. Er soll verhindern, dass Terroristen nach Israel gelangen. Jeder Passant wird überprüft, „Palästinenser“ müssen oft lange warten. Zuweilen kommt eine Ambulanz vorbei, die eine Frau mit Wehen in ein israelisches Krankenhaus befördern soll. Früher wäre sie einfach durchgewinkt worden. Seit solche Fahrzeuge aber für Bombenanschläge missbraucht wurden, und die Schwangere mit Babybauch sich als Terrorist mit Explosivgürtel entpuppte, ist das nicht mehr der Fall.

Nun stellen Sie sich einen 18- oder 19-jährigen Soldaten vor, der eine solche Ambulanz untersuchen muss. Er hat Angst, denn die Kontrolle selbst kann bereits lebensgefährlich sein. Der „Palästinenser“ im Fahrzeug hat auch Angst – jedenfalls sofern er kein Terrorist ist! Das ist die Tragik, die es gilt für beide Seiten zu mildern. Die IDF investiert viel, um ihren Soldaten beizubringen, wie sie solchen Situationen ethisch aber auch effektiv begegnen. Heute wechseln „palästinensische“ Patienten am Checkpoint in eine israelische Ambulanz über und werden von dieser weiter transportiert. Zum Schutz für unser Leben lässt man die „palästinensische“ Ambulanz nicht mehr in israelisches Gebiet, und zum Schutz des „palästinensischen“ Patienten sorgen wir für eine israelische Ambulanz. Wir tun alles Mögliche um Leben zu schützen, Leiden von Menschen zu minimieren und unsere SoldatInnen dazu auszubilden, wie man sich in solchen komplexen Situationen ethisch verhält, wobei die Soldaten selber Opfer dieser Situation sind.

Terroristen missbrauchen also die humanitäre Hilfe der Israelis und schaden dabei ihren eigenen Leuten, weil die Kontrollen die Weiterfahrt verzögert?

Genau. Aber es geht noch viel weiter. Die Grenzkontrollen, die ohne Terror ja nicht nötig wären, und die daraus resultierenden Verzögerungen werden von „palästinensischer“ Seite im Propagandakrieg gegen Israel ausgenutzt, um der Welt vorzugaukeln, Israelis seien herzlos und unmenschlich.

Das ethische Ungleichgewicht kostet so manchen Israelis das Leben.

Ja, leider. Ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit: Eine Fallschirmjäger-Spezialeinheit hatte einen Hinweis über den aktuellen Aufenthaltsort einer Gruppe überführter Terroristen erhalten. Die Soldaten umzingelten das besagte Wohnhaus. Allerdings befanden sich dort auch Zivilisten. Anstatt zu schießen, forderten



Armeeinghörige am Bett eines Verwundeten.

die Soldaten die Terroristen deshalb protokollgemäß per Lautsprecher auf herauszukommen und sich zu ergeben. Die Terroristen, die sich bewusst bei Zivilisten versteckt hatten, begannen indessen vom Haus aus zu schießen und töteten Dan Talasnikov, ein Mitglied der Spezialeinheit. Die Operation misslang; die Terroristen konnten fliehen.

Im Jahr darauf wurde die besagte Spezialeinheit wieder mit einer ganz ähnlichen Situation konfrontiert. Die Terroristen hatten sich abermals in einem Privathaus verschant, und der Kommandant erhielt den Befehl, sie zu fassen. Was tun? Jetzt kannte er seine Feinde und wusste, wozu sie fähig waren. Sollte er sie, ohne Vorwarnung, angreifen und unschädlich machen, oder sollte er, zum Schutz der Zivilisten, abermals zum Megaphon greifen. Er entschloss sich zu Zweiterem. Kurz darauf öffnete sich tatsächlich die Tür, und eine Frau mit einem Baby im Arm und drei weiteren Kindern kam heraus. Plötzlich tauchten aber hinter dem Rücken der Frau auch Terroristen auf und begannen, zu schießen. Glücklicherweise hatte der Kommandant vorgesorgt und Scharfschützen mitgebracht. Sie konnten die Terroristen neutralisieren; Frau und Kinder blieben unverletzt. Auf israelischer Seite gab es Verletzte.

Das muss ein sehr schwieriges Dilemma für den jungen Kommandanten gewesen sein.

Ja, absolut. Auf der einen Seite steht ein 22-jähriger Kommandant, dessen Soldat ein Jahr zuvor von Terroristen ermordet wurde. Trotzdem wägt er seine Handlungen ab, hält sich an hohe ethische Standards, will Unschuldige schützen. Auf der anderen Seite, stehen Terroristen, die bereit sind ihre Frauen und Kinder zu opfern, um sich zu schützen und ihre Gegner hinterhältig zu töten. Das ist die Asymmetrie, von der ich spreche, und es bestimmt nicht nur unseren physischen Existenzkampf, sondern auch den Propaganda-Krieg in den Medien.

Als Mutter eines israelischen Soldaten, wäre ich über diese hohen moralischen Maßstäbe nicht sehr glücklich. Mein Sohn könnte mit seinem Leben bezahlen, weil er Frau und Kinder des Feindes schützt, die

jener zynisch als menschliche Schutzschilde missbraucht?

Darüber diskutieren wir viel. Ist es moralisch vertretbar, das Leben des Feindes dem Leben des eigenen Soldaten vorzuziehen? Warum? Ist der Soldat kein Mensch? Hat er als 20-Jähriger keine Träume, Familie, Hoffnung, hat er nicht sein ganzes Leben vor sich? Wir sind der Ansicht: Ja, ein Soldat ist auch ein Mensch.

Geben Sie uns bitte weitere Beispiele von ethischen Dilemmata von israelischen Soldaten.

Vorher habe ich ein Beispiel von Fußsoldaten gegeben, aber ich gebe Ihnen hier ein Beispiel aus dem Dienst eines Piloten, der Information erhält, dass sich ein Megaterrorist in einem Haus in Gaza versteckt. Man hatte schon mehrmals versucht, diesen zu fassen, aber ohne Erfolg. Und dieser Terrorist ist der Anführer von Dutzenden von anderen Terroristen, die in Israel Attentate ausüben. Wenn eine Bombe fallen gelassen wird, so wird auch Kollateralschaden angerichtet werden. Andere Menschen werden auch sterben. Soll er es tun oder nicht? Wir wissen, dass dieser Terrorist Dutzende von unschuldigen Israelis ermordet hat, und weitere Anschläge organisieren wird – es tun oder nicht?

In der Realität wurden solche Operationen oft abgebrochen, da man wusste, dass sich am gleichen Ort zwanzig Zivilisten befanden.

Es kam auch vor, dass Zivilisten getroffen wurden. Aber dies ist absolut nie die Absicht, und wird vermieden wann immer möglich.

Eine andere Situation: ein Terrorist fährt im Auto und er soll mit einer Rakete getroffen werden. Plötzlich finden wir heraus, dass mit ihm seine Frau und Kinder im Auto sind. Was tun? Solche Dilemmata haben wir die ganze Zeit! Auch in solchen Fällen werden die Operationen oft abgebrochen, auch wenn ein Archeterrorist hätte außer Gefecht gesetzt werden können.

Manchmal bestimmt die Zahl der Umstehenden, ob die Operation ausgeführt wird oder nicht. Bei 50 nicht, bei 20 nicht, usw. Aber man muss sich bewusst sein, dass wenn dieser Terrorist nicht getötet wird, durch ihn weiterhin viele Zivilisten

getötet werden – und zwar, weil wir auf das Leben seiner Familie oder Freunde Rücksicht genommen haben.

Warum also hält die IDF an ihren hohen moralischen Maßstäben fest?

Weil die Aufgabe eines Soldaten nicht nur daraus besteht, Heimat und Kameraden zu verteidigen. Er muss auch Mensch sein und nach dem Ende seines Militärdienstes in den Spiegel schauen können und sich sagen: Ich war in Ordnung. Ich habe mich nicht in einen Unmenschen verwandelt. Das ist uns ein großes Anliegen und für unsere Soldaten sowie für unsere Gesellschaft von existentieller Bedeutung.

Sie haben das Konzept „Identity and Purpose“ entwickelt. Wie kam es dazu?

2002 bat mich der damalige Generalstabchef Mosche „Bogie“ Jaalon die Wertevermittlung in der Armee zu evaluieren, Möglichkeiten zur Verbesserung aufzudecken und ein pädagogisches Programm zu entwickeln. Mein Team und ich entwarfen daraufhin „Identity and Purpose“, ein Konzept, das in der ganzen Armee als Grundlage für die qualifizierte Wertevermittlung dient. Seither entwickeln wir stetig weitere Ausbildungsprogramme, die sich mit den Themen Identität und Kultur, sowie Moral und Ethik beschäftigen.

Warum sind solche Ausbildungsprogramme wichtig?

Israelische Soldaten kommen wie eingangs erwähnt aus ganz unterschiedlichen Ursprungsländern und Kulturen, was ihre ethische und moralische Haltung bestimmt. Diese diversen ethischen Vorstellungen stimmen nicht immer mit denen der Armee überein. Der Soldat muss also lernen, seine als selbstverständlich von zu Hause mitgebrachte moralische Vorstellung der Gemeinschaft zuliebe unterzuordnen und zu ändern – das stellt ihn vor ganz neue Herausforderungen.

Die Soldaten müssen Verantwortung übernehmen, sich engagieren aber auch fähig sein, ihre instinktiven Handlungsimpulse zu zügeln und neue moralische Wertevorstellungen zu verinnerlichen. Und sie müssen bereit sein, ihr Leben für das Land zu riskieren. Eine Armee, die derartige Ansprüche an junge Menschen stellt, muss ihnen dazu auch die erforderlichen Werkzeuge zur Bewältigung geben. So wird der Militärdienst zu einer Art Lebensschule, die die Persönlichkeit des Soldaten langfristig mitprägt.

Im Falle des Soldaten Elor Azaria, der auf einen am Boden liegenden, bewegungslosen Terroristen schoss, scheint das Programm nicht funktioniert zu haben. Wie reagierte die Armee darauf?

Der Zwischenfall und die daraus resultierende öffentliche Kontroverse unterstreichen die akuten moralischen Dilemmata, mit denen IDF-Offiziere und Soldaten jeden Tag zu kämpfen haben. Aber er zeigte auch deutlich die Zentralität der Frage, die am Grunde solcher Dilemmata liegt: das Zusammenspiel von Werten und Identität.

Die Armee war über diesen Fall zutiefst besorgt und wandte sich hilflos an das Beit Morasha. Wir erstellten daraufhin für Kadetten der Unteroffiziersschule ein Programm, das wir „Desert Journey“ nannten. Ein viertägiges Programm, in welchem die angehenden Offiziere durch Selbsterfahrung und Gruppendynamik sich mit ihrem eigenen moralischen Kompass auseinandersetzen müssen, um danach die moralischen Standards der Armee in einem schwierigen Prozess kennenzulernen und zu verinnerlichen.

Die Auseinandersetzungen sind intensiv und die Unterschiede der Sichtweisen scheinen manchmal unüberbrückbar. Aber die eindringliche Selbstreflexion, die Reibung an den anderen, und die Leitung der geschulten Führungspersonen führen dazu, dass niemand gleich aus diesem Programm herauskommt, wie er hineingegan-

gen ist. Wir betonen den Übergang vom Soldaten zum Kommandanten und die damit einher kommenden Pflichten und die Verantwortung als zukünftige IDF-Führungskraft.

Der Erfolg dieses Programms hat sich fast sofort bewiesen, und über 1.200 Offiziere haben diesen Kurs bereits absolviert. Für dieses und nächstes Jahr ist eine solche Ausbildung von insgesamt 10.000 militärischen Führungspersonen geplant. Der Wert dieser Ausbildung kann nicht genug hervorgehoben werden – auch für das spätere Leben als Bürger dieses Staates. Das sind alles Folgen vom Fall Azaria.

Welche Ziele verfolgt die Ausbildung von Identität und Kultur?

Wir möchten, dass der Soldat seine eigene Identität mit positiven Gefühlen besetzt, aber zugleich lernt, die Verschiedenheit und die Vielfalt der anderen Soldaten zu schätzen. Gleichzeitig fördern wir die Soldaten, ein gemeinsames Ethos aufzubauen und zu verfestigen. Dies erreichen wir, indem wir gemeinsame Ziele stecken und das Gefühl der Kameradschaft und Bruderschaft betonen und stärken. Wir möchten, dass ein gegenseitiger Respekt entsteht.

Wie läuft ein solches Programm konkret ab?

Die Soldaten erzählen der Reihe nach über sich. So berichtet etwa ein äthiopischer Soldat über seinen eigenen Fußmarsch nach Israel und sein russischer Kamerad spricht über die Einwanderungserlebnisse seiner Großeltern. Dadurch lernen Soldaten andere Lebensformen und Familienhintergründe kennen. Eine Sammlung von Lehrmaterial zu den Feiertagen aller in Israel gelebten Religionen dient ebenfalls der Identitätsstärkung

was wiederum die Motivation des Dienstes erhöht.

Nehmen alle Soldaten an diesen Ausbildungsprogrammen teil?

Ja, aber wir arbeiten direkt nur mit den ranghöchsten Kommandanten. Der unterrichtet wiederum seinen nächsten Untergeordneten. Und so geht es weiter, bis das Wissen zum Soldaten gelangt. Wir begnügen uns aber nicht damit, die Kommandanten auszubilden, wir begleiten sie auch. Wir trainieren sie zum Beispiel in Vorbereitung auf den obengenannten Fußmarsch und gehen dann auch selber mit. Der Kommandant führt das Training durch, kann aber auf unsere Präsenz vor Ort zählen, falls er Unterstützung braucht.

Kommen Ihre Botschaften bei diesem System auch unverfälscht beim Soldaten an?

Natürlich kommen sie nicht ganz genau so an, wie wir sie vermitteln. Dazu gibt es zu viele Zwischenstufen. Das System hat sich aber nicht nur pragmatisch, sondern auch empirisch bewährt. Denn über diese hierarchisch-strukturierte Weitergabe wächst die pädagogische Arbeit von innen heraus und wird Soldaten nicht von außen aufgedrängt. Es ist eine natürliche, organische Vorgehensweise. Wir befähigen den Kommandanten, der sich rund um die Uhr bei seinen Soldaten aufhält und ihr Vorbild ist, sein Wissen weiterzuleiten und ihnen die Werte auch vorzuleben.

Oft wird der alltägliche Umgang zwischen Soldaten und Palästinensern oder Arabern kritisiert, sei es an Checkpoints oder beim Überprüfen der ID.

Man muss zwischen den Regeln und den Anweisungen der Armee unterscheiden – denn die Armee ist diesbezüglich sehr streng – und dem Verstoß gegen diese

sicht wirft? Wie soll unser Soldat reagieren? Der Soldat muss mit seiner Kraft aufpassen, denn er hat zu viel, andererseits muss er seine Autorität etablieren, sonst herrscht Anarchie, er darf aber seine Gefühle nicht walten lassen. Der Soldat könnte das Problem schnell lösen, denn er trägt Waffen, er ist viel stärker, aber das ist auch seine Schwäche! Die Soldaten sind zu stark gegenüber jenen, die scheinbar schwach sind, aber diese werfen Steine, die auch töten.

Man sieht immer wieder, mit welcher Unverschämtheit und Unverfrorenheit „Palästinenser“ israelischen Soldaten gegenüber treten. Etwas scheint nicht in Ordnung zu sein, wenn so wenig Respekt für die Soldaten vorhanden ist. Man sieht zum Beispiel wie Mädchen ungestört die Israelis provozieren. Ist es richtig, dass sich die Soldaten derart demütigen lassen müssen?

Es ist tatsächlich eine Falle. Die Alternative wäre mit Härte zu agieren. Wir wissen von anderen Armeen, die an verschiedenen Orten der Welt kämpften – die russische, amerikanische, britische Armee, überall, Armeen, die in Kontrolle waren, haben solches Verhalten nicht toleriert. Israel bemüht sich aber außergewöhnlich, „Palästinensern“ ein normales Leben als Zivilisten führen zu lassen und nicht mit Härte gegen sie vorzugehen.

Oder ist es auch die Angst vor den Kameras?

Die Kameras sind eine neuere Erscheinung, und das Steinewerfen hat sehr viel mit den Kameras zu tun. Es gibt kaum Steinewerfen, wenn keine Kamera da ist, um es zu filmen. Kommt eine Kamera, gibt es Action. Die Ära der Smartphones ist ein neues Thema in der israelischen Armee. Jeder Zivilist wird zum Journalisten, alles kann über soziale Medien verteilt werden, ohne Überprüfung auf den Wahrheitsgehalt oder den Kontext.

Aber: Beim Verhalten unserer Soldaten geht es uns in erster Linie um unsere eigenen Werte, auch wenn das Phänomen der Kameras ernstgenommen werden muss. Diese Filme haben die einzige Absicht Israel als brutale und unmenschliche Macht darzustellen, und sie fügen uns handfesten diplomatischen Schaden zu, wie z.B. Druck in der UNO, wo Resolutionen gegen Israel in keinem Verhältnis mit anderen Ländern erlassen werden, Länder wie Syrien, wo über eine halbe Million Zivilisten getötet und ganze Städte zerstört wurden und Millionen von Menschen zur Flucht gezwungen wurden.

Aber der Sicherheitsrat verurteilt Syrien nicht. Im Gegenteil: Gemäß dem letztjährigen UNO-US-Vertreter, sagte der Vorsitzende des Sicherheitsrates dafür, dass „das Töten in Syrien weitergeht“.

Und als letzte Frage: Worin sehen Sie die Rolle der internationalen Gemeinde im Kontext mit der IDF?

Ich zerbreche mir oft den Kopf darüber, wie es möglich ist, dass gerade unsere Armee, in die wir so viel Zeit, Energie, Geld und Gedanken stecken, um unsere Soldaten nicht verrohen zu lassen, und um sie ganz im Gegenteil durch die Armee moralisch und ethisch aufzubauen und zu stärken – also dass gerade diese Armee in der Welt als brutale, unmenschliche und rücksichtslose Armee dargestellt wird.

Um diese Lügen und Verzerrungen ge-
deihen zu lassen, braucht es „willige Abnehmer“. Hier kann die internationale Gemeinde Einhalt gebieten, indem sie dieses fabrikierte Narrativ als solches enthüllt und in der Gesellschaft verurteilt. Davon haben wir leider in der Vergangenheit zu wenig gesehen.

Professor Ish-Shalom, herzlichen Dank für dieses Interview.

Für Feedback oder Fragen an Professor Ish-Shalom: pro.ish-shalom@bmq.org.il

Wichtig sind auch die Hausbesuche des Kommandanten bei allen Soldaten. So erhalten die Vorgesetzten Einblick in die häuslichen Verhältnisse ihrer Kadetten.

und als Ausgangspunkt für Gespräche. In diesem Material werden die Feiertage zuerst erklärt, und die universell relevanten Punkte als Grundlage zur individuellen Auseinandersetzung eines jeden Soldaten benutzt. Egal ob Rosch Haschana, Weihnachten oder Ramadan – jeder religiöse Feiertag enthält einen Denkanstoß, oder eine allgemeine Idee, über die man in der Runde diskutieren und im eigenen Leben anwenden kann.

Wichtig sind auch die Hausbesuche des Kommandanten bei allen Soldaten. So erhalten die Vorgesetzten Einblick in die häuslichen Verhältnisse ihrer Kadetten. Registrieren sie Schwachstellen, etwa finanzielle Not, so versuchen sie, gezielt zu helfen.

Welche Werte werden sonst noch übermittelt?

Viele, etwa Zusammengehörigkeit, Freundschaft und Treue. Ein Beispiel: Die Soldaten absolvieren lange Märsche mit Tragbahnen. So lernen sie, wie man Verletzte evakuiert. Weil aber diese Märsche sehr anstrengend sind, müssen die Soldaten einander helfen, aufeinander zählen können. Es handelt sich also um eine Militärübung, die nicht nur dem physischen Training, sondern auch der Wertevermittlung dient. Fußmärsche, die zuweilen 90 km oder sogar 120 km umspannen, sollen den Soldaten auch Gelegenheit geben, ihr Land zu erkunden. Viele kennen weder die Geographie noch die Geschichte der einzelnen Orte. Wenn sie auf den Spuren der Vergangenheit wandeln und besser über sie Bescheid wissen, stärken sie ihre Verbindung zum Land und ihre eigene Identität,

Regeln von einzelnen Soldaten. Übertritt er die Gesetze, kommt er vors Gericht, wie jetzt z.B. im Fall von Elor Azaria. Wir verstehen die Gefühle von Wut, Angst, Verwirrung von unseren Soldaten, aber sie dürfen nicht nach diesen handeln. Deshalb gibt es Gesetze, welche über unser Verhalten bestimmten.

Es gibt in jeder Gesellschaft Personen, welche sich nicht an die Gesetze und nicht an die üblichen moralischen Standards halten – bei uns ist es nicht anders. Auch bei uns gibt es solche Menschen. Und in den extremen Situationen, ist es nur natürlich, dass solche Fälle noch mehr vorkommen, weil die Spannung und das Aneinanderreiben viel größer ist.

Oft kursieren Schreckensbilder und Videos in den sozialen Medien.

Ja, aber in den Medien oder sozialen Medien, und bei Videos, die dort geteilt werden, wird nur eine Szene aus einem Ablauf von vielen Momenten gezeigt. Wenn Soldaten vom Magav (Grenzschutz) dort sind und vorher Steine auf sie geworfen wurden, oder eine „palästinensische“ Frau gibt einem Soldaten eine Ohrfeige und spuckt ihn an – denn solches geschieht immer wieder – dann darf er darauf kaum reagieren. Denn erstens möchten wir, dass sich unsere Soldaten zurückhalten können und ihre Wut zügeln können, und gleichzeitig effizient und kontrolliert agieren. Zweitens wissen wir, dass nur seine gefilmte Reaktion auf dem Medien-Schlachtfeld geteilt wird, und wir auch dort verlieren.

Wie würde ein 18- oder 19-jähriger Schweizer reagieren, wenn eine Frau ihn ohrfeigt, ihn anspricht, ihm Steine ins Ge-

Die neuen Juden Berlins sind von Vielfalt geprägt

Die Ausstellung „#Babel 21“ in Berlin stellt zwölf jüdische Migrationsbiographien vor

Von Jerome Lombard

Sie stammen aus Brasilien, der Ukraine, den Vereinigten Staaten und Israel: Die jüdische Community in Berlin und Deutschland ist heute vielfältig und bunt. Viele der rund 60.000 in der Hauptstadt lebenden Menschen jüdischer Herkunft haben einen Migrationshintergrund. Zwölf von ihnen stellen sich derzeit in einer Sonderausstellung in der Stiftung Neue Synagoge-Centrum Judaicum in Berlin vor.

„Berlin ist eine tolle Stadt, die mich immer wieder aufs Neue fasziniert“, sagt Greta Zelener. Die 27-Jährige ist in Charlottenburg als Kind sogenannter „Kontingentflüchtlinge“ aufgewachsen. Im Kiez ist sie zur Schule gegangen, in der Synagoge in der Pestalozzistraße hat sie ihre Bat Mitzwa gefeiert. Woanders zu wohnen, könnte sie sich gar nicht vorstellen. Geboren wurde die Studentin mit den langen schwarzen Haaren und der modischen Brille, die gerade an ihrer Masterarbeit in Erwachsenenbildung an der Humboldt-Universität schreibt, in Odessa am Schwarzen Meer. Dorthin waren ihre Großeltern vor den Nationalsozialisten geflohen. Aus ihrer einstigen Heimat in Berlin-Charlottenburg. „Mit sechs Jahren bin ich nach Berlin gekommen. Mein Vater hatte hier Verwandte. Berlin ist wieder meine Heimat geworden“, sagt Zelener.

Sie ist eine von zwölf jungen jüdischen Menschen, die derzeit mit ihren vielfältigen Migrationsbiographien in der Ausstellung „#Babel 21“ in der Stiftung Neue Synagoge-Centrum Judaicum porträtiert werden. Die Schau wurde von dem jüdischen Ernst-Ludwig-Ehrlich-Studienwerk (ELES) kuratiert und wird unter anderem von der Bundeszentrale für politische Bildung und der „Leo Baeck Foundation“ gefördert. Die meisten Porträtierten sind Stipendiaten sowie Alumnae der jüdischen Studierendenförderung.

Mit zahlreichen Texten und Bildern gruppiert sich die Ausstellung um die fünf Gedankenräume Familie, Migration, Heimat, Religion und Vielfalt. In Interviews erzählen die jungen Menschen aus ihrem Leben. Davon, wie sie nach Deutschland gekommen sind, was sie hier machen, welche Wünsche und Ziele sie haben, wie sie zur jüdischen Gemeinde stehen oder auch ob sie regelmäßig in die Synagoge gehen oder gar nicht an Gott glauben. Die Protagonisten stehen mit ihren Lebenswegen exemplarisch für die Internationalität und kulturell-religiöse Vielfalt, die jüdisches Leben in Berlin und Deutschland heute ausmacht.

„Ich denke, dass die Ausstellung den Nerv der Zeit trifft. Gerade vor dem Hintergrund der Flüchtlingsthematik ist das Thema Migration groß geworden. Berlin, Deutschland und auch die jüdische Community werden immer pluralistischer“, sagt Zelener und beschreibt damit die Kernthese der Ausstellung: Die jüdische Community ist heute eine international geprägte Einwanderungsgesellschaft, die nicht mehr nur mit der Schoah in Verbindung gebracht werden kann.

„Was hier erzählt wird, ist eine positive jüdische Geschichte im heutigen Deutschland. Sie soll keinesfalls die Grundnegativität des 20. Jahrhunderts,



Die Ausstellung läuft bis zum 26. Oktober.

die Schoah, unterschlagen und auch keine ominöse, klischeehafte deutsch-jüdische Normalität heraufbeschwören“, schreibt Kurator Dimitrij Belkin in einer kleinen Broschüre, die der auf jüdische Geschichte spezialisierte Hentrich & Hentrich-Verlag begleitend zur Ausstellung herausgegeben hat. „Die in der Ausstellung vorgestellten Geschichten sind schön und dynamisch, sie sind aber auch dramatisch, widersprüchlich, bisweilen traumatisch“, schreibt Belkin. Die Lebensgeschichten der zwölf Protagonisten seien in jedem Fall offene Geschichten, da es ja schließlich um junge Menschen ginge, die ihr ganzes Leben

Direktorin der Stiftung Neue Synagoge Berlin- Centrum Judaicum, in ihrem Grußwort im Booklet.

Von Brasilien nach Berlin

Yan Wissmann fühlt sich in Deutschland heute sehr wohl. „Ich bin von Brasilien nach Berlin ausgewandert. Ich gehöre der ersten Generation meiner Familie an, die wieder in Deutschland lebt und Deutsch spricht“, sagt Wissmann. Der 25-Jährige ist im brasilianischen Belo Horizonte als Enkel von deutsch-jüdischen Emigranten geboren und aufgewachsen. Sein Uropa, Julius Wissmann und seine Uroma, Klärle Wissmann, geborene Kulb, sind Über-

der Universität Potsdam gemacht hatte, entschied sich Wissmann dafür, dauerhaft in Deutschland zu bleiben. Aktuell studiert er im Master Politikwissenschaften mit dem Schwerpunkt Ökonomie am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität. „Mein Opa fühlt sich innerlich bis heute deutsch, und irgendwie habe ich das geerbt“, meint Wissmann.

Er freut sich, dass seine Schwester zusammen mit ihrem Mann und ihrem kleinen Sohn inzwischen auch in Berlin lebt. Zusammen mit seinem Neffen geht Wissmann so oft es geht in die Synagoge in der Rykestraße in Prenzlauer Berg. „Es ist mir wichtig, dass auch mein Nefte seine jüdische Herkunft kennenlernt und pflegt. Das Judentum war in meinem Leben stets präsent. Deshalb versuche ich, ihm schon früh unsere Familiengeschichte zu erzählen“, sagt Wissmann.

Auch für Akiva Weingarten hat das Judentum immer eine große Rolle in seinem Leben gespielt. Der 22-jährige stammt aus einer streng ultraorthodoxen chassidischen Familie in New York. Er hat zehn Geschwister und siebzehn Cousins und Cousinen. In der Ausstellung erzählt Weingarten, wie er nach Berlin kam. Er wollte aus der starren und reglementierten Welt seiner Familie ausbrechen, das war ihm klar. Dass er aber ausgerechnet in der deutschen Hauptstadt landen würde, war letztlich reiner Zufall und den günstigen Flugpreisen geschuldet. „Ich wollte lernen, hatte aber kein Geld“, sagt Weingarten. „Ich guckte, wo auf der Welt man kostenlos studieren kann. Da ich Jiddisch kann, fiel meine Wahl auf Berlin.“

Als er 2014 in Berlin ankam, kannte Weingarten hier niemanden. In seinem Portemonnaie hatte er seine ganzen Ersparnisse: Rund 1.000 Dollar. „Nun studiere ich und bin froh, dass meine Eltern noch mit mir sprechen, obwohl ich eine nicht-jüdische Freundin habe“, sagt er. Weingarten studiert am Abraham-Geiger-Kolleg in Potsdam. Sei Ziel ist es, liberaler Rabbiner zu werden.

„#Babel 21. Migration und jüdische Gemeinschaft“, noch bis zum 26.10., Stiftung Neue Synagoge-Centrum Judaicum, Oranienburger Straße 28-30, Berlin-Mitte.



Biografische Fotos gehören ebenfalls zu den Exponaten.

noch vor sich hätten.

Die Ausstellung „#Babel 21“ ist in politischer und methodologischer Hinsicht etwas ganz Neues. Unter Einbeziehung aktueller Migrationsströme und Fluchtbewegungen, kommen junge jüdische Menschen zu Wort, die dauerhaft in Deutschland leben und über ihre Herkunft, Identitäten und über ihr jüdisches Selbstverständnis reflektieren. „#Babel 21 wirft Grundthemen jüdischer und universeller Existenz auf: Familie, Heimat, Tradierung, Zugehörigkeit, Religion, Migration. Gleichzeitig Themen, die das Deutschland und Europa von heute gewaltig umtreiben. Die Ausstellung zeigt Unterschiede, wie Menschen mit all diesen Fragen umgehen“, so beschreibt es Anja Siegemund,

lebende der Schoah. „Als Jugendlicher wusste ich bereits, dass meine Urgroßeltern in den 30er Jahren vor den Nationalsozialisten aus Deutschland nach Brasilien geflüchtet waren und dass auch meine Großeltern, obwohl sie sich in der jüdischen Gemeinde in Sao Paulo kennengelernt haben, beide in Deutschland geboren wurden“, erzählt Wissmann. Sein Opa Kurt habe bis heute gute Erinnerungen an seine Kindheit in seiner Heimatstadt Stuttgart. „Mein Opa war acht Jahre alt, als er mit seinen Eltern das Land verlassen musste. Heute ist er bereit, über das Vergangene zu sprechen. Wenn wir telefonieren, und das tun wir recht regelmäßig, unterhalten wir uns nicht auf Portugiesisch, sondern auf Deutsch.“ Nachdem er 2013 ein Austauschjahr an

Offener Brief an Iris Berben

Zahlreiche Kulturschaffende unterstützen die SPD im Wahlkampf

Liebe Iris Berben,

mit großem Erstaunen, habe ich gerade Ihr Werbevideo für den SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz gesehen.

Nicht nur Juden schätzen Sie als treue Freundin Israels und als hartnäckige Kämpferin gegen Antisemitismus. Für Ihr Engagement diesbezüglich erhielten Sie sogar schon Auszeichnungen wie den Leo-Baeck-Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland – umso entsetzter bin ich nun.

Wissen Sie nicht, dass Martin Schulz die zutiefst antisemitische Rede (über die angebliche Brunnenvergiftung durch Rabbiner, bekannt als „Wasserlüge“) des Mahmud Abbas im vergangenen Jahr vor der UNO nicht nur per Twitter als „inspirierend“ bezeichnete, sondern auch vor Ort begeistert applaudierte?

Abbas selbst hat seine Lügen im Nachhinein eingeräumt, Schulz aber hat sich von seiner begeisterten Haltung nie distanziert.

Man könnte wohlwollend von einem Versehen sprechen, gäbe es nicht immer wieder Verfehlungen mit antisemitischem Beigeschmack von SPD-Politikern.

Man kann es kaum glauben, doch am 9. Mai dieses Jahres legte Frank-Walter Steinmeier als erster Bundespräsident in der deutschen Geschichte einen Kranz am Grab des Terroristen und Mörders Jassir Arafat nieder, verneigte sich sogar. Es muss ihm bekannt gewesen sein, dass Arafats erklärtes Ziel die absolute Auslöschung Israels gewesen ist, und er um sein Ziel zu erreichen auch nicht davor zurückschreckte zahlreiche Anschläge auf unschuldige Zivilisten zu verüben. Auch wenn Arafat in den letzten Lebensjahren den Terror verbal verurteilte, hörte er nie auf ihn zu finanzieren.

Hätten sich Juden gerade von diesem Fauxpas Steinmeiers erholt, folgte SPD-Außenminister Sigmar Gabriel mit einem denkwürdigen Besuch in Israel.

Im April 2017 bezeichnet er nicht nur ohne Not den Diktator Abbas auf seiner Facebook-Seite als „meinen guten Freund“, vielmehr besuchte er auch die, aufgrund ihrer schlecht recherchierten Kritik an der israelischen Armee, höchst umstrittene israelfeindliche Nichtregierungsorganisation „Breaking the silence“.

Es ist bekannt, dass auch die deutsche Bundeswehr schwarze Schafe unter den Soldaten in ihren Reihen hat, Soldaten, die sich nicht an die Regeln halten und



JODD ANDERSEN, AFP

kritikwürdig sind.

Wäre hierzulande, dem Demokratieverständnis eines Martin Schulz zufolge, solch eine Organisation wie „Breaking the silence“ denkbar? Wohl kaum, denn Schulz findet einen Generalverdacht gegen die Bundeswehr nämlich „skandalös“.

Da fordern die Genossen von Israel offenkundig Dinge, die sie in Deutschland nicht zulassen möchten und messen – wie so oft – mit zweierlei Maß.

Als ob das nicht genug wäre, erlaubt sich Gabriel dann auch noch die Relativierung des Holocausts. So schwadroniert er: „Sozialdemokraten waren wie Juden die ersten Opfer des Holocausts“.

Liebe Frau Berben, sollte Sie meine Auflistung unerfreulicher Ereignisse noch nicht überzeugen, so möchte ich Ihnen noch von einem SPD-Statement aus dem Jahre 2012 berichten, in dem nach dem Besuch einer Fatah-Delegation bei SPD-Politikerin Andrea Nahles allen Ernstes behauptet wurde, dass die Fatah und die SPD „gemeinsame Werte“ und „gemeinsame Ziele“ hätten.

Nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass sich Gabriel, ein halbes Jahr

zuvor, nach einem Hebron-Besuch erdreistete, Israel als „Apartheid-Regime, für das es keine Rechtfertigung gibt“, zu bezeichnen.

Frau Berben, Israel braucht Freunde, wir Juden in Deutschland, wir Juden in der ganzen Welt brauchen dringend Freunde, denn wir haben viel zu wenige davon.

Eine erfolgreiche Künstlerin wie Sie kann uns eine Stimme verleihen, dort Gehör verschaffen, wo wir sonst keinen Zugang finden.

Wird Ihre Stimme allerdings unbedacht eingesetzt, kann sie uns schaden und dass Sie das wollen, kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen.

Denn eines ist doch klar: Die wiederholt israelfeindlichen Handlungen durch die SPD-Führungsriege können in dieser geballten Form kein Zufall sein.

Frau Berben, wie damals in Hitler-Deutschland, werden auch heute noch im Nahen Osten Juden nicht aus politischen Gründen ermordet, sondern nur deshalb, weil sie Juden sind. Das israelische Angebot für einen eigenen Staat hat Arafat abgelehnt und 2008 auch Abbas. Terroristen geht es also nicht darum für einen eigenen Staat zu kämpfen, sie töten Israelis aus dem einzigen Grund, dass sie Juden hassen.

Und auch hierzulande ist Antisemitismus angestiegen, nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen muslimischen Zuwanderer, die Antisemitismus bereits mit der Muttermilch aufgesogen haben.

Umso wichtiger ist ein engagierter Einsatz für Israel und gegen Antisemitismus.

Wenn eine bürgerliche Partei wie die SPD anstatt Antisemitismus zu bekämpfen, ihn auch noch schürt, dann sollten nicht nur wir Juden diese Partei nicht wählen, dann sollten auch unsere Freunde diese Partei nicht bewerben.

Vielleicht denken Sie darüber nach und auch über die Verantwortung, die Sie als Person des öffentlichen Lebens haben, wenn Sie sich für das Falsche engagieren.

Schalom,
Malca Goldstein-Wolf

TuS REISERÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL

Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:

EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

- **Sri-Lanka** ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)
- **VIETNAM** ab 1920€ (15 Tage)
- **MADEIRA** ab 699€ (7 Tage)
- **GEORGIEN** ab 650€ (7 Tage)
- **ASERBAIDSCHAN** ab 850€ (7 Tage)
- **ST. PETERSBURG** ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP

Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP

Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket

DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.

Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

Spanien ab 370€

Italien ab 470€

Zypern ab 360€

Emirates ab 880€

Kuba ab 970€

Griechenland ab 480€

Türkei ab 385€

Kanaren ab 525€

Thailand ab 760€

Bali ab 990€

Die Hinrichtung des kleinen Velvele

Erinnerung an die deutsche Massenerschießung sowjetischer Juden in Babi Jar im September 1941

Von Dr. Rafael Korenzecher

Babi Jar, der in der Nähe von Kiew liegende Ort eines der entsetzlichsten Verbrechen der Nazis, an dem die Nazis Zigtausende Juden, vor allem Frauen, Alte, Kinder und Kranke erschossen und verscharrten, war eine der größten und tiefsten Kiewer Schluchten. Sie lag am Stadtrand von Kiew und grenzte an das Gelände des jüdischen Friedhofs. An der Stelle der meisten Erschießungen war sie etwa zehn Meter tief, am Boden war sie rund zehn Meter und am oberen Rand etwa 80 Meter breit. Die Länge belief sich etwa auf einen halben Kilometer.

Unter den Erschossenen befand sich auch Velvele, der kleine jüdische Junge auf dem Dreirad auf dem abgedruckten alten Foto. Sein voller Name war Valentin Pinkert. Er wurde einen Tag vor dem Yom Kippur-Fest 1941 von deutschen Mördern in Uniform erschossen.

Die Wehrmacht eroberte Kiew am 19. September 1941. Nur acht Tage später, am 27. September, wurden in der Stadt Mitteilungen ausgehängt, die die Kiewer Juden aufforderten, sich am Montagmorgen, dem 29. September, in der Nähe von Babi Jar zu versammeln. Der bereits von der deutschen Wehrmacht und SS beschlossene Massenmord wurde von den Deutschen als „Umsiedlungsmaßnahme“ inszeniert. Zur Täuschung über die wahren Absichten der deutschen Besatzer sollten die Opfer für die Reise notwendige Dinge wie Pässe, Geld, Wertsachen, warme Kleidung, Wäsche u.ä. mitbringen.

Von den ca. 930.000 Einwohnern Kiews waren etwa 200.000 Juden. Viele, auch jüdische Männer, waren bereits in die Rote Armee eingezogen worden.

Von den Juden zurückgeblieben waren in erster Linie Frauen, Alte, Schwache und Kinder. Die leisteten dem deutschen Aufruf Folge und versammelten sich am auf den Aushängen angegebenen Ort in einer die deutschen Erwartungen deutlich übersteigenden Zahl, um wie sie meinten evakuiert und umgesiedelt zu werden, wie es von Seiten der deutschen Besatzer offiziell hieß.

Die allermeisten Juden glaubten durchaus dieser Darstellung. „Die einen sagten, dass sie fürs Ghetto bestimmt seien, die anderen, dass sie auf Militärzüge geladen und nach Palästina geschafft würden. Dass man sie erschießen würde, das glaubte fast niemand“, erinnert sich S. Ruwim. Er war damals 15 Jahre alt und war einer der wenigen überlebenden direkten Zeugen des damaligen Kriegsverbrechens der deutschen Eroberer. Diese hatten bereits in einer gemeinsamen Besprechung der Einsatzbeteiligten wenige Tage zuvor die Ermordung der gesamten Kiewer Juden vereinbart.

Für die Vorbereitungen arbeiteten SS und Wehrmacht koordiniert und vertrauensvoll zusammen. Auf Seiten der SS wurden Männer des Sonderkommandos (SK) 4a der „Einsatzgruppe C“ unter SS-Standartenführer Paul Blobel sowie Angehörige des Sicherheitsdienstes (SD) gestellt. Die Einsatzgruppen waren bereits zuvor eigens aufgestellt worden, um massenhaft Juden im besetzten Gebiet zu jagen und zu erschließen. Außerdem nahmen Männer der Geheimen Feldpolizei des Polizeiregiments Süd der deutschen Ordnungspolizei teil. Beteiligt waren wohl auch die den Nazis bezüglichen ihres Judenhasses in nichts nachstehenden Mitglieder der mit den Deutschen kollaborierenden Organisation Ukrainischer Nationalisten OUN-M (Melnikisten) und der rivalisierenden



In Babi Jar wurden 33.771 jüdische Menschen erschossen.

OUN-B von Stepan Banderas, der von vielen West-Ukrainern bis heute als Nationalheld verehrt wird.

Wehrmachtssoldaten der 6. Armee unter Generalfeldmarschall Walter von Reichenau sicherten die Lage ab. Reichenau hatte zuvor die geplante Mordaktion ausdrücklich begrüßt: „Wehrmacht begrüßt Maßnahmen und erbittet radikales Vorgehen“, teilte er telegrafisch nach Berlin mit.

SS-Obersturmführer August Häfner, der an dem Massaker teilgenommen hatte, sagte später aus, dass die Erschießungen selbst zumeist von SS-Angehörigen verübt wurden.

Auf dem Gelände, zu dem sie vom Versammlungsort gebracht wurden, mussten sich die Juden etwa 300 Meter von der Schlucht entfernt vollständig ausziehen. Ihre Wertsachen wurden eingesammelt, Ausweise, Fotos und andere Dinge, die die Deutschen als überflüssig ansahen,

die Schlucht geworfen wurde, sprang sie hinterher.

Auch Kurt Werner, ein Angehöriger des deutschen SK 4, erinnerte sich. Er hatte mit anderen Männern in die Schlucht hinunterklettern müssen. Dann kamen die ersten Juden. „Sie mussten sich mit dem Gesicht zur Erde hinlegen. In der Grube befanden sich drei Gruppen von Schützen, mit insgesamt etwa zwölf Schützen.“

Gleichzeitig wurden ständig neue Juden herangeführt. „Sie mussten sich auf die Leichen der zuvor erschossenen Juden legen. Die Schützen standen jeweils hinter den Juden und haben diese mit Genickschüssen getötet“, so Werner. Der Leichenberg wuchs so immer weiter, die Schlucht füllte sich mit immer mehr Getöteten. Besonders schrecklich seien die verzweifelten Schreie der Juden gewesen, wenn sie vom oberen Grubenrand zum ersten Mal die unten liegenden blutenden Leichen der soeben Erschossenen sehen konnten.

Mitleid mit den Opfern äußerte Kurt Werner auch später nicht. Wohl aber Mitleid mit sich und den anderen Männern des Sonderkommandos wegen der anstrengenden „Drecksarbeit“, wie er die Erschießungen nannte. Für Historiker ist es nach Befragungen Beteiligten übrigens erwiesen, dass jeder einzelne der Todes-Schützen sich hätte verweigern können, ohne dafür bestraft zu werden, was aber von Seiten der eingesetzten Erschießungskommandos nicht erfolgt ist.

Die Erschießungsaktion zog sich über 36 Stunden und war erst am darauffolgenden Tag beendet. Aufgrund der exakten deutschen Buchführung ist genau bekannt, wie viele Juden die SS-Männer am 29. und 30. September 1941 erschossen worden sind:

Es waren insgesamt 33.771 Juden. Die Erschießungsrate betrug somit fast 1.000 jüdische Menschen pro Stunde. Die SS berichtete mit deutlichem Stolz die erfolgreiche Ausführung der Morde an den wehrlosen Opfern an das Berliner Reichssicherheitshauptamt, die Zentrale der Sicherheitsdienste und lobte die hervorragende Zusammenarbeit mit der 6. Armee der Wehrmacht.

Die daraufhin in Berlin zwei Tage später gefertigte „Ereignismeldung Nr. 101“ benötigte nur ca. zwei Dutzend nüchterne Worte zur Beschreibung dieses entsetzlichen Massenmordes an wehrlosen jüdischen Opfern:

„Das Sonderkommando 4a hat in Zusammenarbeit mit Gruppenstab und zwei Kommandos des Polizeiregiments Süd am 29. und 30. September 1941 in Kiew 33.771 Juden exekutiert.“

Mehr Worte waren nicht notwendig, um die höheren Etagen des SS-Apparates vom

größten Einzelmassaker zu informieren, das deutsche Einheiten während des Holocausts begingen.

Nach den Erschießungen sprengte die Wehrmacht die Seitenwände der Schlucht, damit sie die Leichen begraben. 1943, nach der verlorenen Schlacht von Stalingrad, kehrte SS-Standartenführer Paul Blobel zum Ort des Grauens zurück. Sein Auftrag: die Leichen ausgraben und verbrennen, denn die NS-Führung fürchtete, dass die Rote Armee Kiew zurückerobern könne und wollte unbedingt Spuren des Massakers verwischen.

Allerdings haben weder die Russen noch die Ukrainer aus unterschiedlichen Motiven großes Interesse an der Aufklärung des Geschehens gezeigt. Bis weit in die Gegenwart fand besonders die Ukraine keine Worte des Bedauerns für die ukrainische Kollaboration an dem Massenmord von Babi Jar und tat sich besonders schwer damit, klarzustellen, dass es sich bei den Opfern nahezu ausschließlich um unschuldige jüdische Menschen gehandelt hat.

Da in Babi Jar auch in der Folge Erschießungen und Verscharrungen erschossener Juden vorgenommen wurden, war die Zahl der Leichen bis 1943 auf etwa 60.000 Menschen angewachsen.

Die allermeisten der 300 Zwangsarbeiter, die 1943 die Ausgrabungen im Auftrag der Deutschen erledigen mussten, wurden anschließend von diesen erschossen. Einigen wenigen gelang die Flucht. Sie haben später über diese, mit dem Namen „1005 B“ kodierte Vertuschungs-Aktion der Deutschen berichtet.

Einige der Verantwortlichen wurden später vor Gericht gestellt. Der SS-Standartenführer und Einsatzleiter Paul Blobel wurde beim sogenannten Einsatzgruppen-Prozess schon während der Nürnberger Prozesse zum Tode verurteilt und 1951 hingerichtet. Generalfeldmarschall Reichenau erlag 1942 einem Schlaganfall, Stadtkommandant Eberhard beging 1947 Selbstmord, einige andere wurden Jahrzehnte später zu Haftstrafen verurteilt. Andere der Beteiligten kamen zwar vor Gericht, galten aber als „verhandlungsunfähig“.

Auch einigen Juden gelang es, das Massaker zu überleben. Sie waren nicht tödlich getroffen worden und blieben solange unter den Leichen liegen, bis die Deutschen abgezogen waren.

Auf Grund der Aussagen der Überlebenden und Zeitzeugen auf beiden Seiten des Grauens ist die jede Vorstellungskraft übersteigende, von der deutschen SS unter Beihilfe der deutschen Wehrmacht verübte vorsätzliche und willkürliche Erschießung von vielen kleinen Kindern auf dem Arm ihrer Mütter und der Massenmord an vollkommen unschuldigen jüdischen Menschen detailliert belegt und dokumentiert.

Die zwischenzeitlich von verschiedener Seite und aus verschiedenen, teilweise sehr durchsichtigen Motiven praktizierte Unkultur der Holocaust-Leugnung, der Schuldrelativierung, der Täter-Viktimisierung, der entlastenden Ehrung der Wehrmacht oder auch nur des Vergessens ist zutiefst widerwärtig und verlogen.

Sie hält vor dem unschuldigen Gesichtchen Velveles, des kleinen, mit tausenden anderen Kindern erschossenen jüdischen Jungen auf dem Dreirad nicht stand.

(Der Text und das Foto basieren auf Material und Artikeln aus Yad Vashem, der „taz“, dem „Focus“ und anderen deutschen und internationalen Quellen, von denen er teilweise übernommen wurde.)



Auch Velvele, der kleine Junge mit dem Dreirad, musste in Babi Jar sterben.

verbrannt. Anschließend wurden die Menschen an den Rand der Schlucht geführt. Was dann passierte, schilderten nicht nur Juden, die das Massaker überlebten, sondern auch SS-Männer in späteren Gerichtsverfahren.

„Es ist unmöglich zu beschreiben, was an diesem Ort vor sich ging“, berichten überlebende Augenzeugen. Das Geschehen war beherrscht von Weinen, Verzweiflung und vor allem Betteln von Müttern um Gnade für ihre Kinder. Viele verloren das Bewusstsein. Ein Zeuge erinnerte sich an eine vollständig entkleidete junge jüdische Mutter, die ihre letzten Augenblicke damit verbrachte, ihrem Säugling die Brust zu geben. Als das Baby lebendig in

10 Jahre Operation Obstgarten: Wie Israel Syriens Atomfabrik ausschaltete

Im Herbst 2007 setzten vier israelische Kampfflugzeuge Assads Atomprogramm ein Ende

Von Marcel Serr

Die extrem feindliche Umwelt, in der der jüdische Staat sein Überleben sichern muss, ist eine bestimmende Determinante der israelischen Sicherheitspolitik. Daher erwuchs schon früh Israels Bedürfnis nach Nuklearwaffen, über die Jerusalem wahrscheinlich seit Ende der 1960er Jahre verfügt. Sie sollen als ultimative Abschreckung gegen arabische Invasionsversuche dienen.

In diesem Zusammenhang prägte Israels Premierminister Menachem Begin Ende der 1970er Jahre die nach ihm benannte Doktrin, wonach Israel keinem feindlichen Staat der Region gestatten darf, selbst Nuklearwaffen zu entwickeln und damit Israels Abschreckungsfähigkeiten zu neutralisieren. Jerusalem handelt bis heute nach dieser strategischen Maxime. Sie bestimmt auch die Bedrohungswahrnehmung des iranischen Atomprogramms. Seit Jahren spekuliert die Weltöffentlichkeit über die Möglichkeit eines israelischen Militärschlags gegen die Einrichtungen im Iran. Israels Luftwaffe (Israeli Air Force, IAF) hat bereits zweimal unter Beweis gestellt, dass sie in der Lage ist, feindliche Atomprogramme zu zerstören – 1981 im Irak und 2007 in Syrien. Anlässlich des 10. Jahrestages von „Operation Obstgarten“ gegen den syrischen Nuklearreaktor sollen die Ereignisse hier noch einmal dargestellt werden.

Die Entdeckung des syrischen Atomprogramms

Gegen Ende 2006 entdeckte Israels Geheimdienst in einer abgelegenen Gegend im Nordosten Syriens den Bau eines verdächtigen Gebäudes nahe dem Euphrat, 30 Kilometer von dem Ort Deir az-Zur entfernt. Über dem Komplex war ein großes Dach erbaut worden, das die Sicht von oben blockierte. Hier wurde offensichtlich etwas erbaut, das versteckt werden musste. Israels Geheimdienst vermutete, dass es sich um ein geheimes Atomprogramm handeln könnte.

Dieser Verdacht erhärtete sich bald. Im Februar 2007 lief der iranische General Ali Reza Askari zu den USA über. Askari war Sicherheitsberater unter Irans Ex-Präsident Chatami und langjähriger stellvertretender Verteidigungsminister. Nach der Wahl Ahmadinedschads 2005 war Askari in Ungnade gefallen und entschied sich zur Flucht. Er lieferte den USA wertvolle Informationen. Unter anderem berichtete er von einem syrischen Nuklearwaffenprogramm, finanziert vom Iran und durchgeführt von Nordkorea. Konkret arbeiteten die Nordkoreaner in der Einrichtung namens al-Kibar an einem Gas-Grafit-Reaktor zur Produktion von waffenfähigem Plutonium. Die USA teilten diese Erkenntnis umgehend mit Israel.

Die Nordkoreaner halfen

Wie sich herausstellen sollte, hatte Bashar al-Assad bereits beim Begräbnis seines Vaters im Juni 2000 Kontakt mit den Nordkoreanern aufgenommen, um über den Bau eines Reaktors zu verhandeln. Die Rüstungsbeziehungen zu Pjöngjang waren traditionell eng – das Regime hatte den Syrern in der Vergangenheit schon bei der Entwicklung von Chemiewaffen geholfen. 2002 erreichten Syrien die ersten Bauteile, Techniker und Wissenschaftler aus Nordkorea. Die Bauarbeiten blieben weitgehend unbeobachtet, da Funk- und Telefonverkehr auf der Baustelle strikt untersagt waren.

Um diese bedenklichen Berichte zu bestätigen, durchsuchte der Mossad im März 2007 das Wiener Hotelzimmer von Ibrahim Othman, Direktor der Syrischen Atomenergie-Kommission. Unvorsichtigerweise hatte Othman seinen Laptop im Zimmer zurückgelassen, sodass die Agenten problemlos den gesamten Inhalt der Festplatte kopieren konnten. Unter den Daten waren Dutzende Farbfotos, die das Innere des verdächtigen Gebäudes zeigten. Den Analysten war schnell klar, dass es sich tatsächlich um den Bau eines Nuklearreaktors handelte. Die Fotos zeigten Nordkoreaner bei der Arbeit – darunter auch Chon Chibu, einer der führenden Experten des nordkoreanischen Atomprogramms. Der einzige Zweck dieses Plutoniumreaktors war die Herstellung von Nuklearwaffen – so die Überzeugung des Mossad. Den Fotos war auch zu entnehmen, dass der Reaktor nur noch wenige Monate von der Betriebsbereitschaft entfernt war. Erst einmal aktiv würde ein Luftschlag zu nuklearem Fallout führen – ein nicht hinnehmbares Risiko für die Zivilbevölkerung. Es galt also schnell zu handeln.

Operation Obstgarten – was sind die Risiken?

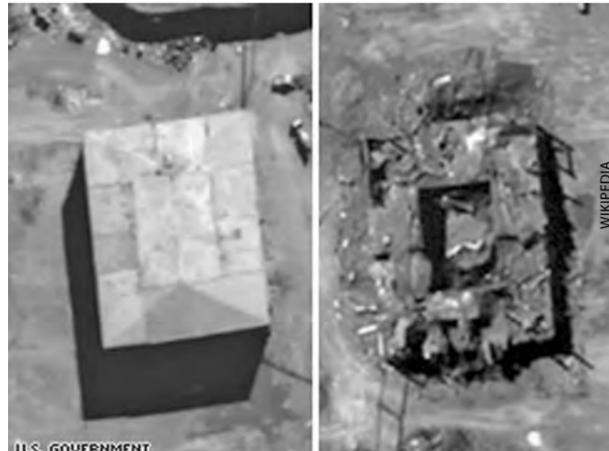
Nachdem Jerusalem sicher war, dass Syrien kurz vor Inbetriebnahme eines Kernreaktors stand, wurde mit Washington das weitere Vorgehen besprochen. Am 18. April unterrichtete Verteidigungsminister Amir Peretz seinen US-amerikanischen Gegenpart Robert Gates. US-Präsident George W. Bush ließ seine Geheimdienste die israelischen Erkenntnisse überprüfen. Bush agierte sehr vorsichtig. Im Hinterkopf der US-Admi-

„ Die Bauarbeiten blieben weitgehend unbeobachtet, da Funk- und Telefonverkehr auf der Baustelle strikt untersagt waren. “

nistration nagte die frische Erinnerung an das PR-Desaster im Zusammenhang mit den vermeintlichen Massenvernichtungswaffen im Irak. Die CIA stimmte mit der Interpretation der Kollegen in Jerusalem zwar überein, doch es gab Skeptiker in den Reihen der Bush-Administration – allen voran Condoleezza Rice. Sie befürchtete eine unkontrollierbare regionale Eskalation. Die Bush-Administration hatte mit den Konflikten in Irak und Afghanistan ohnehin genug um die Ohren. An der Eröffnung einer dritten Front im Nahen Osten hatte das Weiße Haus daher wenig Interesse.

Notfalls auch ohne die USA

Israels Premierminister Ehud Olmert machte bei seinem Besuch im Weißen Haus im Juni 2007 unmissverständlich klar, dass er auch unilateral gegen das syrische Projekt vorgehen werde, sollten sich die USA nicht zu einer Operation durchringen können. Nachdem Präsident Bush zu verstehen gab, dass er einen israelischen Alleingang nicht zu blockieren gedenke, begannen die israelischen Streitkräfte die Vorbereitung für einen begrenzten Luftschlag auf den syrischen Reaktor. Im Juni drang ein israelisches Spezialkommando von Sayeret Matkal in



Zerstörtes Bauwerk in der Nähe des Euphrat in Syrien

Syrien ein und sammelte die letzten Informationen für den Luftschlag.

Nach wochenlangem Hin und Her fiel am 5. September 2007 in Israels Sicherheitskabinett schließlich die Entscheidung für Operation Obstgarten. Noch in derselben Nacht stiegen zehn F-15- und F-16-Kampfflugzeuge vom israelischen Luftwaffenstützpunkt Ramat David in den Himmel auf. Zunächst flog die Gruppe entlang der Mittelmeerküste nach Norden, schwenkte dann nach Osten und flog entlang der syrisch-türkischen Grenze. Mit elektronischen Kampfmitteln blendeten sie die syrische Flugabwehr, zerstörten eine Radarstation und drangen dann in den syrischen Luftraum ein. Gegen 0:45 Uhr melden die Piloten den erfolgreichen Vollzug der Operation. Die syrische Anlage war vollständig zerstört worden. Die israelischen Maschinen kehrten ohne Verluste wieder zu ihrem Stützpunkt zurück.

Syrische Falschmeldung für Assads Gesichtswahrung

Am Tag danach meldete die staatliche syrische Nachrichtenagentur, dass israelische Kampffjets in den syrischen Luftraum eingedrungen seien und durch die syrische Flugabwehr gestellt wurden, ihre Munition über der Wüste abgeworfen hätten, ohne Schäden zu hinterlassen und anschließend wieder verschwunden seien. Tatsächlich hatte die syrische Flugabwehr nicht eine einzige Rakete gestartet.

Eine Kernüberlegung der Operationsplanung war es, die Reaktion von Damaskus so gering wie möglich zu halten. Israels Geheimdienst wusste um die syrischen Raketen, die auf sensible Ziele in Israel gerichtet waren. Daher hüllt sich Jerusalem bis heute in Schweigen. Tatsächlich ging das israelische Kalkül auf: Assad konnte sein Gesicht wahren, indem er die gesamte Existenz eines Atomprogramms leugnete und damit auf einen Gegenschlag verzichtete. Währenddessen rätselte die Welt monatelang, was in der Septembarnacht in Syrien tatsächlich geschehen war.

Um die Operation zu komplettieren, schalteten Israels Elitesoldaten von der Spezialeinheit Shayetet 13 am 1. Au-

gust 2008 den Spiritus Rector des syrischen Nuklearwaffenprogramms aus – General Mohammed Suleiman. Er war die Kontaktperson für die Nordkoreaner und koordinierte den Transfer von Reaktorteilen von Pjöngjang nach Syrien. Nichtsahnend war der langjährige Freund der Assad-Familie beim Abendessen mit Freunden in seiner Villa am Meer, als er von gezielten Schüssen israelischer Scharfschützen

tödlich getroffen wurde.

Aus israelischer Perspektive war die Operation ein voller Erfolg. Die Begin-Doktrin war eindrucksvoll unterstrichen worden. Kaum auszudenken, wie gefährlich die Lage in Syrien heute wäre, wenn das im Chaos versinkende Land über Nuklearwaffen verfügen würde.

Vorlage für den Iran?

Mit Blick auf den Iran verfolgt Israel nach wie vor die Begin-Doktrin. Die Bedrohungen, die sich aus nuklear-militärischen Fähigkeiten Teherans ableiten, sind mehrdimensional. Es besteht nicht nur die Möglichkeit eines iranischen Angriffs – zumal die Rationalität und damit „Abschreckbarkeit“ des theokratischen Regimes in einer Krise durchaus angezweifelt werden kann. Die Waffensysteme könnten auch in die Hände von Terroristen fallen – wie bspw. der Hisbollah. Aus der regionalen Perspektive ist es überdies wahrscheinlich, dass eine iranische Bombe ein Wettrüsten auslösen und den Nahen Osten massiv destabilisieren würde. Der unter maßgeblicher Beteiligung der Obama-Administration verhandelte Aktionsplan zur Begrenzung und Kontrolle des iranischen Atomprogramms (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) aus dem Jahr 2015 schiebt diese Problematik bestenfalls zeitweise auf.

Es gilt jedoch zu bedenken, dass eine Militäroperation gegen die iranischen Einrichtungen deutlich anspruchsvoller ist als in Syrien. Denn während es sich dort nur um eine zu zerstörende Einrichtung handelte, geht es sich im Iran um mehrere und über das Land verstreute Anlagen. Die Gebäude werden geschützt und liegen zum Teil unterirdisch. Darüber hinaus ist die Distanz größer, sodass Luftbetankungen erforderlich sind. Auch die Tatsache, dass die iranischen Anlagen schon in Betrieb sind und damit eine hohe Gefahr von Kollateralschäden besteht, erschwert ein militärisches Vorgehen. Schließlich wäre bei einer Militäroperation auch mit Gegenschlägen des Iran und seines Stellvertreters in der Levante – der Hisbollah – zu rechnen. Hinzu kommt, dass ein erfolgreicher Militärschlag das Atomprogramm lediglich zeitlich verzögern würde, doch die Intention des iranischen Regimes dadurch nicht oder nur unzureichend beeinflusst werden kann. Insofern erlaubte ein Militärschlag ohnehin keine nachhaltige Neutralisierung der Bedrohung.

Julius Hirsch: Erster jüdischer Fußball-Nationalspieler Deutschlands

Der Karlsruher FV und seine jüdischen Fußballhelden Gottfried Fuchs und Julius Hirsch

Von Tal Leder

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges zählte der KFV zu den besten deutschen Fußballmannschaften. Höhepunkt war der Gewinn der deutschen Meisterschaft 1910. Acht Spieler gehörten zwischen 1908 bis 1913 zum Stamm der A-Nationalmannschaft, darunter ihre jüdischen Starspieler Gottfried Fuchs und Julius Hirsch.

„Karlsruhe vor, noch ein Tor!“ Die Zeiten als in der badischen Hauptstadt noch rauschende Fußballfeste gefeiert wurden, sind schon lange vorbei. Mit dem diesjährigen Abstieg des Karlsruher Sport Clubs (KSC) aus der Zweiten Bundesliga hat die ehemalige süddeutsche Fußballmetropole seinen absoluten Tiefpunkt erreicht.

Viele begeisterte Fans erinnern sich noch daran, als Karlsruhe eine Dekade lang ab Ende der 1980er Jahre zu den besseren Fußballmannschaften in Deutschland zählte, doch dass diese Stadt vor über 100 Jahren den deutschen Fußball, vor allem wegen zwei jüdischer Spieler, prägte und mitbestimmte, das wissen nur die Wenigsten.

Als am 28. Januar 1900 in Leipzig 86 Vereine die Schaffung eines Deutschen Fußballbundes (DFB) beschlossen, gehörte auch der Karlsruher Fußballverein (KFV) zu den Gründungsmitgliedern. Der Klub, der 1891 gegründet wurde, entwickelte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer der besten und erfolgreichsten Mannschaften im damaligen Kaiserreich. Zu seinen „Vätern“ gehört u. a. Walther Benzenmann, einer der wichtigsten Fußball-Pioniere Deutschlands. Er entstammte einer jüdischen Bankiersfamilie in Berlin und wurde auch als Herausgeber des Magazins „Der Kicker“ bekannt.

Der Siegeszug des KFV beginnt lange vor dem Ersten Weltkrieg, als die Spieler fünfmal in Folge die Süddeutsche Meisterschaft (1901 bis 1905) gewinnen und sich somit für die jeweilige Endrunde um den nationalen Titel qualifizieren konnten. Zwar standen sie sogar 1905 im Finale um die deutsche Meisterschaft, unterlagen da aber noch Union '92 Berlin. Als in den folgenden Jahren das Team dann in einer Krise steckte, übernahm zu Beginn des Jahres 1909 der charismatische Engländer William Townley das Topsteam aus der Badener Region.

Der ehemalige Spieler hatte sich zum Ziel gesetzt eine Spitzenmannschaft aufzubauen und revolutionierte seine Philosophie des damals weltweit so beeindruckenden schottischen Flachpassspiels (Stoppen, schauen, zuspülen) bis in die Jugendabteilungen des Vereins.

Von Beginn an baute er die Mannschaft um und brachte einige junge Talente ins Team, unter denen die jüdischen Spieler Julius Hirsch und sein Freund Gottfried Fuchs zu den besten zählten.

Julius Hirsch, von allen nur „Juller“ genannt, wurde am 7. April 1892 im mittelbadischen Achern im Schwarzwald in eine jüdische Familie geboren, die sehr vom deutsch-nationalen Bürgertum geprägt war. Sein Vater nahm als Soldat am Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 teil.

Während seiner Schulzeit in Karlsruhe trat er 1902 mit 10 Jahren dem KFV bei. 1909 holte ihn Townley in die 1. Mannschaft und am 17. Dezember 1911 wurde er sogar der erste deutsche Fußball-National-

spieler jüdischen Glaubens.

In beiden Mannschaften sollte sein kongenialer Sturmpartner Gottfried Fuchs werden. Dieser erblickte am 3. Mai 1889 in Karlsruhe ebenfalls in einer jüdischen Familie das Licht der Welt. Nachdem er zunächst seine Laufbahn 1904 beim Düsseldorfer SC begann, war er drei Jahre später für seine Heimatstadt als Torjäger aktiv.

Älteste deutsche Filmaufnahme eines Fußballspielers

Zusammen mit ihrem nichtjüdischen Kollegen Fritz Förderer bildeten sie das berühmteste Innensturmtrio ihrer Zeit und lehrten ganz Fußball-Deutschland das Fürchten. Eine erfolgreiche Zeit begann. In der süddeutschen Meisterschaft war der KFV zwischen 1910 und 1912 nicht zu schlagen. Doch vor allem die Saison 1909/1910 sollte die erfolgreichste werden.

Im Halbfinale um den nationalen Titel mussten sie gegen den innerstädtischen Rivalen und deutschen Meister aus dem Vorjahr, dem Karlsruher FC Phönix (später Karlsruher SC) antreten, und gewannen in einem herausragenden Spiel – welches von vielen noch immer als das beste des KFV angesehen wird – mit 3:0.

Es gibt Filmmaterial zu dieser Partie, das lange Zeit als verschollen galt und 2014 während einer Recherche über Phoenix Karlsruhe zufällig im British Film Institute gefunden wurden. Es kann als eine kleine Sensation betrachtet werden, denn es handelt sich dabei um die älteste deutsche Bewegtbildaufnahme eines Fußballspiels. Bisher waren nur Aufnahmen aus dem Jahr 1923 bekannt.

Als dann noch gegen Holstein Kiel im Endspiel mit 1:0 in der Verlängerung gewonnen wurde, kannte das Feiern in Südwestdeutschland keine Grenzen mehr. Es sollte die einzige deutsche Meisterschaft werden. Zwei Jahre später standen sie zwar noch einmal gegen denselben Gegner im Finale, zogen aber dann mit dem gleichen Ergebnis gegen den norddeutschen Rivalen den Kürzeren.

Zwischen 1908 bis 1913 kamen sieben Kicker des Karlsruher Fußballvereins für die deutsche A-Nationalmannschaft zum Einsatz. Hirsch und Fuchs erzielten 1912 beim legendären 5:5-Länderspiel gegen die Niederlande alle Tore. „Juller“ trifft sogar viermal. Im selben Jahr verewigte sich dann Fuchs während der Olympischen Spiele in Stockholm mit seinen zehn Toren beim Spiel gegen Russland in den Fußball-Geschichtsbüchern. Dieser Weltrekord hatte bis 2001 Bestand und wurde erst vom Australier Archie Thompson übertroffen, als dieser 13 Tore in einem Spiel schaffte.

Sowohl Hirsch als auch Fuchs dienten während des Ersten Weltkriegs als Frontsoldaten und wurden mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet.

Nach dem Krieg spielte Hirsch, der 1913 nach Fürth gewechselt war und ein Jahr später mit der SpVgg seinen zweiten nationalen Titel gewann, noch bis 1925 für den KFV, während Fuchs bis 1920 nochmal für den Düsseldorfer SC seine Fußballschuhe schnürte.

Im selben Jahr heiratete Julius Hirsch die Nichtjüdin Ella Karolina Hauser. Er hatte



mir ihr zwei Kinder und leitete mit seinem Bruder die Holzfirma seines Vaters. Nachdem diese 13 Jahre später Konkurs anmeldete, wurde er arbeitslos. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten und den daraus folgenden „Nürnberger Rassengesetzen“ wurde Hirsch wegen seiner jüdischen Abstammung verfolgt. Als die jüdischen Mitglieder ab 1933 aus den Sportvereinen ausgeschlossen wurden, musste Hirsch schweren Herzens seinen geliebten KFV verlassen und trat freiwillig aus dem Verein aus.

Da Juden zu dieser Zeit nicht mehr im deutschen Fußball mitarbeiten dürfen, bewirbt er sich in der Schweiz und Frankreich als Fußballtrainer. Leider erfolglos. Was ihn schließlich veranlasst nach Karlsruhe zurückzukehren und eine Stelle als Spielertrainer beim jüdischen „Turnklub 03“ anzunehmen.

Bitterer Abstieg und ein Selbstmordversuch

Geplagt von den Repressalien der Nazis und der daraus ständigen Existenzangst versucht sich Hirsch im November 1938 das Leben zu nehmen, in dem er nach einem Verwandtenbesuch in Frankreich aus dem Zug springt. Er überlebt und erfährt in einer Psychiatrie von der Pogromnacht. Nach seiner Entlassung lässt er sich von seiner Frau scheiden, um sie und beiden Kinder vor Verfolgungen zu bewahren. Mit dem gelben Stern auf der Brust musste der ehemalige deutsche Fußball-Nationalspieler beim städtischen Tiefbauamt Karlsruhe als Hilfsarbeiter auf einem Schuttplatz Schwerstarbeit leisten. Außerdem musste er sich „Julius Israel Hirsch“ nennen und den gelben Stern tragen. KFV-Heimspiele soll er noch besucht haben, obwohl das für ihn verboten war – ein älterer Kartenkontrolleur ließ ihn durch den Hintereingang rein.

Im Februar 1943 erhielt Hirsch die Anweisung sich zum Arbeitstransport am Bahnhof einzufinden. Ein Lokführer, den er aus alten Fußballtagen kannte, bot ihm an zur Flucht zu verhelfen, was Hirsch jedoch ablehnte. Als stolzer kaisertreuer deutscher Jude verdrängte er wie viele die Gefahr und konnte sich nicht vorstellen, dass nach seinem Leben getrachtet wird. Am 1. März 1943 wurde er schließlich mit elf weiteren badischen Juden, in einem dertypischen Transport, aus Karlsruhe nach Auschwitz deportiert, wo sich seine Spur verliert.

Sein Kollege Fuchs konnte dieses Schicksal verhindern und erkannte die Bedrohung der Nazis. Nach seiner Fußball-Karriere ehelichte er die Warschauer Architektin Eugenia Steinberg und war ebenfalls im Holzbetrieb seiner Familie tätig. Ab 1928 zog er mit seiner Frau und Kindern nach Berlin, wo er ein begeisterter Tennisspieler wurde.

Obwohl er noch bis 1937 beruflich tätig sein konnte, entschloss sich die Familie Fuchs zur Emigration in die Schweiz. Da sie dort nicht bleiben durften, zogen sie weiter nach Frankreich, was möglich war, da Gottfried Fuchs' Vorfahren aus dem Elsass kamen. Als der Krieg ausbricht, wird er dort als „deutscher Feind“ gesehen und muss fliehen. Seine Frau schaffte es noch in letzter Minute vom kanadischen

Botschafter in Paris, General Georges Vanier, ein Visum für Nordamerika für die ganze Familie zu bekommen, was ihnen schließlich das Leben rettete. In Kanada lebte er dann als Godfrey Fox ein eher bescheidenes Leben.

Nach dem Krieg

Nach dem Krieg wollte die junge Bundesrepublik nur nach vorne schauen und die Nazizeit so schnell wie möglich vergessen. Vergangenheitsbewältigung konnten oder wollten viele nicht. Es dauerte etliche Jahre bis das Vermächtnis von Hirsch und Fuchs an die Öffentlichkeit gelangte. Mittlerweile tragen Straßen- oder Sportzentren in Deutschland ihre Namen. In Karlsruhe wurde ein Stolperstein mit dem Namen Julius Hirsch vor seinem ehemaligen Haus in Karlsruhe eingelassen.

Und seit dem Jahre 2005 ehrt der DFB Personen und Organisationen für besonderen Einsatz, Toleranz und Menschenwürde, gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, mit dem „Julius-Hirsch-Preis“. Für die gleichen Verdienste verteilt der baden-württembergische Verband seit 2017 den „Gottfried-Fuchs-Preis“.

Obwohl „Godfrey Fox“ sein Leben in Kanada verbrachte, reiste er immer wieder nach Deutschland zurück, vor allem um Reparationsfragen zu klären. Doch obwohl er stets Einladungen seiner Heimatstadt bekam, vor allem von seinem früheren Verein Karlsruher FV, lehnt er diese stets ab, „weil sie den Juller ermordet haben.“

Der ehemalige Bundestrainer Sepp Herberger trug maßgeblich dazu bei, dass Gottfried Fuchs nicht in Vergessenheit geriet. Auf seine Initiative hin bekam der ehemalige Torjäger in Kanada die goldene Ehrennadel des DFB zugeschickt. Auch wollte er ihn aus Respekt für seine 10 Tore gegen Russland zur Einweihung des Münchner Olympiastadions am 26. Mai 1972 einladen. Zum Bedauern von Herberger, der in Fuchs den Franz Beckenbauer seiner Jugend sah, kam es nicht mehr dazu. Gottfried Fuchs starb am 25. Februar 1972 im Alter von 82 Jahren in Montreal an einem Herzinfarkt.

Seit einigen Jahren gibt es einen regen Kontakt der Nachkommen von Julius Hirsch und „Godfrey Fox“ und sogar gemeinsame Auftritte bei einigen DFB-Veranstaltungen. Eine Art „KFV-Wiedervereinigung“ der Enkel der ehemaligen deutsch-jüdischen Nationalspieler.

Luther und die Juden

Traditioneller Antisemitismus und heutige Israel-Anfeindung in der evangelischen Kirche

Von Dr. Rafael Korenzecher

Am Ende des Monats Oktober jährt sich zum 500. Mal ein Ereignis, das von der kleinen Stadt Wittenberg in Deutschland ausging und die nachhaltige, bis heute anhaltende Abspaltung einer protestantischen Kirche aus der bis dahin in Mittel- und Westeuropa von erheblichem klerikalen Antisemitismus geprägten, durch Rom beherrschten katholischen Kirche bewirkt hat. Sie hat leider weite, bis zu den Verbrechen der Nazis reichende Bedeutung für jüdisches Leben und Schicksal in Deutschland und Europa erlangt.

Die kurz gehegte Hoffnung auf ein Abrücken der neuen kirchlichen Protestbewegung von der verbreiteten Judenfeindlichkeit der katholischen Stammkirche hat sich sehr zum Unglück der Juden schon damals nicht erfüllt. Bereits der Begründer dieser Abspaltungsbewegung, der als Reformator in der protestantischen Geschichtsschreibung bis heute bejubelte ehemalige katholische Mönch Martin Luther behielt die Kontinuität des katholischen Antisemitismus bei und verschärfte diesen durch seine eigene unversöhnlich bis zum Mord an Juden auffordernde, judenfeindliche Haltung noch erheblich.

Die große Ausbreitung der protestantischen Kirche besonders in Deutschland und ihr verbohrt antisemitisches Legat haben nicht unerheblich zu der großen Zustimmung und der mehr als unrühmlichen Rolle der evangelischen Kirche im Dritten Reich geführt.

So äußerte Luther im Jahre 1543 in seiner Schrift „Von den Juden und Ihren Lügen“ unter anderem, man möge den Juden die Synagogen niederbrennen und ihnen ihre Häuser zerstören, um sie in Ställen und Scheunen wohnen zu lassen. Er empfiehlt, den Juden die Religionsausübung und ihren Rabbinern das Lehren unter Androhung der Todesstrafe zu verbieten.

Die Äußerungen Luthers waren durchaus prägend für die antisemitische Hetze der Nazis gegen die Juden in der Mitte des letzten Jahrhunderts. Hitler selbst war ein großer Bewunderer Luthers, der ihm – im Wesentlichen unwidersprochen von

der protestantischen Kirche – als Leitbild für seine judenfeindliche Haltung diente. Unterstützung für Hitler und seinen Judenhass gab es seitens weiter Teile der offiziellen evangelischen Kirche bereits in den Zeiten der sich formierenden nationalsozialistischen Bewegung in der Weimarer Republik und schon Jahre vor der Machtergreifung Hitlers 1933.

Das weit verbreitete „Deutsche Pfarrerbblatt“, ein Pflichtorgan aller Mitglieder des deutschen Pfarrervereins, veröffentlichte bereits im November 1930 einen Grundsatzbeitrag über das Verhältnis von NSDAP und Kirche. Die von G'tt gewollte Aufgabe für die deutsche Politik sei die Förderung des „arisch-germanischen Menschen“. Die Aufgabe von Theologie und Pfarrern sei es, zu helfen, dass die Nazi-Bewegung nicht einfach verrausche, sondern dass sie „erfüllt von göttlicher Kraft unserem Volk Gesundung bringe“.

1932 entstand die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ (DC) als Zusammenschluss von evangelisch getauften Nationalsozialisten. Sie wollten der NS-Ideologie in ihrer Kirche unbedingt zum Durchbruch verhelfen und pflegten ein völkisches, „arisches“, national-deutsches Christentum. Hinter den Deutschen Christen standen Ideen namhafter und anerkannter evangelischer Theologen wie Emanuel Hirsch und Arthur Dinter.

Ohne vereinzelt Widerstand aus der protestantischen Kirche – wie etwa den Kreis um Pastor Niemöller – unerwähnt lassen zu wollen, darf es bei der Grundhaltung der evangelischen Kirche nicht als verwunderlich angesehen werden, dass diese unmittelbar nach Hitlers Machtergreifung einen „Arier-Paragrafen“ einführte und Pfarrer ohne „Arier-Nachweis“ aus dem Dienst entfernte. Mit dieser Unterstützung des Hitler'schen Rassegedankens und mit ihrer großen Verbreitung trägt die evangelische Kirche Luthers eine nicht unerhebliche Mitschuld daran, dass Hitler seine Verbrechen gegen das jüdische Volk und den Holocaust mit breiter Zustimmung der deutschen Protestanten realisieren konnte.

Nicht wenige der Wehrmachts- und SS-Angehörigen, die an Erschießungen



Kirchengründer Martin Luther

von Juden, häufig – wie in Babi Jar und der übrigen Ostfront – auch von Frauen und Kindern, beteiligt gewesen sind und/oder auch Teile von Belegschaften von Konzentrationslagern stellten, waren bekannte evangelische Christen. Dazu zählt nicht nur der große Teil der in protestantischer Tradition aufgewachsenen, häufig adeligen Führung der Wehrmacht. Auch nicht wenige Offiziere des bezeichnenderweise sehr, sehr späten, eher der Verbesserung der eigenen Nachkriegspositionierung der beteiligten Führungskader gegenüber den siegreichen Alliierten dienenden deutschen Widerstandes waren Mitglieder der evangelischen Kirche und wie Stauffenberg überzeugte Antisemiten.

Aber auch nach dem Untergang des Hitlerreichs ließ und lässt das antisemitische Erbe Luthers die protestantische Kirche offensichtlich nicht los.

Während der evangelische Reichsbuderrat noch 1948 den Juden empfahl

den Holocaust als ermahnendes Zeichen G'ttes zu betrachten, etwa für ihre Weigerung sich bekehren zu lassen, versuchte die protestantische Kirche in der Folge nicht wenige Mitschuldige aus ihren Reihen an Naziverbrechen zu decken. Auch versuchten sich offizielle Teile der evangelischen Kirchen noch 1960 bei der Adenauer-Regierung für den Massenmord an Juden verantwortlichen Organisator und protestantischen Christen Adolf Eichmann einzusetzen, um ihn vor der israelischen Gerichtsbarkeit zu retten. Eine unrühmliche Rolle bei der Verschleierung der Rolle der protestantischen Kirche im Dritten Reich kommt auch dem langjährigen Bischof der evangelischen Kirche, Dibelius, zu.

Wenig ermutigend für eine eindeutige Distanzierung von Luthers antisemitischen Mordthesen gegen Juden bietet auch die gegenwärtige feindselige und Israel-dämonisierende Haltung der evangelischen Kirche zu dem Staat Israel, dessen ständige Delegitimierung neben dem übermäßigen Einsatz für grüne Politik-inhalte geradezu zu den Charakteristika und der heutigen, wohl die zusehends verlorengehende religiöse Legitimation kompensierende Essenz der Aktivitäten der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) darstellt.

Dazu gehören einseitige anti-jüdische und anti-israelische Aussagen und Polemiken zum Nahost-Konflikt, wie etwa die des evangelischen Theologen Jochen Vollmer, ebenso wie die nicht wirklich hilfreichen Einlassungen diverser Kirchentagsredner.

Jedenfalls scheint die Chance, die das mit euphorischem und häufig sinnentleertem Jubel begangene Lutherjahr 2017 für eine wirkliche Aussöhnung der vielfach antisemitisch schuldbeladenen evangelischen Kirche mit den Juden geboten hätte, gerade nachhaltig vertan zu werden.

(Quellen für diesen Artikel sind zahlreiche Veröffentlichungen und Internetbezüge von u.a. Hans-Martin Barth, Manfred Gailus, Stefan Loubichi, Bernd Rebe, Margot Käßmann u.a.m.)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

An den Ufern der Bira und des Bidschan

Eine der Folgen der Oktoberrevolution war das autonome jüdische Gebiet Birobidschan

Von Juri Baklanow

Die große Oktoberrevolution (begannen am 25. Oktober 1917 nach dem julianischen; am 7. November nach gregorianischem Kalender) feiert dieses Jahr ihr 100-jähriges Jubiläum. Die Geburt einer gewaltigen kommunistischen Welt auf der einen, der Beginn von Verfolgung und Deportation andersdenkender, andersstämmiger und andersgläubiger Bürger des eigenen Staats auf der anderen Seite. Den beschwerlichen und dennoch interessanten Alltag in einer besonders abgelegenen Provinz des Sowjetreiches beschrieb der Journalist Juri Baklanow.

Juri Baklanow gehörte der sogenannten Sobkrow-Gruppe an, einem der mit Abstand aktivsten und erfahrensten Kader des sowjetischen Journalismus. Einer, der das wahre Leben kannte. Viele Jahre arbeitete Baklanow im Gebiet Lipezk als Korrespondent der Zeitung „Selskaja Shisn“ (Das Landleben); und zuvor in den 70er Jahren war er Mitarbeiter der Zeitung „Tichookeanskaja swesda“ (Stern des Pazifischen Ozeans) in der Region Chabarowsk im Jüdischen Autonomen Gebiet, welches zu der Zeit noch keine Autonomierechte genoss, und Teil der Region von Chabarowsk war. Baklanows Erinnerung an das Leben dort sind ein spannendes Stück sowjetischer Geschichte.

Aus den Notizen des Journalisten:

„Hier gedeihen ja Melonen!“

Viele glauben, der Name der Hauptstadt, Birobidschan, sei jüdischen Ursprungs. Dem ist nicht so. Nach einer Verbindung der Station Tichonka mit der Transsibirischen Eisenbahn, verlieh man der Stadt einen Namen aus zwei zusammengesetzten Begriffen aus der Sprache der Ewenken (Ureinwohner Sibiriens): „Bira“ steht für Fluss und „Bidschan“ für Dauersiedlung. Die Bira fließt übrigens geradewegs durch die Stadt, während der Fluss Bidschan parallel verläuft und sich mehr in westlicher Richtung befindet. Beide fließen aber in den Amur.

Das Jüdische Autonome Gebiet besteht aus nur 5 Rajons (etwa vergleichbar mit deutschen Landkreisen). Ich kann sagen, dass ich in meiner kurzen Arbeitszeit nur zwei kleine Dörfer am Amur nicht besucht habe. Alle anderen bin ich wirklich zigital abgefahren.

In der Kosakensiedlung Michailo-Semjonowskaja (später Blücherowo, und nach der Ermordung des Marschalls Wassili K. Blücher schließlich Leninskoje) rief am 5. August 1923 der sogenannte „Älteste der Union“ Michail Kalinin (Vorsitzender des Allrussischen zentralen Exekutivkomitees der Sowjets), nachdem man ihm eine Garbe Weizen und eine Wassermelone überreicht hatte: „Oh, hier gedeihen ja auch Melonen!“ Und später auf einer Kundgebung sprach er die Worte aus, die in die Geschichte eingingen: „Dies ist ein großes, freies, fruchtbares Land, auf das kein anderes Volk, außer das jüdische, Anspruch hat.“

So war über das Schicksal der hart arbeitenden Juden entschieden worden, die in der Ukraine und in Weißrussland Handwerker gewesen waren, aber durch die Verwüstung nach dem Bürgerkrieg ohne Beschäftigung dastanden. Und so entschied man sich, aus ihnen Ackerbauern zu machen. Aber anstatt die Krim zu wählen, wo sich die arbeitslosen Juden niederzulassen wünschten, waren viele dazu bestimmt, sich zwischen der Bira und Tunguska anzusiedeln. Immerhin



Denkmal für die ersten Siedler in Birobidschan.

war dieses Land von Professor B. L. Bruk nach genauerer Untersuchung als für die Landwirtschaft geeignet eingestuft worden. Die Wissenschaftler sprachen sogar von günstigen Bedingungen für den Reisanbau.

Der Beitrag der Kosaken

Doch zuvor hatte man in dem Gebiet Transbaikalien-Kosaken angesiedelt. Ich finde, dass das eine vernünftige Entscheidung der Zaren-Regierung war die Grenzgebiete den Kosaken zu geben. Einige von ihnen ließen sich an den südlichen Grenzen nieder, widmeten sich der Landwirtschaft wie der Viehzucht und schützten gleichzeitig die Grenzen des russischen Staats, andere eigneten sich neue Landesteile Sibiriens und des Fernen Ostens an. Wie es der Dichter Michail Lomonossow einst schrieb: „Der Reichtum Sibiriens wird Russlands Macht mehren.“ Und so geschah es auch. Wo wäre unser Land denn ohne Öl und Gas aus Sibirien, ohne die Wälder, das Gold und die Pelzarten? Bei der Einnahme dieser Weiten spielten die Kosaken eine bedeutende Rolle. Man benötigte keine speziellen Truppen, die Kosaken allein waren geeignete Grenzhüter. Jeder junge Kosake von 16 Jahren musste bereits ausgestattet sein mit einem Pferd, einem Schwert und einem Gewehr, musste lernen mit diesen gut umzugehen. Im Gegenzug hatten die Kosaken vollsten Einfluss auf ihre Territorien, einschließlich der fischreichen Flüsse.

Allein mithilfe der Region Transbaikalien waren in wenigen Jahren vier Holzschwemmanlagen (Flößerei) der Kosaken am Amur ins Leben gerufen worden. Besonders viele Kosakensiedlungen und Dörfer, aber auch zukünftige Städte wie Blagoweschtschensk und Chabarowsk sind im Jahre 1858 gegründet worden; benannt nach Kosakenführern und Forschern. Neben den Kosaken siedelten sich auch einfache russische Bauern an. Darüber schrieb Nikolai Sadornow (Vater des Satirikers Michail Sadornow) in seinem Roman „Amur-batjuschka“

(deutscher Titel: Väterchen Amur). Auch der Roman „Amurskije wersty“ von Nikolai Nawolotschkin schildert diese Geschichte.

Viele Dörfer im Jüdischen Autonomen Gebiet tragen Namen zu Ehren des Kosakengenerals Kukel. Das Dorf Paschkowo – benannt nach dem Familiennamen eines Heerführers aus Nertschinsk, Pusino – ein Dorf nahe des Rajonzentrums (Kreisstadt) Amurset – ist nach dem Stabschef der Truppen der Transbaikalien-Kosaken benannt, und die Dörfer Pojarkowo sowie Deschnjowo, nun ja, das braucht man bei uns nicht zu erläutern (Pojarkow und Deschnjow sind beide bekannte Kosaken-Atamane und Entdecker gewesen). Die große Kosakensiedlung Jekaterino-Nikolskoje trägt ihren Namen zu Ehren der Gattin des General-Gouverneurs Ostsibiriens, Graf Nikolai Nikolajewitsch Murawjow-Amurski.

Juden in der Taiga

Zur Besiedlung des Fernen Ostens trug auch der Bau der Transsibirischen Eisenbahn bei. In Vergessenheit geraten ist der große Einsatz des Grafen Sergej Witte bei diesem Vorhaben. In der Sowjetära organisierte das KomSET (Komitee für Bodenbewirtschaftung der jüdischen Arbeiter) unter der Leitung von P. G. Smidowitsch die Umsiedlung von Juden an die Ufer der Bira und des Bidschans. Zunächst wurde der „Birobidschanische Nationalkreis“ gegründet, dann im Jahre 1934 in „Jüdisches Autonomes Gebiet“ umbenannt. In diesem Zusammenhang sind auch die neuen Namen zu erklären: Waldheim, Birofeld, Naifeld, Stalindorf, Stalinfeld. Die beiden Letzteren sind mittlerweile von der Karte verschwunden. Stalinsk, die ehemalige Kreisstadt nahe des Oktjabrski Rajons, ist buchstäblich weggespült worden. Zerstört durch eine starke Überflutung im Jahre 1951. Die neue Kreisstadt wurde Amurset. Doch auch während meiner Tätigkeit blieb die Zahl der Juden hier wie auch im benachbarten Pusino sehr gering.

Eine der besten Schriften über das heikle Leben der Siedler bilden die Essays des Schriftstellers Viktor Fink „Jewrei w taige“ (Juden in der Taiga). Offenbar findet sich in seinem Werk eine Menge an Wahrheiten, denn von der Wissenschaftlichen Bibliothek Chabarowsk war es mir nur durch die schriftliche Zustimmung der Behörden möglich gewesen, es zu bekommen. Zensur eben.

Ein Heim im Walde

Die Korrespondenten des Jüdischen Autonomen Gebiets mussten natürlich ganz genau über ihre Unternehmungen in allen Regionen Auskunft liefern. So schrieb man über das Kombinat „Chinganolowo“, über das Zementwerk Teplooserski und das Londokowski-Kalkwerk. Des weiteren über die Steinbrüche aus Birkakan, deren Marmor einst nach Moskau zur Verzierung der Metrostation Komsoolskaja befördert wurde, und auch über die Holzverarbeitungsanlage Tunguska im Rajon Smidowitsch, die die Dörfer mit Fertighäusern ausstattete. „Dalselmasch“ war der einzige Betrieb in der ehemaligen Sowjetunion, in dem Erntemaschinen mit Raupenfahrwerk speziell für den Einsatz auf klatschnassen Feldern gefertigt wurden. Dieser Monsunregen in Fernost war dafür der Grund. Bemerkenswert dabei ist nur: Während die Erntemaschinen für den Export in separaten Werkhallen mit 50 Maschinen pro Monat und einer gründlichen Prüfung angefertigt wurden, bekamen die eigenen Leute solche vom Fließband. Ganz nach dem Motto: Wird schon laufen.

Amerikanische Juden spendeten für sowjetische Juden

Die meiste Zeit musste ich auf Feldern und Bauernhöfen verbringen. Besonders gut gefiel es mir in der Kolchose Sawety Iljitscha im Rajon Birobidschan, den der ehemalige Mitarbeiter des Militärrichtendienstes und „Ritter des Ruhmesordens“ Wladimir Israilowitsch Peller leitete. Die Kolchose mit ihrer Kreisstadt namens Waldheim, hatten die Siedler aus

der Ukraine, Weißrussland und aus Kasan (Tatarstan) gemeinsam aus dem Boden gestampft. Man schuftete in den Wäldern, hauste in Erdhütten, bearbeitete das wilde Land. Einen Teil der technischen Ausrüstung beschaffte die große wohl-tätige und jüdische Organisation „Joint“ aus Amerika. Einer der bekanntesten Vorsitzenden der Kolchose in Waldheim war der junge Emmanuil Kasakewitsch, Sohn des ersten Redakteurs der Zeitung „Birobidschaner Stern“ Heinrich Kasakewitsch. Auch Emmanuil hat vor dem Krieg bei diesem Blatt gearbeitet.

Wladimir Peller – ein besonderer Mann

Zum Erfolg in Waldheim kam es aber erst dann, als Wladimir Peller zum Leiter gewählt wurde. Dieser Mann ist, ohne zu übertreiben, durch die Hölle gegangen. Jung war er aus der Ukraine nach Amurset in die Kolchose Roiter Oktjabr gekommen. Wie mir die Alten im Dorf Pusino erzählten, fuhr Peller die erste Zeit nur mit dem Traktor durch die Gegend, konnte mit dem nicht mal gut umgehen. Doch war er ein so kräftiger Kerl, dass es für ihn ein Leichtes war so einen dreischarigen Beetpflug zum Traktor zu schleppen. Peller schuftete wie ein Ochse. Er hasste Ungerechtigkeit, und wurde so nach nur wenigen Monaten von den Kolchosbauern zum Vorsitzenden gewählt. Als der Krieg begann, meldete er sich als Freiwilliger. Schon 1941 zog er sich die erste Verwundung zu. Sein Regiment hielt sich zwei Monate bei Odessa. In Stalingrad – nun als Oberstabsfeldwebel (Starschina) – stürmte er ein dreistöckiges Gebäude. Ohne Waffen kam er gegen vier Deutsche an. Er nahm sich zwei auf einmal, ließ ihre Köpfe gegeneinanderschlagen und beförderte dann die leblosen Körper aus dem Fenster. Zwei Wochen lang verharrten sie bei diesem Gebäude, das die Frontsoldaten „das Peller-Haus“ taufte. Trotz seiner schweren Verletzung am Bauch überlebte er.

Man wollte ihn vom Wehrdienst befreien, doch blieb er fest entschlossen weitermachen zu können. Er trat seine Stelle beim Nachrichtendienst an, brachte es auf 18 Gefangene, die bereit waren Informationen preiszugeben. In der Offensive kroch er zu einem Bunker, bewarf diesen mit Panzerabwehrgranaten und zerstörte so feindliche Maschinengewehre. Der Ruhmesorden III. Klasse wurde ihm verliehen. Dem folgten noch zwei weitere. Und eine Kopfverletzung.

Nach seinen Kursen für Vorsitzende kehrte er in seine Kolchose zurück. Doch man verlegte ihn in das benachbarte Dorf Jekaterino-Nikolskoje. Nachdem er die Abgabe von mehr Getreide, als es anfangs vereinbart war, verweigert hatte, nahm man ihn fest. Dank der Einmischung eines Abgeordneten des Obersten Sowjets der UdSSR ließ man ihn laufen. Aufgrund des Vorfalls aber landete er im Rajon Birobidschan. So begann er sich der Sowchose Nadeschdinski zu widmen.

Wieder kam es zu einer Auseinandersetzung. Der Streit eskalierte so sehr, dass Peller den Obersekretär des Landkreiskomitees von einer Fähre, die über die Bira fuhr, ins Wasser schubste. Seine Abzeichen bewahrten ihn vor einer erneuten Festnahme. Er arbeitete als Leiter in Naifeld, doch kamen bald Abgesandte aus Waldheim. Drei Tage dauerte die Besprechung an. Und trotz der Proteste des Landkreiskomitees der KPdSU wurde er zum Vorsitzenden gewählt.

„Helden der Sozialistischen Arbeit“

Erst da begriff ich, wie gut jüdische Traktoren- und Mährescherfahrer arbeiteten. Das Rückgrat der Mannschaft waren die drei Rak-Brüder. Boris Rak wurde

später Vorsitzender. Eine Maria Jossifowna Pokatylo, die Vorarbeiterin des Landwirtschaftsbetriebs in Pronkino, erreichte die besten Erträge im Gebiet. Zusammen mit dem Vorsitzenden wurde sie mit dem Titel „Held der Sozialistischen Arbeit“ ausgezeichnet. Riwa Jewsejowna Wischtschnikina, Vorarbeiterin aus dem Bereich Gemüseanbau, wurde zur Abgeordneten des Obersten Sowjets der UdSSR gewählt, während man ihre Gruppenleiterin Maria Petrowna Brachmanowa ebenfalls mit dem Titel „Held der Sozialistischen Arbeit“ auszeichnete.

Manchmal wird geschrieben, dass alte Leiter kein Gefühl für die Marktwirtschaft hätten. Peller beherrschte sie noch vor den Marktformen. Von 400 Hektar Kartoffel kamen bei ihm auf 100 Hektar eine Sorte frühreifer Kartoffeln plus Bewässerung. Während die anderen auf ihre Knollen warteten, grub Peller seine Frühreifen schon im Juli aus und verkaufte sie für 40 Kopeken pro Kilo statt für 10 Kopeken im September.

In der Sowchose Nadeschdinski war man neidisch auf seine Nachbarn. Der Direktor W. D. Rotosejew kannte neben dem Gerede über irgendwelche Pläne nur Beschwerden. Eines Tags musste ich hier wegen der Ankunft des Vorsitzenden des Chabarowsker Regionalkomitees Grigori Jefimowitsch Podgajew die Nacht verbringen. Er fragte mich nach meinen Eindrücken und erzählte dann von einem Scherzreim, den ein paar aufgedrehte Mädels auf einer Theaterbühne vorgetragen hatten. Die Sowchose Nadeschdinski war dabei ein wenig aufs Korn genommen worden.

Irgendwie bin ich mir sicher, dass mit Peller die Kolchose überlebt hätte. Gemüse, Kartoffeln, Milch, Soja – das wird immer gebraucht. In Waldheim verstand man sein Handwerk. Aber ein Mensch lebt eben nicht ewig. Irgendwann macht auch der kräftigste Körper schlapp. Vor allem dann, wenn sein Innerstes schwer verwundet war.

Im regionalen Krankenhaus lag ich nur wenige Betten von Wladimir Israilewitsch Peller entfernt. Als in der Nacht die Ärzte und Krankenschwestern hektisch rum zu rennen begannen, beschwerte sich Dr. Brandt, Doktor der Medizin und Lungenchirurg, lautstark darüber, dass man ihn nicht geholt habe als es Peller so schlecht geworden war. Brandt versicherte, er hätte Wladimir retten können, hätte eine Operation vorgenommen, solche seien ihm noch aus Kriegszeiten bekannt und nichts Neues gewesen.

Mein ehemaliger Kollege von der Zeitung „Birobidschaner Stern“, der Schriftsteller Roman Schoichet, der später in Israel seine letzte Ruhe fand, erzählte mir, dass als er mit Peller die Uferstraße entlang und am Gebäude des Regionalkomitees der KPdSU vorbeiging, Wladimir mit dem Zeigefinger auf das Weiße Haus deutete und sagte: „Da hat man mir mehr Blut ausgesaugt, als ich an der Front verloren habe.“

In neuerer Zeit zerfiel die Kolchose in ein paar Bauernhöfe. Doch das, was vom Vorsitzenden in Waldheim geschaffen worden ist, dient den Leuten noch heute: ein Rajon-Krankenhaus, ein Rajon-Kulturhaus, ein Rajon-Museum, zwei Schulen, eine Musikschule für Kinder, eine große Bibliothek, eine Wohnungs- und Gemeindeverwaltung und natürlich Einkaufsläden.

Frost und Wind

Häufig pendelte ich zwischen den Zentren der großen Rayons Oktjabrski und Leninskoje hin und her. Im Winter stieß man auf eisige Kälte, im Sommer auf Hitze und Pollen ohne Ende. Auf der Strecke von Birobidschan zum Amur endeten die

asphaltierten Wege nach 40 Kilometern in Birofeld. Nun folgten Kies und Staub. Ob heutige Journalisten solchen Belastungen getrotzt hätten, frage ich mich? In einem kleinen halb zugefrorenen Minibus fährt man acht Stunden bis Amurset. Die Scheiben sind vereist. Auf halber Strecke, den Daurischen Hügel erklommen, landen wir im Dorf Bidschan. Hier gönnen wir uns ein Mittagessen in einer Kantine mit Kohlsuppe und Frikadellen. Endlich taut man wieder auf. Danach erneut diese mutlosen Weiten mit den verschneiten Feldern, und mit der Hoffnung, dass die Hotelzimmer in Amurset schön warm sind, wenn wir ankommen.

Bei minus 44 Grad im Hotel mit den undichten Fenstern

Das war nicht immer der Fall. Auf eine Beschwerde aus der Sowchose Smidowitschski hin, stieg ich am Abend an der Station Yin aus und begab mich, begleitet von stürmischen Winden, ins fast nagelneue Hotel der Kreisstadt Smidowitsch. Ja, trotz später Stunde bekam ich ein Zimmer. Die Fenster undicht, ich schlief in meinen Klamotten. Mit der Mütze auf dem Kopf. Rumwälzen konnte ich mich wie ich nur wollte, und trotzdem nervte der Wind aus den undichten Spalten. Draußen waren es minus 44 Grad, im Zimmer 8 und ebenso windig. Nach dem Zittern und Bibbern bis 3 Uhr morgens stand ich endlich auf und begab mich in der Dunkelheit ins Dorf Pestschanoje. Zwar sind es bis dahin nur drei Kilometer, doch darf man dabei den frostigen Wind nicht vergessen. Ein Segen, dass mir mein Schwiegersohn, ein Rennfahrer, französische Pelzstiefel geschenkt hatte, die meine Beine warmhalten sollten. Aber zu früh gefreut. Nach gut einem Kilometer nahe einer Milchfarm rissen die Sohlen der schönen Stiefel auf. Dem Frost Sibiriens waren sie nicht gewachsen. Sehr schade drum. Ich beschloss den Milchmädchen beim Transport von Kohle unter die Arme zu greifen. Als Gegenleistung erhielt ich vom Leiter was Passenderes zum Anziehen.

Die Schneestürme machten einen fast blind

Manchmal ließ einem der Monsunregen am Ende des Sommers keine Zeit, die Sojen von den Feldern zu räumen. Ich kann mich erinnern, dass man noch im Dezember die Ernte fortsetzte. Und der Obersekretär des Regionalkomitees der KPdSU, A. K. Tscherny, bekam – man mag es kaum glauben – von irgendjemanden die Mitteilung darüber, dass Arbeiter aus der Abteilung Kwaschnino der Sowchose Deschnjewski einen Rekord im Dreschen erzielt hätten. Und das unter Scheinwerferlicht. Sofort sandte man mich aus Bidschan zu den Rekordhaltern. Per Anhalter, auf der Rückbank eines wahren Rasers hockend, kam ich an. Ich unterhielt mich ein wenig, hab mit den Leuten Tee in einem Trailer getrunken. Zu später Stunde ging's dann die zwanzig Kilometer wieder zurück. Die Schneestürme machten einen fast blind. „Der Wind im Gesicht, und dennoch quatsche ich“, wie es die Band Ljube ausdrückte. Manchmal hielt ich ihn nicht aus, lief mit dem Rücken voran, kam aber vom Weg ab. Nicht ein einziges Scheinwerferlicht. Da endlich. Zwei Lastwagen. Vergebens. Nun ja, wer würde mich denn auch mitnehmen wollen? Nachts nahe der Grenze.

Stehen zu bleiben und eine Rast einzulegen ist nicht ratsam. Zu groß ist die Gefahr, wie ein Straßenkötter zu erfrieren. Und so schritt ich weiter voran. Um Punkt 1 Uhr nachts erreichte ich die Herberge in Bidschan. Dank des örtlichen Sowchoseleiters Iwan Grigorjewitsch Lewkowski, brachte man mir einen elektrischen

Wasserkocher, ein Laib Roggenbrot und Zucker aufs Zimmer. Ich aß, taute auf und feilte bis 3 Uhr an meinem Text. Die Situation erinnerte mich an unsere Helden in Deschnjewski mit ihrer winterlichen Soja-Ernte. Am Morgen diktierte ich der Stenographin meine Arbeit aus dem Büro.

Ein fast unmöglicher Boden

Derartige Ereignisse kommen oft vor. Doch ich erinnere mich auch an einen Winter, als es bis April nicht geschneit hat. Die Erde bekam sogar Risse wie in einer Wüste. Statt Schnee – ein paar Sandstürme. Und das hier im Winter! Auf den Feldern bleibt der Schnee nicht liegen, er schmilzt und fließt unter der Sonne als fröhlicher Bach dahin. Hier sät man kein Wintergetreide, es gefriert. Im Frühling bemüht man sich schnell Weizen und Gerste über dem Auftauboden zu säen. Wenn dieser auf nur 6-8 cm abgetaut ist. Weiter unten findet sich meterlanger Permafrostboden. Wem das alles gut gelingt, der hat Brot in seinen Händen. Bis Mai gelangt man nicht mehr auf die Felder. Als Helden galten diejenigen Traktoren- und Mährescherfahrer, die an den besonders sonnenreichen Plätzen solche gut aufgetauten Portale sicherstellten, dann ordentlich die Egge festmachten und danach gleich die Sämaschine zum Einsatz brachten. So einige dieser Helden haben wir interviewt.

Im Rajon Oktjabrski bei dem Dorf Polewoje sammelten sich sieben von unseren Zeitungs-, Radio- und Fernsehreportern. Die vom Fernsehen waren sogar via Charterflug aus Chabarowsk angereist. Alle sammelten sich um das Aggregat „Belarus“ (Weißrussland). Es zog eine Sämaschine, die an anderen Stellen mit ihren Pflugmessern auch noch das Eis aufkratzte. Der Korrespondent des regionalen Rundfunks, Naum Aisman, mit dem man öfters mal aufs Feld hinausgefahren war, bemerkte nachdenklich: „In diesem Frühling hat die Aussaat eine Woche früher angefangen. Wenn das so weitergeht, wird man bald im Januar säen. Wie viel Zeit haben wir doch mit diesem Geschwätz von der Verehrung des Arbeitsenthusiasmus vergeudet, als man die Hektare zum Aufpflügen, die Saat und die Ernte als wichtigsten Hauptindikator für den Erfolg eines Arbeiters oder die Wirtschaft ansah, und nicht so sehr die Erträge und den Gewinn. Im Grunde haben wir viel Unsinn geschrieben, nur um ein paar Seiten in der Zeitung zu füllen. Verschlungen habe man ja unsere Blätter, so haben es uns die Parteichefs versichert.“

Und es blieb bei 1 %

Als das neue Russland einen angeblich demokratischen Kurs anzustreben begann, war Israel bereit dem Jüdischen Autonomen Gebiet unter die Arme zu greifen. Einen internationalen Flughafen wollte man bauen, in den Aufbau investieren, die jüdische Kultur fördern. Doch auf den Vorschlag „Wir kommen zu euch“ antworteten die Einwohner eher mit „Nein, wir kommen zu euch!“. Ab 1994 wanderten innerhalb von vier Jahren 15.000 Juden aus dem Autonomen Gebiet nach Israel aus. In den besten Jahren hatten hier um die 20.000 Juden gelebt. Während meines Aufenthalts stellten sie in Birobidschan 20 % der Einwohner, im gesamten Gebiet nur 12 %. Nun leben hier knapp über 1.500, also nur noch 1 %. Die Bezeichnung „Jüdisches Autonomes Gebiet“ hat demnach mehr eine geographische, denn eine nationale Bedeutung. Schwer zu glauben, dass sich die fleißigen Juden für das Land in Fernost nochmals begeistern werden.

Übersetzung vom Russischen ins Deutsche: Edgar Seibel

Die Qual der arabischen Juden vor der Gründung Israels

Erschreckende Fallbeispiele aus vor-zionistischen Zeiten

Von Karl Pfeifer

Georges Bensoussan gelang es in seinem neuesten Buch „Die Juden der arabischen Welt, eine verbotene Frage“ * auf 167 Seiten viele dieser verbotenen Fragen zu stellen und die von den französischen „kulturellen Linken“ diesbezüglich postulierten Axiomen als Halbwahrheiten oder ganze Lügen zu entlarven.

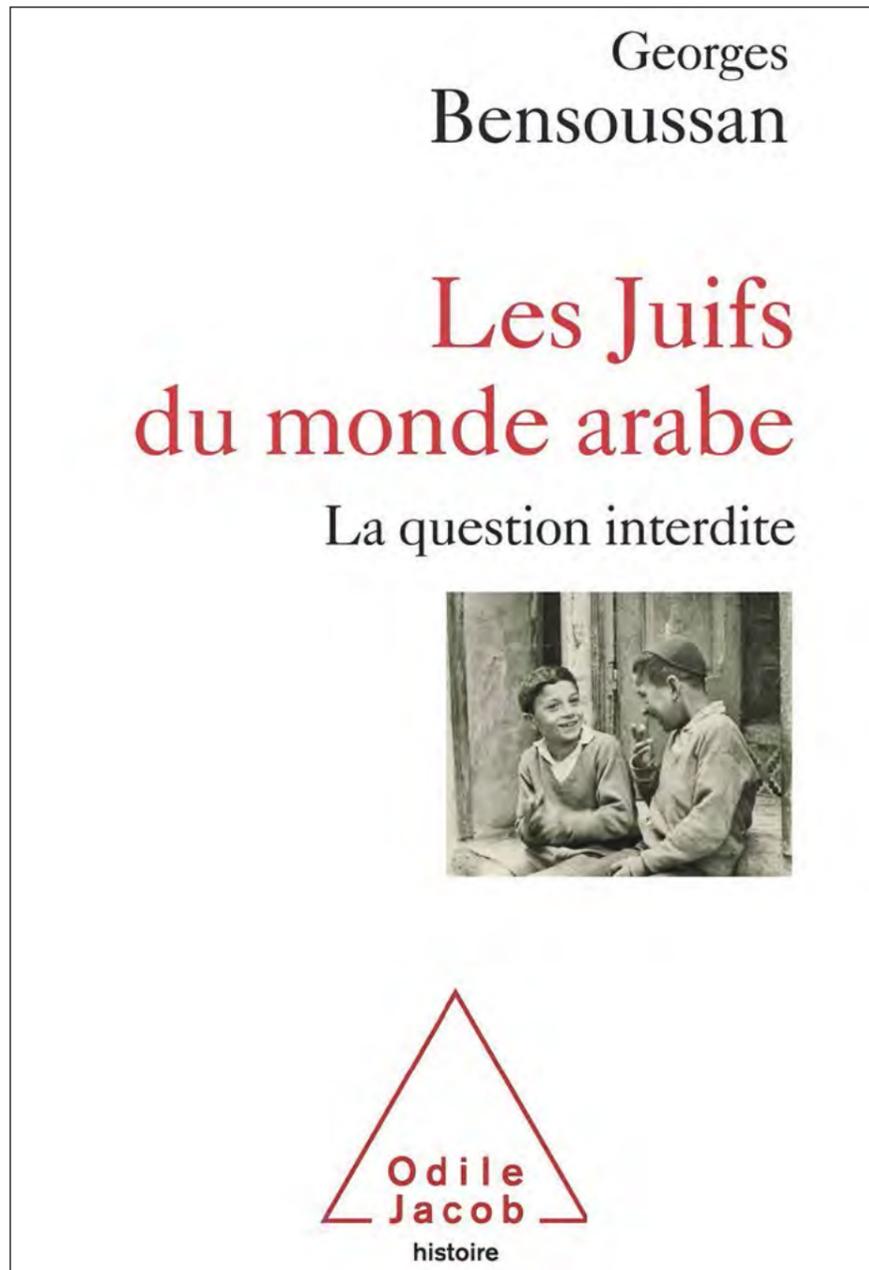
Er fragt, wieso ungefähr 900.000 Juden binnen nur einer Generation die arabischen Länder verlassen haben. Während die „kulturelle Linke“ dafür den Zionismus und den Staat Israel verantwortlich macht, zeichnet dieser Historiker ein nuanciertes Bild. Die Einrichtung moderner Schulen und die Begegnung mit der Aufklärung haben dazu geführt, dass sich so viele Juden der arabischen Welt gegen ihre Unterwerfung auflehnten und sich für die moderne Welt entschieden. Die arabischen Gesellschaften hingegen erleben heute eine mythische Regression zu den „frommen Vorfahren“ (salaf).

Der Autor erklärt den Status der dhimmis, der Schutzbefohlenen (Christen und Juden), die laut Koran Sure 9, Vers 29 bekämpft werden sollten „bis sie den Tribut aus der Hand (ohne Vermittler) gedemütigt errichten“. D.h. die christlichen und jüdischen Gemeinschaften konnten in den muslimischen arabischen Ländern erst durch die Entrichtung einer entehrenden „Kopfsteuer“ (schizja) ihren Glauben behalten.

Bis heute gibt es in der arabischen Alltagssprache viele judenfeindliche Wendungen. Zum Beispiel werden ihre störrischen Esel mit dem Ruf „Emschi ya ibn el yahudi“ (geh doch, Sohn eines Juden) angetrieben. In Jemen, wo jeder Mann einen Dolch trägt, durften Juden dies nicht tun. In Marokko wurde ihnen das Trinken aus öffentlichen Quellen verboten.

Der franziskanische Mönch Francesco Suriano, der sich während des 16. Jahrhunderts lange in Jerusalem aufhielt, schrieb: „Diese Hunde von Juden werden zertreten, geschlagen und misshandelt, wie sie es verdienen ... Sie leben in diesem Land in einer solchen Unterwerfung, dass Worte es nicht beschreiben können ... in Jerusalem, wo sie die Sünde begangen haben, für die sie in der ganzen Welt verstreut sind (Anm. d. Red.: Gemeint ist Jesus' Kreuzigung Jesus), sind sie von Gott mehr bestraft und geplagt als in irgendeinem anderen Teil der Welt.“

1790 schrieb der Engländer William Lemprière über die Juden in Marokko: „Diese unglücklichen Leute werden überall, wo sie sich aufhalten wie Wesen



anderer Art behandelt, aber nirgends so grausam und unverdienter unterdrückt, wie in der Barbarei (Marokko)... Die Mohren beweisen mehr Menschlichkeit gegen ihre Tiere, als gegen die Juden.“

Im „Anglo Jewish Association Annual Report“ vom 3. Februar 1888 an den britischen Ministerpräsidenten findet man über Marokko u.a. den Punkt 21: „Die Entschädigung für den von einem Mauren getöteten Juden beträgt 60 Pfund. Der Mörder wird nicht zu einer Strafe verurteilt, er sitzt im Gefängnis, solange dieses Blutgeld nicht bezahlt ist. Die Autoritäten nehmen einen großen Teil dieser Entschädigung und geben der Familie lediglich ein Almosen.“

Am anderen Ende der arabischen Welt berichtet 1889 Jacob Valadji, Direktor der

Schule der „Alliance israélite universelle“ in Bagdad:

„Seit dem 15. September (1889) gibt es keine Sicherheit mehr für die Juden in Bagdad. Bislang wurden sie verachtet von den Muslimen in Bagdad, ... kein Jude kann mit erhobenen Haupt gehen oder sich friedlich dem Handel widmen... Seit einigen Tagen werden Juden gejagt, überall verfolgt wie wilde Tiere. Da die Muslime sehen, dass die Juden es nicht wagen sich in den Gassen sehen zu lassen, weil schon die Ansicht eines Muslimen sie in Schrecken versetzt, gibt es keine List und keine Bosheit, die diese nicht anwenden“, um die Angst der Juden auszunützen.

Die im Buch detailliert nachgewiesene Diskriminierung und der Mord an Juden in den arabischen Gesellschaften hatten nachweislich nichts mit dem Zionismus oder gar der Entstehung des Staates Israel zu tun.

Oft genug wurden Juden in der arabischen Welt „Hunde“ genannt. Die arabische Meute, die während eines Pogroms in Jaffa auch den hebräischen Dichter Josef Haim Brenner 1921 ermordete, brüllte „Die Juden sind unsere Hunde“ (Al yahuda Kalabna).

Natürlich bringt Bensoussan auch Beispiele von Ausnahmen, von Freundschaften zwischen Muslimen und Juden, doch widerlegt er mit vielen Fakten das Märchen von einer arabisch-jüdischen Symbiose, das bis heute ein Axiom der kulturellen

Linken und der Islamisten ist.

Er erinnert daran, dass der deutsche Historiker Matthias Küntzel einen Vortrag an der britischen Universität Leeds halten sollte „Die Erbschaft Hitlers: der muslimische Antisemitismus im Nahen Osten“. Aufgrund der Proteste der muslimischen Studenten, musste der Titel geändert werden in „Die Nazi Erbschaft: der Export des Antisemitismus in den Nahen Osten“. Doch bis heute werden die von Arabern begangenen Pogrome im kolonialen Maghreb während der Herrschaft des Vichy-Regimes verschwiegen.

Die meisten Fälle von Gewaltanwendung gegen Juden wurden von Muslimen begangen, die keine Verbindungen zu extremen Rechten oder der Kolonialmacht hatten.

Im Maghreb waren die Franzosen bereit die Juden zu opfern. Am 11. Oktober 1939 riet das französische Generalkonsulat in Jerusalem ab, in Marokko eine „jüdische Legion“ gegen Nazideutschland zu formieren: „Eine solche Initiative würde nur den Antisemitismus bestärken. Deutschland hätte ein leichtes Spiel zu unterstellen Frankreich und England gehorche den Juden. Der Islam, dessen Unterstützung für uns unersetzbar ist, würde uns nicht verzeihen ihre Interessen zu opfern, um das Interesse derer zu fördern, die sie für ihre wütenden Gegner halten. Aus diesem Grund akzeptiert unser Alliiertes (das Vereinigte Königreich) die Mitarbeit von Juden nur individuell und bedingungslos.“

In einer 1939 in Beirut gedruckten Broschüre warnt das Oberste Arabische Komitee von Jerusalem bezugnehmend auf Palästina vor einer „jüdischen Gefahr“: „Vor der Einwanderung kannte man in den arabischen Ländern den Typus des orientalischen Juden, der friedfertig, resigniert und glücklich war...“

Was ist ein „glücklicher und resignierter“ Jude? Das ist jemand, der „seinen Platz kennt“ und instinktiv die Sichtweise seiner Meister internalisiert. Wie die Frau muss der Jude leise sprechen und seine Augen gesenkt halten, was seine Unterwürfigkeit zum Ausdruck bringt. Der „glückliche und resignierte“ Jude ist der beherrschte, der für immer unterworfen ist. Erst den Juden, die der Zionismus aufrichtete, flüstert die Welt in die Ohren, aufrecht zu gehen sei nicht selbstverständlich.

Bensoussan stellt in seinem Buch eine Menge unbequemer Fragen. Weshalb haben die meisten Juden in der arabischen Welt die Ankunft der europäischen Kolonisatoren begrüßt? Weshalb wollten so viele europäische Pässe haben? Aus welcher Bedrängnis flüchteten so viele nach Europa, das damals noch massiv antisemitisch eingestellt war?

Die Geschichte der Juden in den arabischen Ländern wurde lange Zeit von Hofjuden geschrieben. Islamisten, die kulturelle Linke in Frankreich und anderswo halten es für skandalös, wenn solche Fragen von einem seriösen Historiker gestellt werden.

Dieses spannende Buch Bensoussans würde es verdienen ins Deutsche übersetzt zu werden.

*Georges Bensoussan: *Les Juifs du monde arabe / La question interdite*, Odile Jacob Paris 2017

Dieser Artikel ist zuerst in der „Illustrierten Neuen Welt“ erschienen.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau.

Abonnementspreis

(Zusendung inbegriffen)

Vierteljährlich:

1. durch die Expedition:

- a) in Berlin M. —,90.
- b) nach auswärts M. 1,—
- c) für das Ausland M. 1,50.

2. im Postabonnement M. 1,25

3. bei Sammelbezug durch die Ortsgruppe M. —,60.

Postzeitungsliste No. 3703.

Inserate

die viergespaltene Petitzeile 25 Pf.

Inseratenbollagen

15 M.



Organ

der

Zionistischen Vereinigung

für

Deutschland.

Erscheint jeden Freitag.

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:

Verlag Jüdische Rundschau,
E. G. m. b. H.

Berlin C 22, Auguststrasse Nr. 49 a.

Sprechstunden:

v. 4—5 Uhr nachmittags.

Redaktion:

Dr. Heinrich Loewe, Berlin NW. 40,
Lehrterstrasse 14, 15.

Sprechstunden:

Montag und Donnerstag 4—6 Uhr.

No. 41.

Berlin. 10. Oktober 1902. 9. Tischri 5663.

VII. Jahrgang.

Die Unterzeichneten gratulieren allen Verwandten, Angehörigen, Freunden und Bekannten nur auf diesem Wege zum Neuen Jahre und wünschen ihnen eine

בְּטוֹבָה וְהַחַיִּים טוֹבָה

Gustav Wolf, Köln. Direktor M. Levy, Köln. Moses Goldreich, Köln. L. Rabinowitz, Köln. Moritz Loewe, Sangerhausen. Heilbronn, Kosel. Sichel, München. Landau, Düsseldorf. Bodenheimer, Köln. Manasse, Obersitzko. Richard Meyer, Wriezen. E. Levy cand. phil., Berlin. Meyer Katz, Hannover. Samuel Goldreich, Köln. Julius Simon, Mannheim. Hirsch Ruckenstein, Berlin. Jaffe, Mülhausen. Wertheim, Mannheim. E. Rosenkranz, Berlin. W. Perlitz, Nakel. S. Gronemann, Hannover. Inspektor Meyer, Hannover. Magnes, Heidelberg. J. H. Wagner, Berlin. Hans Hope, Essen. Herr David Struck, Berlin. — Anstatt M. L. Sambursky, Königsberg (No. 40) heisst es Herr M. Wolfsohn, Königsberg.

An unsere geehrten Mitarbeiter u. Leser.

Wir halten es für notwendig noch einmal besonders darauf hinzuweisen, dass Redaktion und Geschäftsstelle der „Jüdischen Rundschau“ nunmehr auch örtlich getrennt sind. Danach sind ausnahmslos alle für die Jüdische Rundschau bestimmten Geldsendungen, Bestellungen und geschäftlichen Mitteilungen ausschliesslich an den

„Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H.“,
Berlin C 22, Auguststrasse 49 a

zu adressieren. Dagegen wird dringend geboten, alle auf den Inhalt der Zeitung bezüglichen Mitteilungen und alle für die Redaktion bestimmten Sendungen an die Adresse

Dr. Heinrich Loewe,
Berlin NW 40, Lehrterstrasse 14/15

zu richten. Falsche Adressierung bewirkt Verzögerung. Ausserdem bittet der Unterzeichnete ebenfalls, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden, ihm bis zum 23. Oktober redaktionelle Beiträge nach Wronke, Posenerstrasse 93, senden zu wollen.

Gleichzeitig bittet die Redaktion höflichst um gfl. Nachsicht wegen der haarsträubenden Druckfehler u. der mehr als krausen Anordnung in No. 40. Der Grund liegt darin, dass uns von der Druckerei keinerlei Korrekturen gesandt worden sind, und wir daher ausser Stande waren zu korrigieren und die Anordnung anzugeben.

Fasten, wie es uns geboten wurde.

Zu allen Zeiten und bei allen Völkern haben sich die allgemeinen Vorschriften der Moral gern mit äusseren Formen verknüpft. Es ist dies ein wesentlicher Bestandteil aller Religionen. Das Judentum aber, dessen Nationalität sich wesentlich in religiösen Formen gewissermassen verhärtete, hat auf dem Mosaismus aufbauend, der alle abstrakten Gebote in konkrete Formen kleidet, dies geradezu zum Prinzip erhoben.

So ist von vornherein der Tag, an dem sich die jüdische Nation anschickt, den Bund zu erneuern, der in biblischer Zeit die Nationalität bedeutete, durch Fasten und vielerlei Zeremoniell ausgezeichnet. Es ist dabei charakteristisch, dass dieses im Grunde nationalste aller jüdischen Feste in seiner durchaus religiösen Form, die es angenommen hat, wiederum durch die Assimilationsbestrebungen einen mehr nationalen Wert erhalten hat. Denn die Pietät und der Familiensinn, die festen Grundlagen jeden jüdischen Nationalgefühls, finden bei den zentrifugalen Elementen unseres Stammes eine Stütze an dem Versöhnungsfeste, dessen Form sie in irgendwelchen entstellten Rudimenten beibehalten haben. Wie gleichgiltig und sogar unangenehm ihnen die Existenz des Judentums sein mag, an diesem Tage fühlen sie sich irgendwie

Hachschara, die Pionierbewegung Chalutz und die jüdischen Jugendverbände

Ein Besuch bei den ehemaligen landwirtschaftlichen Höfen in Brandenburg, die die Juden auf die Auswanderung nach Israel vorbereiteten



Von Michael Guttman
und Martin Jehle

„Hachschara“ heißt wörtlich Tauglichmachung und war die organisierte Vorbereitung auf ein Leben der Juden in Palästina/Israel. Den Deutschen kann man den Begriff am deutlichsten über das jüdische Stammwort „koscher“ machen. Meist fanden Hachschara-Kurse in der Landwirtschaft statt. Die Berufsausbildung enthielt auch viele Handwerke, was für die vorwiegend städtischen Jugendlichen für den Neuanfang in Palästina notwendig erschien. Ferner legte die Hachschara ihr Augenmerk auf die jüdische Kultur und Geschichte sowie die hebräische Sprache. Die Hachschara war eine zionistische Bewegung, die die Arbeit als wichtigste Form der freien Entwicklung in der Gesellschaft sah. Sie orientierte sich auf ein Leben in der Kommune (Kibbuz). Um die Ziele der Hachschara voll zu verstehen, ist ein kurzer Exkurs in ihre Geschichte erforderlich.

Hachschara in Israel

Während der britischen Mandatszeit in Palästina und noch eine Weile nach der Staatsgründung Israels war es üblich, Gruppen der städtischen Jugend und der Neueinwanderer zur Hachschara in Kibbuzim zu delegieren, um sie auf die Gründung neuer Kibbuzsiedlungen vorzubereiten. Die Gründer des Kibbuz, in dem ich lebte, organisierten sich in der Kleinstadt Ness Ziona, bevor sie sich in Obergaliläa ansiedelten. Während meiner Schulzeit hat dieser Kibbuz Gruppen aus Persien, Indien und arabischen Ländern ausgebildet. Eine

gängige Form war auch die Hachschara „Nahal“ (ein Akronym für kämpfende Pionierjugend). Die Armee baute deren Unterkünfte, für die Verpflegung sorgte der Kibbuz. Die Wehrpflichtigen arbeiteten im Kibbuz, und wurden turnusmäßig für Übungen freigestellt oder zogen mit anderen Einheiten der Armee ins Manöver. Nach der Armeezeit gründeten viele Nahal-Einheiten eigene Kibbuzim. Es war eine Zeit des Pioniergeistes, heute die „schönen Jah-

Die Hachschara entstand im Zarenreich.

re Israels“ genannt. Hachschara steht heute schlicht für Berufsqualifizierung.

Hachschara in der Diaspora

Wesentlich älter und konfliktbeladen war die Hachschara-Bewegung in der Diaspora. Ihr Ursprung liegt im Zarenreich. Auf dem 12. Zionistenkongress 1921 in Karlsbad wurde die weltweit aktive Agentur Chalutz (Pionier) ins Leben gerufen. Damit war eine einheitliche zionistische Dachorganisation entstanden, die den bis dahin spontan wirkenden Interessenkreis „Freunde Zions“ zur Unterstützung der Gruppen tätig war. Der Chalutz vertrat die Interessen aller zionistischen Jugendbewegungen und deren Hachschara-Gruppen und wurde zum Zentrum der Organisation für die Aliya (dem „Aufstieg“, also der Auswanderung nach Israel) und der Besiedlung des Landes. Darüber hinaus leitete er den Widerstand der Juden in den Gettos

Europas während des Zweiten Weltkrieges. Prominente Mitglieder des Chalutz waren Ben Gurion, Weizmann, Ben Zwi (erster Premierminister bzw. erster und zweiter Präsident Israels) sowie der Schriftsteller A.D. Gordon, Begründer der Dialektik der Landarbeit, als wichtigstes Ziel der Bewegung; M.Usischkin, der langjährige Präsident der KKL, dem zionistischen Nationalfonds.

„Bund“ vs. Zionisten in Russland

Das Zentrum des Chalutz wirkte erfolgreich in Russland bis in die ersten Jahre nach der Oktoberrevolution. 1918 hielt die Bewegung ihren ersten Kongress in Charkow ab. Herausragende Persönlichkeit war Joseph Trumpeldor, der ranghöchste jüdische Offizier in der Zarenarmee, der sich alsbald über den Kaukasus nach Palästina absetzte. Neben den Zionisten gab es den „Bund“ der jüdischen Arbeiter. Beide Bewegungen waren sehr beeinflusst durch die kommunistische Revolution. Der „Bund“ vertrat die Ansicht, dass diese die Emanzipation der Juden, wie für alle Minderheiten, sichern werde. Die Zionisten teilten nicht die Ansicht des „gedeckten Tisches“, an dem sie keinen Platz für Juden erkannten. Die Führer des „Bundes“ zahlten ihren Irrtum mit den Gulags und dem Leben.

Afrika, Asien, Amerika

Chalutz-Agenturen gab es in ganz Europa, Nordafrika, Irak, Iran, USA und Lateinamerika. In all diese Länder schickte die Zentrale, die längst ein Büro in Tel Aviv hatte, nach den Weltkongressen (1921 Karlsbad, 1926 Danzig) Instrukteure aus den Kibbuzim in Palästina. In den Jahren 1919-1939 gelang es 60.000 Einwanderer nach Palästina zu bringen, eine qualitative Bereicherung für den Jeschuw (jüdische Entität in Palästina). Nach dem Ende des Bürgerkriegs in der Sowjetunion verlegte Chalutz sein Zentrum nach Warschau. Zwischen den Weltkriegen lebten 50 % aller Chalutz-Mitglieder in Polen. In den 1930er Jahren gewannen die Linkszionisten den Haupteinfluss. Als die Wehrmacht in Polen einfiel, gab es dort 360 Hachschara-Stützpunkte mit 125.000 Jugendlichen. Die meisten Chalutz-Zentren in Europa wurden durch die Nazis liquidiert, ausgenommen die Zentrale in Polen. Die Führer dort waren überzeugte Zionisten mit einer Bereitschaft zur Selbstverteidigung.

Vorbild der Zahal-Fallschirmjäger

Sie gingen wie alle Juden mit in die Gettos, um dort den Widerstand zu organisieren. Mordechai Anielewitsch war der Führer des jüdischen Aufstands im Warschauer Getto. Antek Zuckermann, sein Stellvertreter, Marc Edelman, Zvia Lubetki u.a. standen den beiden bis zuletzt zur Seite. Chana Szenesch aus Budapest absolvierte eine Hachschara in Nahalal und zählte zu den Gründern des Kibbuz Sdot-Yam.

1943 meldete sie sich zum Dienst in die britische Armee und wurde mit dem Fallschirm abgesetzt, um Ungarns Juden im Widerstand zu unterweisen. Auch sie überlebte nicht. Sie und viele andere haben den Wirkungskreis der Hachschara um den Kampf erweitert. Überall in Israel erinnern Gedenktafeln an diese Frauen und Männer. Die Fallschirmjäger der Zahal wurden im Geiste von Hanna Szenesch erzogen.

Der Chaluz in Deutschland

In Deutschland wurde der Chaluz 1923 gegründet. Seine Erfolge waren zunächst mäßig, weil viele Juden auf gesellschaftliche Anerkennung und Integration setzten. 1928 gab es 500 Mitglieder und vier Hachschara-Gruppen. Während der großen Wirtschaftskrise hat sich das Interesse für die Organisation aus wirtschaftlichen Gründen verstärkt. Viele Absolventen der Hachschara wanderten in die USA, Lateinamerika und nach Ostasien aus. Die Zionisten blieben jedoch eine Minderheit und erst nach der Machtergreifung 1933 sollte sich das Blatt wenden. Die Hachschara bot die einzige Möglichkeit einer Berufsausbildung für junge Juden. 1934 zählte Chaluz 15.000 Mitglieder, davon 3.500 Hachschara-Teilnehmer in 32 Einrichtungen. Chaluz wurde der „Reichsvertretung der deutschen Juden“ zwangsangegliedert. 1941 machte die SS aus den Hachschara-Einrichtungen Sammelzentren für die Deportation.

Hachschara-Camps, NS-Zwangslager, Gedenkstätten in Deutschland

Es hat lange gedauert, bis die Hachschara in Deutschlands Nachkriegsgeschichte wieder ihren Platz gefunden hat. Es waren erst ein Generationswechsel und die Wiedervereinigung erforderlich.

Landwerk Neuendorf in Brandenburg

Das Gut nahe Fürstenwalde zählte zu den ältesten Zentren der Hachschara in Deutschland und wurde von qualifizierten Sozialpädagogen und geschulten Fachkräften der Landwirtschaft und des Handwerks geführt. Auffällig ist das Konzept, das die Spezifika der deutschen Juden, die mehrheitlich auf Integration in die Gesellschaft setzten, widerspiegelte. Da war die Rede von „jüdischer Wohlfahrtspflege, jüdischer Wandererfürsorge, von Jugendlichen, die sich dem sozialen Leben nicht einfügen konnten und im Geiste neuzeitlicher Erziehung einem freien arbeitsamen Leben zugeführt werden sollten. Die der Arbeit entfremdeten Wanderer sollten für ein produktives Leben wiedergewonnen werden durch Einordnung in ein vorsorgliches Heim und durch Arbeitsgewöhnung. Solche Initiativen wurden durch das Preußische Wohlfahrtsministerium finanziell unterstützt.“

Die Zitate entstammen der Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik von 1930 und dominieren heute diesbezügliche deutsche Forschungen.

Hier muss ein Missverständnis vorliegen. Es entsteht der Eindruck, es handelte sich um die Resozialisierung jüdischer Asozialer, „völlig aus der Bahn geworfener langjähriger erwerbsloser Wanderer“, die der deutschen Wirtschaftskrise zum Opfer gefallen seien.

Diskriminierung schon vor der Nazizeit

Hauptsächlich waren es Opfer der zunehmenden gesellschaftlichen Repres-

sionen schon vor der Machtübergabe an die Nazis. Unter den Jugendlichen der Hachschara befanden sich viele Abiturienten und Studenten, die aus den Schulen geekelt wurden. Woher die Wanderer kamen, ist auch nicht klar – waren doch die deutschen Juden mehrheitlich anpassungswillig und dachten nicht an Auswanderung. Mein Vater war polnischer Abstammung und gebürtiger Berliner, der erst nach seiner Abschiebung nach Polen zu Protokoll gab, dass er nach Amerika will. Tatsächlich hatten die prekäre Arbeitsmarktsituation und die Jugendarbeitslosigkeit ihren Anteil daran, dass nicht nur in Neuendorf, auch in Hamburg, Berlin oder München verzweifelt nach gemeinsamen Hilfsprogrammen und sogar an einer Beteiligung am „Freiwilligen Arbeitsdienst“ (FAD) gesucht wurde, obwohl der FAD für die deutschen „Rechten“ eine Möglichkeit war, die verbotene Wehrpflicht zu umgehen.

Plötzlich Zionisten

Derartige Formulierungen waren für die perspektivlosen jugendlichen Juden lebensfremd.

1933 änderte sich die Situation schlagartig. Auswanderung war über Nacht der einzige Ausweg für die deutschen Juden geworden. Palästina wurde für den größten Teil, den Mittelstand, die einzige Hoffnung. Eine geeignete handwerkliche Berufsausbildung galt dafür als wichtiges Kriterium. „So stand nun mit besonderer Dringlichkeit eine Berufsumschichtung auf dem Programm“, heißt es in heutigen Forschungsthemen (s. H.Lordick, Uni Duisburg – Essen). Mitnichten. Es war die Ideologie, die sich unter den deutschen Juden geändert hatte, hin zum Zionismus.

Ausbildung der jüdischen Jugend für Landwirtschaft und Handwerk waren durch ideologische Forderungen der Zionisten seit Beginn des 19. Jahrhunderts immer wieder im Diskurs. Ideale des zionistischen Chaluz waren die Errichtung einer neuen jüdischen Gesellschaft in einem eigenen Staat, die Organisation der Aliya. Die Zionisten waren die ersten, die die Entwicklung der Weimarer Republik in Richtung Nationalsozialismus verfolgten und deren Konsequenzen für die Juden, zumindest in Deutschland, mit ziemlicher Genauigkeit erkannten. Das Dritte Reich sei eine Gefahr für das ganze jüdische Volk. Niemand von den jüdischen Organisationen sprach das so deutlich aus wie die Zionisten.

Die Zionisten ahnten das Schicksal der Juden in Europa voraus

Von allen Interpretationen der jüdischen Historie war die zionistische Deutung mit ihrer Schlussfolgerung der Errichtung eines eigenen jüdischen Staates wohl gerade in dieser Zeit am zutreffendsten. Das Schicksal der Juden sei besiegelt. Es bedeutete Vernichtung, Ausrottung, eben Schoa (Holocaust). Nachzulesen bei dem bekannten Historiker Tom Segev (Die siebente Million). Im Gegensatz zu bloßer „Berufsumschichtung“ mit ungewissen Aussichten in Deutschland war das Konzept des Hechaluz deshalb so überzeugend, weil es ein Gesamtprogramm integrierte aus jüdischer Erziehung und Identität sowie wirtschaftlicher Notwendigkeit mit einem klaren Ziel der Aliya nach Palästina. Die Zahl der Chaluz-Mitglieder stieg deshalb sprunghaft an. Im Sommer 1933 hatte sich die Mit-

gliederzahl schon von 600 auf 4.500 vervielfacht und auch das Landwerk Neuendorf stand seitdem vor allem in diesem neuen Kontext. Damit war das historische Missverständnis unter Deutschlands Juden zumindest aufgeklärt. Das Suchen nach Verbündeten, das verzweifelte Anbietern, das Ducken war vergebens. Selbst die KPD, der erbitterteste Feind der NSDAP, hat für die jüdischen Kommunisten im Widerstand wenig getan.

Es ist nur natürlich, dass unter den Juden auch Illusionäre Vertreten waren. Man muss aufpassen, dass Zitate aus der jüdischen Presse von damals nicht losgelöst von den Umständen der Verzweiflung gedeutet werden, sonst könnten manche Führer der Hachschara in die Nähe der preußischen Reaktion geraten. Den Zionisten wird heute oft das Paktieren mit dem „Satan“ vorgeworfen.

Das Landwerk Neuendorf hat zahlreichen Menschen das Überleben der NS-Zeit ermöglicht. Zwischen 1932 und 1938 gingen die Jugendlichen nach Abschluss der Ausbildung in Neuendorf mehrheitlich nach Palästina, viele aber auch nach Argentinien und in alle Welt.

1941 verbot das NS-Regime die Berufsausbildung für Juden grundsätzlich und schloss die wenigen noch bestehenden Hachschara-Einrichtungen. Neuendorf wurde Zwangslager und Reservoir für deutsche Betriebe in der Umgebung von Fürstenwalde, 1942 Sammelager für Deportationen

Rüdnitz bei Bernau

Auszug aus der Ortschronik Rüdnitz 1367-1949:

„Seit Anfang der dreißiger Jahre gab es in Rüdnitz eine jüdische Einrichtung, die sogenannte Hachschara. Die Einrichtung befand sich am Rande des

eigentlichen Dorfes. Das Grundstück bestand aus einem verwahrlosten Haus, das von den Jugendlichen instandgesetzt wurde, und 12 Morgen Land. Die 15- bis 17-Jährigen arbeiteten in verschiedenen Abteilungen. Zur Hausarbeit gehörte u.a. Gemüseputzen, Kartoffelschälen, Holzhacken, Unkraut jäten. Einige Jugendliche gingen, da kein Vieh vorhanden war, zu den benachbarten Bauern, um sich dort in Vieh- und Feldwirtschaft einzuarbeiten. Regelmäßig gab es Unterricht in Hebräisch. Im März 1935 berichtete die ‚Jüdische Rundschau‘, dass in Rüdnitz bei Berlin seit März des Jahres das Vorbereitungslager ‚Tel-Chaj‘ der Jugend-Alija eingerichtet wurde. Träger dieser Einrichtung war die Jüdische Jugendhilfe in Berlin Charlottenburg, Kantstraße 158. Das Lager zur Vorbereitung jüdischer Jugendlicher auf ihre Auswanderung nach Palästina war 1939 wieder belegt. Davon zeugt ein Schreiben des Reichsinnenministeriums, welches bestätigt, dass Herr Schlesinger mit der Leitung der Gruppe beauftragt und für die organisatorischen und kulturellen Fragen verantwortlich ist.“

Am Eingang des Geländes, heute ein Reiterhof, steht eine Gedenktafel an die Hachschara von Rüdnitz. Entdeckt haben die Hachschara die Ortschronisten unter der Leitung von Rainer Stauder. Alte Dorfbewohner, die ehrenamtlich die Sisyphusarbeit ohne Anleitung von „Akademiker-Spezialisten“ machten, und damit einen wertvollen Beitrag für die Bewahrung der Geschichte leisteten. Durch einen Vortrag von Herrn Stauder fand ich den Ort heraus, von dem ich einen damaligen Zögling in Israel kennenlernte. So konnte ich zwischen Ort und Mensch vermitteln, den Ortschronisten Hinweise geben zum Thema Hachschara und die Würdigung ihrer Arbeit unterstützen.

Deutsche Gedenkkultur

Orte wie Neuendorf und Rüdnitz erinnern heute an den Holocaust, an den unermüdlichen Einsatz, mit dem jüdische und zionistische Organisationen unter der NS-Verfolgung Strategien entwickelten, die vielen Juden halfen zu flüchten und zu überleben.

Neuendorf kommt auf Grund seiner Größe, seiner langen Betriebsdauer und Erfahrungen ein besonderer Stellenwert zu. Die Geschichte von Rüdnitz ist weit weniger bekannt.

Gedenktafeln und verschiedene Ausstellungen erinnern heute an diese Einrichtungen. Die Mehrzahl findet keine Beachtung mehr. Hoffnung und Verzweiflung an diesen Orten wird heute durch wenige Enthusiasten in Erinnerung gehalten, wie die Künstlerfamilie Bischinger in Neuendorf und den Rüdritzer Ortschronisten.

Am Tag des offenen Denkmals fand am 10. September 2017 im Gutshaus Neuendorf ein „Salongespräch“ statt, an dem Vertreter des Deutschen Bundestages, des Landrates Brandenburgs sowie des Landesamtes Brandenburg für Denkmalpflege, Historiker und Experten von Universitäts- und Forschungsinstituten und prominente Persönlichkeiten des Landwerks teilnahmen. Moderiert wurde das Gespräch von Herrn Arnold Bischinger, dem Initiator des Treffens zu der Frage wie dem Verkaufsdilemma des Gutshofes durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) zu begegnen sei. Folgende Gesichtspunkte dominierten die Aussprache:

- Die Ausschreibung von Gut Neuendorf zum Verkauf bedrohe das Denkmalsanliegen. Als negatives Beispiel gilt die Hachschara von Ahrensdorf, die heute für die Öffentlichkeit, trotz Förderkreis und guter Geleitworte des Landrates Teltow-Fläming, nicht mehr zugänglich ist.

-Vertreter der CDU-Fraktion im Bundestag und des Landrates Brandenburg berichteten über Aktivitäten in der Sache Neuendorf. Ein Brief an Bundesfinanzminister Schäuble, dem die BIMA untersteht, ist abgeschickt worden. Beide betonten die persönliche Verantwortung aller gewählten Politiker für die Bewahrung der Werte unserer Gesellschaft, gleich welches Ressort sie vertreten.

- Die Vertreterin des Landesamtes für Denkmalpflege berichtete, dass ein Beschluss zugunsten Neuendorfs bevorsteht.

- International ist eine Initiative „SAVE NEUENDORF – FUTURE FOR THE HISTORY OF THE HACHSHARA MOVEMENT IN GERMANY“ gegründet worden.

Die schöne Redewendung, die Deutschen hätten die Lehren aus ihrer Geschichte gezogen, bliebe ungläubig, wenn das Jüdische Landwerk Neuendorf ebenfalls dem Kommerz zum Opfer fiel.

Weder Adam noch Noah, weder Abraham noch Mose, weder David noch Jesus waren Moslems

Der absurde Versuch des Islams die alten Gestalten der Bibel für sich zu beanspruchen

Von Laila Mirzo

Jeder Mensch kommt als Moslem auf die Welt. Sie, ich, ja sogar der Papst und natürlich auch alle Rabbiner. Jeder ist von Geburt an Moslem, bis es die Eltern gründlich vermässeln, indem sie uns jüdisch erziehen, uns taufen lassen oder noch schlimmer, uns erzählen, dass es keinen Gott gibt. Der Islam ist die einzige legitime Ordnung, alle anderen Religionen sind Abweichungen und von Menschen konzipierte Irrlehren – so das gängige Narrativ in der islamischen Welt.

Mit Adam, dem Menschenvater und erstem Propheten des Islam, begann die Kette der Gesandten Allahs. Nach islamischer Vorstellung war jeder einzelne von ihnen – Abraham, Noah, Mose und Jesus – Muslime. Doch die Menschen verdrehten die Lehre von dem einen Gott, brachen seine Gesetze oder stellten ihm einen Sohn und einen Heiligen Geist zur Seite. Aus diesem Grund entsandte Gott letztendlich Mohammed, um die korrumpierten Lehren der Christen und Juden zu „korrigieren“.

Jeder wird nach islamischer Vorstellung „als Moslem geboren“

Wenn also ausnahmslos jeder Mensch als Moslem geboren wird, während das Judentum und das Christentum Initiationsriten haben, wie die Beschneidung und die Taufe, hat der Islam durch seinen Besitzanspruch einen erheblichen „Wettbewerbsvorteil“ gegenüber den anderen Schriftreligionen.

Würde sich dieser Besitzanspruch auf die spirituelle Ebene beschränken, könnte man sich als aufgeklärter Mensch davon distanzieren oder den Islam einfach ignorieren. Doch dieser absolutistische Hoheitsanspruch auf die Propheten und gegenüber den anderen Religionen hat eben auch ganz



„Adam und Eva“ von Lucas Cranach d. Ä.

würde doch „Gottergebener“ bedeuten und dies treffe ja auf alle Propheten der monotheistischen Religionen zu. Die sprachliche Semantik stimmt zwar, aber unter der Hand weiß man, wie es gemeint ist. Hier geht es nicht um die Gottergebenheit der Gläubigen, sondern um den Hegemonialanspruch des

verwendet. Die „zionistischen Imperialisten“ hier, das „imperialistische Weltjudentum“ da. Es wurde einem förmlich eingeklopft, dass Israel die eigene Heimat beanspruchen würde, wenn man denn nicht dagegenhalten würde. Besser sie von der Landkarte wischen, als dass sie von der Landkarte wischen – denken viele, und so gedeiht der Judenhass von Gaza bis Teheran.

Islam ist das Gegenteil von Multikulti

Doch was ist mit dem islamischen Imperialismus? Im selben Maße wie der Islam alles Weltliche und Spirituelle für sich beansprucht, mit derselben Vehemenz wird er auch alles andere einfordern. Er wird kein Halt machen vor der Demokratie. Er wird nicht Halt machen vor dem Rechtsstaat. Jahr für Jahr wird er die Saat der Scharia in den Acker einpflügen, bis wir eine islamische Monokultur haben, wo die Scharia das Maß aller Dinge sein wird.

Die Religionsfreiheit ist bis dahin derart verwässert, dass sie Andersgläubigen kaum mehr Schutz bieten wird. Die Grundrechte dermaßen ausgehöhlt, so dass sich keiner mehr öffentlich trauen wird zu sagen, ich bin ein Mann und ich liebe einen Mann! Es wird nicht mehr viel übrig sein von der Vielfalt. Und wer meint, dies sei eine undifferenzierte oder unqualifizierte Behauptung, der mag doch bitte einen Blick in das Portfolio der Länder werfen, in denen der Islam bereits Staatsdoktrin ist. In welchem dieser Länder würden Sie gerne leben?

Wo sind die Juden Iraks, Syriens oder Marokkos? Wie geht es den Kopten in Ägypten? Sie werden durch Demütigung und Gewalt aufgerieben, während man hier in Deutschland von „kulturell be-

dingten“ Straftaten spricht und die Verbrechen gegen Frauen, Juden und Homosexuelle relativiert. Wir erleben keinen reformierten „Euro-Islam“, sondern werden von Tag zu Tag Zeugen eines islamkonformen West-Europas.

In seinem 1961 erschienenen Manifest gegen den Kolonialismus „Die Verdammten dieser Erde“ beschreibt der französische Psychiater und Vordenker der Entkolonialisierung, Frantz Fanon, den „unblutigen Völkermord“, der mit Hass und dem Beiseiteschieben der heimischen Kultur und Identität, selbige auslöscht.

Laut Fanon werden bei den Kolonialiserten durch „Herabsetzung und Nachahmungsgebot, das Selbstbewusstsein und die soziale Solidarität zerstört“ und dies führe dann zu „Selbstverachtung und Entfremdung“. Ist Deutschland die neue Kolonie islamischer Einwanderer? Wenn man genau hinschaut, mag man schon erste Anzeichen eines Kniefalls erkennen. Die Verbannung jüdischer und christlicher Feste aus Schulen und Kindergärten, das retuschieren der Kreuze auf Produktverpackungen durch den Discounter Lidl, die Boykottaufrufe gegen israelische Waren und nicht zu vergessen, das Schrumpfen des Aktionsradius für praktizierende Juden.

Statt diese Missstände zu thematisieren und die selbsternannten Vertreter in die Pflicht zu nehmen, werden die islamischen Dachverbände von unserer Regierung nach jedem islamistischen Terrorakt förmlich „getröstet“. Aber was will man schon von Politikern erwarten, die sich selbst als „Freunde der Fatah“ bezeichnen?

» Wenn Abraham, Mose und David Moslems waren, dann hat es das Judentum nie gegeben. Und ohne eine jüdische Geschichte gibt es auch keine jüdische Zukunft.

konkrete Auswirkungen auf das Existenzrecht Israels.

Wenn Abraham, Mose und David Moslems waren, dann hat es das Judentum nie gegeben. Und ohne eine jüdische Geschichte gibt es auch keine jüdische Zukunft. Mit einem Schlag würde das Fundament Israels in den Augen seiner Kritiker zerbröseln.

Diese gefährliche Behauptung spricht dem jüdischen Volk seine gesamte Existenzgrundlage ab. Das Judentum wäre nur noch eine Legende, eine dreitausend Jahre währende Falsch-Interpretation des Islam.

Der Islam würde beenden, was Eichmann und Himmler angefangen hatten. Die Welt wäre judenfrei und dies ohne einen einzigen Tropfen Blut zu vergießen. Wenn jeder Mensch ein Moslem ist, dann gibt es keine Juden mehr.

Es gibt einige, die diese brandgefährliche Denkweise verharmlosen wollen und erklären, der Begriff „Moslem“

Islam. Die Behauptung, Abraham und Moses seien Moslems gewesen, ist nach der Holocaustverleugnung eine höchst demagogische Aussage!

Der gefährliche islamische Kulturimperialismus

Der Islam betreibt mit seinem Hoheitsanspruch auf Religion, Gesellschaftsordnung und Rechtsprechung einen aggressiven Kulturimperialismus. Er „enteignet“ quasi das Judentum und das Christentum, entreißt ihnen ihre religiöse Souveränität und macht sie damit obsolet. Dabei beherrscht er die Rolle des Opfers in Perfektion, indem er stets mit dem Finger auf das „imperialistische Israel“, mit dessen „großen Bruder“ USA deutet.

Als meine Familie und ich Syrien verließen und nach Deutschland kamen, war ich wohl eines von nur ganz wenigen 11-jährigen Kindern, denen das Wort „Imperialismus“ geläufig war. In Syrien wurde es in einem Atemzug mit Israel

Die letzte Etappe zur Freiheit

Erlebnisse in den englischen Internierungslagern für jüdische Flüchtlinge auf Zypern

Von Tal Leder

In Internierungslagern auf Zypern wurden nach dem Zweiten Weltkrieg hauptsächlich jüdische Überlebende des Holocaust von der britischen Regierung festgehalten, die illegal nach Palästina einzuwandern wollten. Von August 1946 bis Januar 1949 gab es dort insgesamt über 53.000 Gefangene.

Noch nie war die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, so hoch wie heute. Experten schätzen, dass Ende 2016 knapp 66 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht waren. Wenn Betroffene ihrer Heimat den Rücken kehren, hoffen sie zunächst einmal in einem sicheren Land aufgenommen zu werden. Wie viele Syrer, die von ihrem bürgerkriegsgebeutelten Land zum größten Teil auf Asyl in einem der westeuropäischen Staat hoffen. Genau wie auch zahlreiche Afrikaner aus dem Sudan und Eritrea.

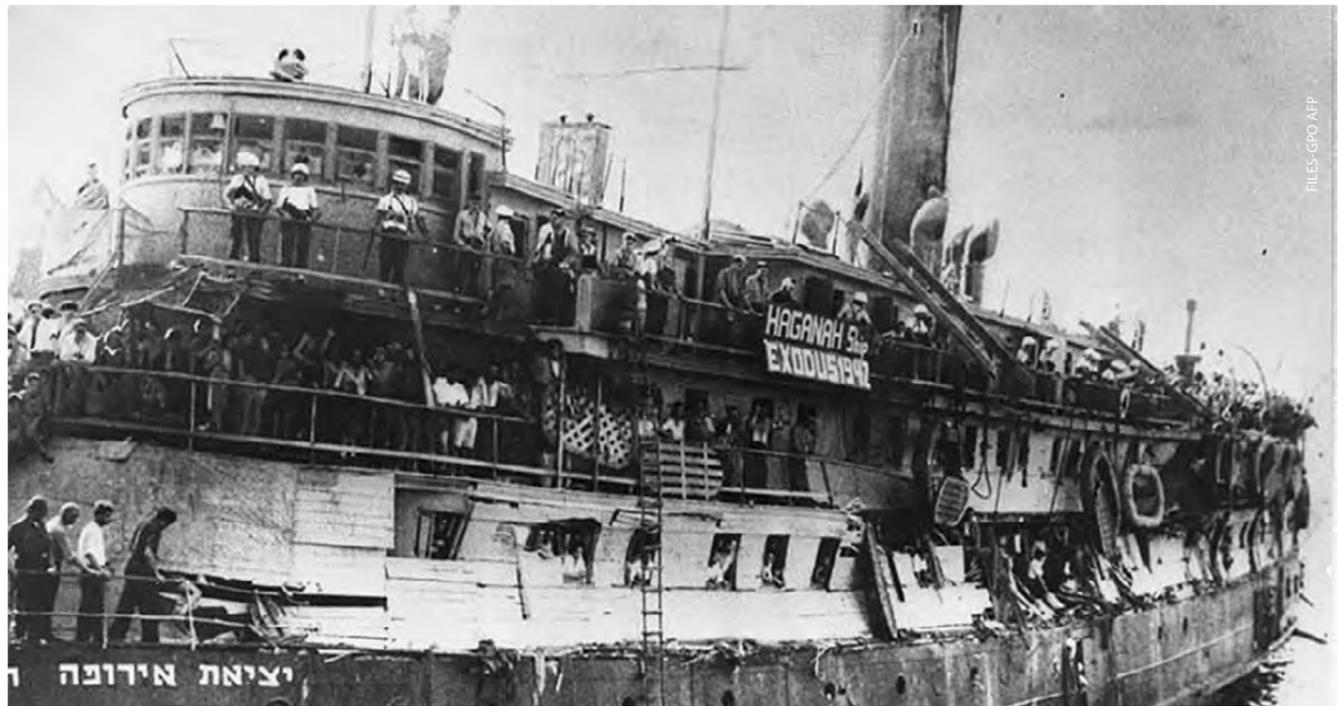
Vor Angst, Terror und Krieg fliehen? Die ist vor allem dem jüdischen Volk nicht fremd. Es ist noch nicht so lange her – genauer gesagt begann es mit dem Aufstieg des Faschismus in den 1920er und 1930er Jahren – als viele europäische Juden in großer Anzahl vor der bevorstehenden Katastrophe flohen und dadurch dem Holocaust nur knapp entkamen. Seine Heimat unter so radikalen Umständen zu verlassen war in der NS-Zeit noch viel schwieriger als heute, wollten doch die Nazis und ihre Helfer das jüdische Volk komplett vernichten. Der gesamte europäische Kontinent wurde für das jüdische Volk zu einer Art Minenfeld. Ganz Europa? Nicht ganz.

Es gab natürlich auch einige Staaten wie z.B. Schweden, das Asyl anbot. Mit der Schweiz gab es sogar ein deutschsprachiges Land, dessen Juden vom Holocaust verschont blieben. Oder die Insel Korsika, die unter dem Mafiakodex der „Omertà“ über 1.100 Juden beschützte. Selbst unter Diktatoren wie Franco in Spanien oder Salazar in Portugal wurden sie nicht ausgeliefert. Auch Zypern war ein sicherer Hafen für etliche Holocaustüberlebende. Dort allerdings war die Situation etwas anders, denn zum damaligen Zeitpunkt gehörte die Insel zum britischen Empire.

Ermöglicht von der jüdischen Kinder- und Jugendorganisation „Alijat HaNo'ar“, kamen im Sommer 1946 wie so viele andere Waisenkinder auch Nathan und Josef L. auf der Mittelmeerinsel an. Beide stammten aus der Bukowina. Genauer gesagt aus Vishnitz (heute: Wyschnyzja in der Ukraine), welches bis 1918 zu Österreich-Ungarn gehörte. Nachdem die Eltern 1941 in den Wirren des Holocausts ermordet wurden, begann ihre Odyssee quer durch Osteuropa und den Balkan, bis sie irgendwie durch Zufall von der „Alijat HaNo'ar“ aufgegriffen wurden, die sie mit zahlreichen weiteren Kindern auf ein Schiff brachten, das sie nach Palästina bringen sollte.

„In den ersten Monaten des Jahres 1946 erreichten wir Haifa“, sagt Josef. „Wir konnten das Heilige Land sehen und riechen und waren überglücklich, doch diese verdammten Engländer ließen uns nicht von Bord. Nach weiteren zwei Tagen auf dem Schiff nahmen wir dann Kurs Richtung Zypern. Die Enttäuschung war groß.“

Warum durften die jüdische Waisenkinder nicht ans Land? Welche Bedrohungen stellten sie für die Briten dar?



Das berühmte jüdische Auswanderung-Schiff „Exodus“.

Der arabische Aufstand in Palästina während der Jahre 1936 bis 1939, den die britischen Truppen blutig niederschlugen, führte zu einem Umdenken der Regierung in London. Die Folge war das sogenannte Weißbuch von 1939, das die Idee einer Teilung des britischen Mandats über Palästina zugunsten einer gemeinsamen jüdisch-arabischen Regierung aufgab und einen vereinigten Staat innerhalb der nächsten zehn Jahre forderte, mit den Grenzen zwischen Jordan und Mittelmeer. Ziel der Briten war es u.a. die deutschfreundliche Politik der Araber zu unterbinden und sie auf die britische Seite zu ziehen.

Um dies zu erreichen wurde die Einwanderungsquote für Juden ins Heilige Land zunehmend gesenkt. Denn laut dem Weißbuch sollte in einem Zeitraum von fünf Jahren die Einwanderung von nur 75.000 Juden nach Palästina gestattet werden. Jeder weitere Zuzug darüber hinaus sollte nur mit arabischer Zustimmung gestattet werden.

Die Juden sahen diese Maßnahmen als einen Verrat an der Balfour-Deklaration von 1917 an. Diese hatte die Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina vorgesehen. Das Weißbuch schränkte sowohl die jüdische Einwanderung ins Heilige Land ein als auch die Möglichkeit dort Boden zu kaufen. Mit dem bevorstehenden Zweiten Weltkrieg wurde es so fast unmöglich nach Eretz Israel zu kommen.

Jewish Agency, Hagana und Palmach

Um trotzdem irgendwie dorthin zu gelangen, wichen viele Juden auf geheime und gesetzeswidrige Praktiken aus. Das Weißbuch war damit einer der Auslöser der als „Mossad le Alija Bet“ bezeichneten illegalen Einwanderung, die vor allem von der jüdischen Einwanderungsorganisation (Jewish Agency), und der Hagana (welche für die Verteidigung der jüdischen Gemeinschaft in Palästina verantwortlich war), sowie ihrer paramilitärischen Einheit Palmach organisiert wurde – auch mithilfe starker finanzieller Unterstützung durch Juden weltweit. Durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kam die illegale Einwanderung bis 1945 fast zum Stillstand, nahm jedoch nach Kriegsende wieder stark zu.

Die britische Mandatsregierung, die nicht nur arabische Aufstände bekämpfte, sondern auch in einen blutigen Terrorkrieg mit jüdischen Untergrundorganisationen verwickelt war, versuchte mit großem Aufwand die illegale Einwanderung zu unterbinden. Durch Blockaden und eine rigorose Verfolgung wurden Personen verhaftet und in ein Internierungslager bei Atlit, südlich von Haifa deportiert, das schnell seine Kapazitätsgrenzen erreichte.

Nachdem der Palmach und der Irgun mehrmals Lagerinsassen zur Flucht verhalfen, sah sich die britische Regierung zum Handeln gezwungen. Internierungslager sollten außerhalb des Landes errichtet werden.

Als Nathan und Josef in Karaulus bei Famagusta aus Zypern ankamen, waren sie wieder in ein Lager eingesperrt. Obwohl es diese auf Zypern schon während des Ersten Weltkrieges mit türkischen Kriegsgefangenen gab, wurden sie nach der deutschen Niederlage in Nordafrika von Insassen des Afrika-Korps neu gebaut und sah mit seinen Wachtürmen ein bisschen wie ein Konzentrationslager aus. Auf manchen Schildern schrieben einige Juden dort sogar „von Dachau nach Zypern“.

„Auch wenn wir dort festgehalten wurden – verglichen mit der Zeit auf dem europäischen Festland, den Gettos, Lagern und der Verfolgung durch Nazisergen waren die Monate auf Zypern für uns Kinder irgendwie eine Art von Abenteuer“, meint Josef und fügt hinzu „es war die letzte Etappe zur Freiheit“.

Mit seinen heißen Sommern und kalten Wintern seien die Bedingungen aber sehr hart gewesen. Um den Flüchtlingen wenigstens ein Gefühl der Normalität zu verleihen, halfen einige Organisationen den Lagern auf der Insel mit lebenswichtigen Hilfsdiensten, von der Schul- und Gesundheitsversorgung bishin zur Berufsausbildung, um die Gefangenen für das Leben in Palästina vorzubereiten.

„Wir haben dort auch schwimmen gelernt“, lacht Josef „und sind sogar öfters mal aus dem Lager ausgebrochen und haben dadurch die freundliche und herzliche Art der Zyprioten kennengelernt. Doch die Engländer haben uns immer wieder eingefangen.“

Voller Erinnerungen fährt er fort „wir

waren eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen und haben Hebräisch gelernt“, erzählt uns Josef mit Tränen in den Augen. „Auch haben wir viel gelesen, gemeinsam gesungen und getanzt. Die Zusammengehörigkeit hat uns glücklich gemacht. Wir waren wie Brüder und Schwestern.“

In den insgesamt 12 Lagern auf Zypern, die von August 1946 bis Januar 1949 betrieben wurden, hielten die Briten insgesamt 53.510 Juden fest. Neben einigen Familien aus Marokko waren aber die meisten von ihnen Holocaustüberlebende aus Mittel- und Osteuropa. Die Internierten waren hauptsächlich junge Menschen. Über 80 % waren zwischen 13 und 35 Jahre alt. Davon über 6.000 Waisenkinder. Außerdem wurden dort etwa 2.000 Kinder geboren, die im jüdischen Flügel des britischen Militärkrankenhauses in Nikosia zur Welt kamen. Wie etwa der berühmte israelische Sänger Mike Brant, der in den 1970er Jahren vor allem in Frankreich sehr erfolgreich war. Auch starben etwa 400 Juden während ihrer Zeit in den Internierungslagern und wurden auf dem Friedhof von Margoa begraben.

Der Hollywood-Film „Exodus“ nach dem gleichnamigen Roman von Leon Uris handelt zum Teil ebenfalls von jüdischen Gefangenen in einem Internierungslager auf Zypern.

Josef erzählt auch immer von den vielen hilfsbereiten Zyprioten, die sich selbst in Gefahr gebracht haben, um jüdische Gefangene zu unterstützen. Man schätzt, dass rund 2.500 Einheimische in den Lagern als Köche, Schreiner, im medizinischen Bereich usw. gearbeitet haben.

„Obwohl ich nur 12 Monate in Karaulus bei Famagusta war, wird ein Teil von Zypern immer in meinem Herzen sein. Diese Liebe bleibt und meine Dankbarkeit ihnen gegenüber ist groß“, sagt uns Josef mit stolzer Brust, doch meint auch lächelnd mit einem Augenzwinkern „dankbar bin ich aber auch dem König George VI.. Denn kurz nach seinem majestätischen Geburtstag am 11. Dezember versprach er über 600 jüdischen Kinder auf Zypern ein Geschenk: die Einreise ins britische Mandatsgebiet Palästina. Mein Bruder und ich gehörten dazu und kamen so 1947 endgültig nach Eretz Israel in die Freiheit.“

Das Heilige Land mit der Bibel entdecken

Die Zahl der Besucher schlägt in Israel inzwischen alle Rekorde früherer Jahre. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Von Ulrich W. Sahn

Die Zahl der Besucher schlägt in Israel inzwischen alle Rekorde früherer Jahre. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Der Terror in Israel ist weitgehend unter Kontrolle. Die kriegerischen Auseinandersetzungen infolge des „Arabischen Frühlings“ und der Bürgerkrieg in Syrien berühren Israel zurzeit kaum noch. Die Politik der „offenen Himmels“ hat die Flugkosten drastisch gesenkt und die Zahl der Flüge aus fernen Ländern wie Indien oder China dramatisch erhöht.

Die Touristen kommen heute auch aus Staaten, die keine religiöse oder kulturelle Verbindungen zum „Heiligen Land“ der drei monotheistischen Religionen haben. Und jeder findet in dem geografisch winzigen, aber landschaftlich und kulturell besonders vielfältigen Land alles, was er sucht: Relaxen am Strand, Wanderungen durch die Wüste, Radtouren, Kulturgeschichte aus allen Weltgegenden und mehreren Jahrtausenden, große Museen, modernstes Hightech und ein musikalisches Überangebot von Klassik bis zu großen Popkonzerten.

Für Christen jeder Couleur, von Katholiken und Protestanten bis hin zu Orthodoxen aus Osteuropa und dem Orient ist und bleibt Israel das Zentrum ihrer Pilgerschaft. Und dank neuer Ausgrabungen gibt es mehr und mehr Wirkungsstätten Jesu zu besuchen. Der jüdische Nachrichtendienst „Jewish News Service“ empfiehlt die wichtigsten Stätten christlicher Geschichten und weist dabei auch auf die Historie hin:

Via Dolorosa

Heute gibt es 14 Stationen des Kreuzes. Pilgerfreundlich wurde im 13. Jahrhundert von der katholischen Kirche festgelegt, welchen Weg Jesus von seinem Prozess zu seiner Kreuzigung genommen haben soll – entlang ihrer schon bestehenden Kirchen. Die moderne Forschung vermutet den Palast des Pontius Pilatus allerdings eher in einem frisch ausgegrabenen Gebäude nahe dem Jaffa-Tor. Auch dieses ist offen für Besucher.

Kirche des Heiligen Grabes

Im christlichen Viertel der Altstadt von Jerusalem wurde die Kirche des Heiligen Grabes und der Auferstehung auf dem Gelände der Kreuzigung Jesu gebaut. Bekannt ist der Kalvarienberg oder Golgatha seit dem 3. Jahrhundert n.u.Z.. Vor 2000 Jahren lag der Bereich außerhalb der Stadtmauern und war ein Steinbruch. Sechs christliche Konfessionen teilen sich die Heilige Stätte, während zwei muslimische Wächter den Schlüssel zum einzigen Tor halten.

Gartengrab

Das Gartengrab ist eine modernere Erfindung. Es wurde erst 1861 von Protestanten „entdeckt“. Die umliegenden Gärten sind ein friedlicher Ort, der zum Reflektieren und Beten einlädt. Weil für die Protestanten kein Platz in der Grabeskirche mehr war, behaupten sie, dass dies das „wahre Grab“ Jesu sei.

Berg Zion

Der höchste Punkt im alten Jerusalem, der Berg Zion, befindet sich südlich in



Touristen-Schiff auf dem See Genezareth

der Altstadt Jerusalems. Auf dem Berg Zion kann man das „traditionelle“ Grab des Königs David und darüber den von Kreuzrittern errichteten Saal des Letzten Abendmahls bewundern. In einer oberen Kammer empfingen die Jünger angeblich den Heiligen Geist, was als die Initiierung des Christentums gilt. Die Dormitio-Abtei nebenan ist eine deutschsprachige Benediktinerabtei auf dem Berg Zion. Der Name leitet sich vom Patrozinium der Entschlafung der seligen Jungfrau Maria ab.

Ölberg

Einstmals bedeckt von Olivenhainen, liegt östlich von Jerusalem der Ölberg. Dies ist der Ort der Himmelfahrt Christi. Dazu gehört eine alte kleine Kapelle in einem Moschee-Bezirk, eine russische Kirche mit schiefem Turm und die Auguste-Victoria-Kirche mit den bemerkenswerten Portraits deutscher Kaiser an der Decke. Vom Ölberg aus gibt es eine atemberaubende Aussicht auf Jerusalem und auf den riesigen 3000 Jahre alten jüdischen Friedhof. Am Abhang befinden sich die Kirchlein „Dominus fleuit“, der Garten Gethsemane und das Grab Marias.

Bethlehem

Bethlehem (heute im „Palästinensischen Autonomiegebiet“) ist ein Muss bei jeder Reise ins Heilige Land. Es handelt sich um den Geburtsort Jesu in der frisch renovierten Geburtsbasilika. Sehenswert sind auch die Hirtenfelder, wo der Legen-

de nach Engel einer Gruppe von Hirten erschienen sind, um die Geburt Jesu anzukündigen.

Galiläisches Meer – See Genezareth

Jesus verbrachte mit seinen Fischerjüngern viel Zeit auf Israels größtem Süßwassermeer. Hier wurden einige seiner bekanntesten Wunder lokalisiert. Besucher können das Segeln auf dem Meer in einer Replik eines Fischerbootes genießen, das zur Zeit Jesus und seiner Jünger benutzt wurde. In Kibbutz Ginossar kann man ein restauriertes Boot aus der Zeit Jesu besichtigen und rund um den See gibt es viele Stätten, die man aus dem Neuen Testament kennt: Bethsaida, Magdala und andere.

Kapernaum

Von allen vier Evangelien als Zentrum des öffentlichen Dienstes Jesu beschrieben, liegt Kapernaum (Kfar Nahum = Nahums Dorf) am Ufer des Sees von Galiläa. Heute ist das Dorf auch unter dem Spitznamen „Die Stadt Jesu“ bekannt. In Kapernaum, wo Jesus die Wunder der Heilung des Dieners des Zenturio vollbrachte, trieb er einen unreinen Geist aus und heilte sowohl Simon Peters Schwiegermutter als auch einen Gelähmten. Die Besucher der Stadt können das Haus des hl. Petrus sowie die restaurierten Synagogen und Kirchen der Stadt sehen.

Nazareth

Die Stadt Nazareth, in der Nähe des Berges Tabor, ist die Heimat Jesu. In Naza-

areth steht Marias Brunnen, wo Maria vom Engel Gabriel besucht wurde, um anzukündigen, dass sie den Sohn Gottes gebären würde. „Pflicht“ ist die Verkündigungskirche! Sehenswert sind aber auch Klöster mit Wohnungen aus der Zeit Jesu.

Yardenit

Yardenit ist der neugeschaffene vermeintliche Ort der Taufe Jesu im Jordan. Heute können die Besucher sich im Fluss taufen lassen, nachdem sie im angeschlossenen Besucherzentrum ihr Geld für Souvenirs ausgegeben haben. Nahe Jericho, bei „Kasr el Jahud“, befindet sich eine weitere Taufstätte, die wohl geografisch „echter“ ist, als Yardenit am südlichen Ausfluss des See Genezareth.

Unbekannte, aber ebenso lohnende Stätten

Zwischen Jerusalem und Bethlehem, nahe der Abfahrt nach Har Schmuël, gibt es die ausgegrabenen Ruinen einer Basilika aus dem 3. Jahrhundert mit einem Felsen in der Mitte der Rotunde. Dort soll die hochschwängere Maria geruht haben. Auf halber Strecke von Jerusalem nach Jericho, wo Jesus der Samariterin begegnet ist, gibt es ein Museum mit überwiegend christliche Mosaiken aus der Gegend. Und näher am Toten Meer liegt Qumran, wo 1948 in Höhlen die berühmten Tote-Meer-Rollen gefunden wurden, die für das Verständnis der Essener und des Christentums von großer Bedeutung sind.

Das große Hosianna

Hoschana Rabbah – das besondere Fest am Ende von Sukkot

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Wir haben anstrengende und inspirierende Rosch Haschana- und Jom Kippur-Feierlichkeiten hinter uns. Jetzt kommen Sukkot, Schmini Atzeret und Simchas Thora. Aber es gibt noch einen besonderen Tag dazwischen!

Bekanntlich dauern sowohl Pessach als auch Sukkot entsprechend der Thora sieben Tage.

Und wenn der letzte, der siebente Tag von Pessach ein Jom Tov (Feiertag) ist (so wie der erste Tag), so ist der siebente Tag von Sukkot „nur“ Chol haMoed, also ein „Halbfesttag“, so wie die vorherigen fünf Tage.

Jedoch hat gerade dieser Tag nicht nur eine eigene Bedeutung, sondern sogar einen eigenen Namen: Hoschana Rabah („großes Hosianna“). Die Bedeutung von Hoschana Rabah ist so groß, dass es diesbezüglich viele Bräuche gibt und sogar das wichtigste jüdische Gesetzbuch „Schulchan Aruch“ im Kapitel 664 des Teils „Orach Chaim“ diesem Tag ganze 11 Paragraphen widmet!

Um die Erklärung sowohl für den exotischen Namen, als auch für die Bedeutung des Tages zu ergründen, muss man die antike Zeit des Tempels betrachten.

Unsere Weisen lehren, dass während Rosch Haschana der Mensch und sein Schicksal gerichtet wird, am Sukkot hingegen das Wasser „gerichtet“ wird. Das bedeutet, dass an diesem Fest G'tt bestimmt, wie viel Regen die Welt als Ganzes und bestimmte Gegenden im speziellen im neuen Jahr abbekommen.

Aus diesem Grund gab es in den Zeiten des Tempel den Brauch von Hoschanot: mit Beginn des Laubhütten-Festes gingen die Priester zu einem kleinen Ort in der Nähe von Jerusalem namens Motza, und schnitten dort die Äste von Bachweiden ab. Diese Äste wurden dann zum Tempel gebracht und so an den Seiten des Altars aufgestellt, dass ihre Spitzen sich über den Altar neigten.

Während des ganzen Festes pflegten die Kohanim mit Lobliedern und Freude rings um den Altar zu gehen: jeden Tag umkreiste man den Altar nur einmal und am siebenten Tag sieben Mal.

Bei der Umkreisung sprachen die Kohanim: „Ana Haschem Hoschia Na, Ana Haschem Hatzlicha Na“ („O, Ew'ger, hilf doch, o, Ew'ger, lass uns doch glücken“). Die Bittgebete, die dabei lesen wurden, nennt man „Hoschanot“.

Da es am letzten Tag nicht nur eine Umkreisung, sondern sieben gab, bekam dieser siebente Tag einen eigenen Namen „Hoschana Rabah“ („großes Hosianna“).

Im Buch „Rokeach“ wird erklärt, warum gerade die Bachweide für dieses Ritual benutzt wird: weil die Bachweide am Wasser wächst und zu dieser Zeit das g'ttliche Gericht über die Wasserversorgung der Menschheit gesprochen wird.

Zum Andenken an diesen Brauch umkreisen wir heutzutage die Sefer Tora, die in der Mitte der Synagoge auf der Bima platziert wird. Auch in unserer Zeit werden dabei Bittgebete „Hoschanot“ gesagt.

Das „Gericht über das Wasser“ dauert alle sieben Tagen des Festes und erst am letzten Tag fällt die endgültige Entscheidung. Deshalb ist dieser Tag so wichtig, denn es ist die letzte Chance



Eine fröhliche Hoschana Rabah-Feier

doch noch ein günstiges „Urteil“ zu bekommen. Dieser Tag ist sozusagen der „Jom Kippur des Wassers“.

Auch deshalb gibt es bezüglich dieses Tages sehr viele interessante und bemerkenswerte Bräuche.

Schon für die Nacht auf Hoschana Rabah haben viele religiöse Juden ein besonderes Programm: in vielen Synagogen wird nach dem Abendgebet das ganze Sefer Dwarim (5. Buch Moses) vorgelesen.

Nach dem Abendessen lernen viele – besonders die Chassidim – die ganze Nacht durch. Einige lernen speziell die „Tikkun Lejl Hoschana Rabah“ (besondere Lernordnung), die aus 5. Buch Moses (Dwarim), Psalmen und Abschnitten aus dem kabbalistischen Buch „Sohar“ besteht.

In manchen Synagogen gibt es den Brauch, dass die Gabaim in den Pausen süße Äpfel verteilen.

Die Chabad-Chassidim, die nicht nur Brot, sondern auch andere Speisen und Getränke während des Sukkot-Festes nur in der Laubhütte essen, nehmen diese Äpfel mit und essen sie später in der Sukka.

Die meisten Bräuche des Tages haben jedoch mit dem Morgengebet zu tun. In vielen aschkenasischen Gemeinden zieht der Vorbeter für das Morgengebet einen weißen „Kittel“ an, so wie es eigentlich nur am Rosch Haschana und Jom Kippur gemacht wird. Auch die Gebete werden länger, wie es Rabbi Josef Karo im „Schulchan Aruch“ ganz am Anfang vom erwähnten Kapitel empfiehlt. So zum Beispiel werden nicht die „üblichen“ „Psukej DeZimra“-Psalmen, sondern die von einem Jom Tov aufgesagt.

Bei den Hoschanot am Hoschana Rabah nimmt man alle Thora-Rollen aus

dem Aron haKodesch raus, bringt sie zur Bima und alle Betenden umkreisen dann die Bima mit den „Arba Minin“ („Vier Arten“) in den Händen sieben Mal. Dabei werden alle „Hoschanot“-Gebete, die während der sechs vorherigen Sukkot-Tage gesagt wurden, nochmal gelesen und dann werden noch die speziellen „Hoschanot“-Gebete für den siebenten Tag vorgelesen: zuerst vom Vorbeter und dann wiederholt von allen Betenden.

Und erst vor dem Ende des Morgengebetes kommt man wohl zum ältesten und bekanntesten Brauch des Tages: jeder Betende nimmt fünf neue Bachweiden, die nicht als „Arawot“ für „Vier Arten“-Bündel benutzt wurden, bindet sie zusammen und schlägt mit diesem Bündel mit ganzer Kraft fünf Mal auf den Boden!

Die für diesen Minhag Arawot genutzten Zweige dürfen nicht weggeschmissen werden, sondern werden für den nächsten Pessach aufbewahrt: die getrockneten Äste werden dann für das Verbrennen vom Chametz (Gesäuerten) genutzt.

Gleich danach spricht man spezielle Gebete, um Regen für das kommende Jahr zu erbitten.

Auf diese Weise kann das Morgengebet zwei oder sogar mehr Stunden dauern, so wie an einem Jom Tov! Aber was tut nicht alles macht, um sich ein gutes Jahr zu verdienen?

Und wenn man von der herausragenden Bedeutung dieses Tages immer noch nicht überzeugt ist, so wird man es spätestens sein, nachdem man eine Bemerkung von Ramo zum Schulchan Aruch (Orach Chaim 664:1) dazu gelesen hat.

Ramo (Rabbi Moses Isserles, Krakau) bringt laut der Anmerkung von

Beer Hetew (Yehudah ben Shimon Ashkenazi, 1730–1770) eine erstaunliche Aussage vom berühmtem Kabbalisten Arizal (Isaac (ben Solomon) Luria Ashkenazi, 1534–1572): wenn in der Nacht auf Hoschana Rabah der Mond scheint, kann man aus dem Schatten das eigene Schicksal oder das Schicksal von Angehörigen im kommenden Jahr ablesen!

Jedoch schreibt Ramo gleich, dass man diesen Fakt nicht allzu ernst nehmen soll: heutzutage verstehen wir solche Dinge sowieso nicht.

Und, auch wenn uns dieses Wissen verborgen bleibt, so wird uns diese Bemerkung helfen den besonderen Tag besser schätzen zu lernen und mit größerer Andacht nicht nur beim Morgengebet, sondern auch beim Nachmittagsgebet (das letzte Gebet des Sukkot-Festes) zu beten.

Wenn Hoschana Rabah zu Ende geht, bleibt nur noch ein guter Brauch zu erfüllen: man pflegt noch einmal die Laubhütte zu betreten und drinnen einen Snack zu essen. Damit erfüllt man zum letzten Mal in diesem Jahr das Gebot von „Basukkot Teschewu“ („in den Hütten sollt ihr wohnen“, 3. Buch Moses 23:42). Bevor man die Sukka endgültig verlässt, sprechen die Männer in vielen Gemeinden ein besonderes „Jehi Ratzon“-Gebet:

„Es möge Dein Wille sein, G'tt, unser G'tt und G'tt unserer Väter, so wie es mir gegönnt war, in dieser Sukka zu sitzen, so soll es mir auch vergönnt sein, in der Sukka zu wohnen, die mit der Haut von Leviatan aufgestellt wird“.

Damit ist dieser große und ereignisreiche Tag zu Ende und man freut sich schon auf den furiosen Tänzen mit der Thora am Simchat Thora-Fest.

Wofür stehen die einzelnen Elemente in der Sukka?

Von Boris Karshina

Im Anschluss an Jom Kippur, den Tag, an dem wir eine kurze, aber sehr erschütternde Geschichte über den Propheten Jona lesen, beginnt das Laubhüttenfest – und das ist kein Zufall. Jona wird vom Ewigen in die Stadt Ninive geschickt, um die Anwohner zur Reue zu inspirieren, wodurch sich deren Leben zum Besseren, Heiligeren und Gewissenhafteren ändern soll. Das gelingt dem g-ttesgesandten Mann, und die Stadt kann man bald nicht mehr wiedererkennen – von heute auf morgen schafft der Wille ein reines und nach G-ttesvorgaben gerichtetes Dasein zu führen, und aus geistig abgestumpften Verbrechern Gerechte Tzadikim zu machen.

Der Prophet sieht seine Aufgabe aber noch nicht als beendet: Statt sofort nach Hause zu kehren, baut er sich eine Hütte außerhalb der Stadt Ninive. Er will zunächst beobachten: wie machen das diese Menschen, wie behalten sie ihren guten Eifer? Denn Gewohnheiten abzulegen und stattdessen die Wege zum moralischen Leben zu erlernen, kann eine noch schwierigere Aufgabe als das bloße Anerkennen eigener Fehler zu sein.

Die Feiertage von Sukkot sind für uns eine Zeit, uns selbst zu betrachten – beginnen wir das Jahr im Sinne unserer Entschlüsse, sich während Jom Kippur zu bessern? Die Sukka ist unser Beobachtungsobservatorium und die Arten im Feststrauß (Lulav) sind unsere Lehrer.

Mishna lehrt uns „Wer ist weise? Der, der von allen lernen kann.“ So ist das eine durch und durch jüdische Art, die Eigenschaften von der äußeren Welt abzuschauen. Beispielsweise von den Tieren, die zur Sukka-Ausschmückung aufgehängt werden. Vom Leoparden – die Fähigkeit, die Zieldistanz genau auszurechnen, denn nur dann wird er seine Beute jagen, wenn seine Kräfte der eigenen Einschätzung entsprechen.

So müssen auch wir wissen, wie viel Kraft wir objektiv für die entsprechende Mitzva haben, damit wir nicht entkräftet auf der halben Strecke stehen bleiben müssen.

Vom Adler die Leichtigkeit, denn dieser Vogel sieht sehr gewichtig aus – doch in Wahrheit sind seine Federn sehr leicht, sodass sein ehrwürdiges Aussehen ihn nicht daran

hindert, sofort ohne zu zögern loszulegen und zu handeln. So müssen auch wir trotz Reichtum und gesellschaftlicher Erregenschaften bereit sein, wie ein leichter Windhauch loszufliegen um unseren Verpflichtungen gegenüber Haschem gerecht zu werden.

Diese Lehre entnehmen wir auch den Arba Minim: dem geschlossenen Palmenzweig, dem Etrog/Zitrusfrucht, Myhrt und der Trauerweide. In unserer Tradition haben wir vier besonders schwerwiegende Sünden, von denen man sich unbedingt fernhalten sollte: Mord, Ausschweifung, Götzendienst und die üble Nachrede, die so schlimm ist wie die anderen drei zusammen.

Der Etrog als Symbol für das Herz

Welche Taktiken können wir erlernen, um sittliche Reinheit zu erlangen? Der Etrog repräsentiert das menschliche Herz. Das ist der Ort, wo ungesättigte Habwünsche geboren werden. Die schlimmstenfalls zum Mord führen können. So auch der erste Mord der Menschengeschichte: Kain wollte den Erfolg seines Bruders Hevels sich reißen. Und die Zitrusfrucht, die das ganze Jahr durch blüht und gedeiht, zeigt uns: wenn du dich mit deinen eigenen Sachen zu beschäftigen weißt, dann fällt dir nicht auf, was der andere hat; wenn der innere Leerstand nicht existiert, dann muss man ihn auch nicht mit fremdem Eigentum fühlen.

Der Lulav, die so ziemlich einzige Pflanze, die sich nicht nach der Sonne dreht – dem Urojekt aller Götzenkulte. Wenn man eine starke innere Werte-Achse hat, beugt man sich nicht vor scheinbar von G-tt unabhängigen Kräften in der Suche nach Gunst.



Ein jüdischer Vater inspiziert eine Zitrone („Etrog“ auf Hebräisch) für die Sukkot-Feier.

Die Hadas-Blätter, die wie ein Auge aussehen, warnen vor zu schnellen Entscheidungen, die zu Ausschweifungen führen können – nicht anschauen und gleich berauscht handeln! Der wahre Duft vom Ehepartner entwickelt sich nur durch das zarte und vorsichtige Einwirken – wie etwa in einer gut laufenden jüdischen Ehe.

Und schließlich die Trauerweide – ihre Blätter sehen aus wie ein Mund und rascheln im Wind, als würden sie flüstern. Obwohl am Wasser wachsend, werden die Zweige ziemlich schnell schwarz, wenn sie in Kontakt mit Wasser kommen. Von der fremden Quelle mit Lebensenergie gespeist, also Gesprächsinhalten, werden diese Lippen ganz schnell faul. Also gilt es: von der eigenen Quelle nicht entfernen. Wenn dies jedoch nötig ist – dann „trocken“ halten und was einen nichts angeht – meiden!

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrowski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 50 • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.



COUPON ABO- BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)
- 49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
- 73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
- 32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____

Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post

(J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de.

Sie können die Zeitung auch auf unserer Website

www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51
(Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau